

Methodenbericht zum Projekt: Die Stimme der Medien im politischen Prozeß - Themen und Meinungen in Pressekommentaren

Eilders, Christiane; Lüter, Albrecht

Veröffentlichungsversion / Published Version
Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
SSG Sozialwissenschaften, USB Köln

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Eilders, C., & Lüter, A. (1998). *Methodenbericht zum Projekt: Die Stimme der Medien im politischen Prozeß - Themen und Meinungen in Pressekommentaren*. (Veröffentlichung / Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Forschungsschwerpunkt Sozialer Wandel, Institutionen und Vermittlungsprozesse, Abteilung Öffentlichkeit und soziale Bewegungen, 98-107). Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-125108>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Veröffentlichungsreihe der Abteilung **Öffentlichkeit und soziale Bewegungen** des
Forschungsschwerpunktes Sozialer Wandel, Institutionen und Vermittlungsprozesse des
Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung

FS III 98-107

**Methodenbericht zum Projekt:
Die Stimme der Medien im politischen Prozeß -
Themen und Meinungen in Pressekommentaren**

Christiane Eilders
Albrecht Lüter

Berlin, Dezember 1998

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB)
Reichpietschufer 50, D-10785 Berlin,
Telefon: (030) 25 491-0

Zitierweise:

Christiane Eilders, Albrecht Lüter 1998:

Methodenbericht zum Projekt: Die Stimme der Medien im politischen Prozeß -
Themen und Meinungen in Pressekommentaren

Discussion Paper FS III 98-107.

Wissenschaftszentrum Berlin (WZB).

Zusammenfassung

In einem von der Deutschen Forschungsgemeinschaft geförderten und am Wissenschaftszentrum Berlin durchgeführten Projekt untersuchen wir anhand einer Inhaltsanalyse von Kommentaren überregionaler Tageszeitungen sowie von Anfragen und aktuellen Stunden im Bundestag, Parteiprogrammen und Regierungserklärungen den eigenständigen Beitrag von Medien im politischen Diskurs zwischen 1993 und 1998. Das Projekt geht zum einen der Frage nach, welche politischen Themen die Medien in ihren Kommentaren aufnehmen, in welcher Weise sie diese definieren und interpretieren und dabei bestimmte Akteure und Akteursbeziehungen ansprechen und bewerten. Es untersucht zum anderen, unter welchen Bedingungen die auf diese Weise erfolgenden Relevanzzuweisungen und Problemdeutungen im politischen System Resonanz finden. Neben einer kompakten Darstellung des theoretischen Rahmens der Studie und der Operationalisierung der Fragestellung informiert dieser Bericht über die methodischen Besonderheiten der Mehrebenenuntersuchung. Das Kategoriensystem der Kommentaranalyse - einschließlich der Ergebnisse des Reliabilitätstests - sowie einige Anpassungen des Schemas für die Analyse der politischen Agenda werden ebenso erläutert wie die Stichprobenauswahl und die technische Organisation und Durchführung der Codierarbeiten.

Abstract

This project sets out to assess the autonomous contribution of the media to the political discourse between 1993 and 1998. It is financed by the German Science Foundation and conducted at the Science Center Berlin. On the one hand, the project investigates which political issues the media address in their editorials, how they define and interpret them, which political actors and constellations of actors they refer to and how they evaluate these. On the other hand, it asks under which circumstances the media's relevance assignments and problem interpretations find resonance in the political system. In order to investigate the reciprocal effects between the media and the political agenda the editorials in national newspapers will be content analyzed and compared with party manifestos, government briefings and interpellations in parliament. This paper gives a short account of the theoretical background of the study and its empirical design. Moreover, it informs about the methodological approach of the multi-level-analysis. The coding scheme of the editorial analysis including the results of the reliability test and several modifications for the analysis of the political agenda are documented. Finally, the sample, the technical and organizational aspects of the coding process are explained.

INHALT

1. Fragestellungen und theoretischer Rahmen des Projektes	1
1.1. Theoretischer Rahmen	1
1.2. Fragestellungen und empirische Zielsetzungen	3
2. Auswahl des Untersuchungsmaterials	5
2.1. Materialauswahl für die Kommentaranalyse	5
2.2. Stichprobe der Kommentaranalyse	7
2.3. Materialauswahl und Besonderheiten der Resonanzstudie	8
3. Das inhaltsanalytische Instrument	9
3.1. Erläuterungen zum Kategorienschema	10
3.2. Das Kategorienschema der Kommentaranalyse	17
3.3. Die Zusatzstudie: Gemeinwohrrhetorik im Mediendiskurs	54
4. Technische Durchführung	57
4.1. Codierung	57
4.2. Reliabilitätstest	58
5. Beispiele und Mustercodierungen	61
6. Literaturverzeichnis	73

Methodenbericht zum Projekt: Die Stimme der Medien im politischen Prozeß - Themen und Meinungen in Pressekommentaren

Christiane Eilders
Albrecht Lüter

1. Fragestellungen und theoretischer Rahmen des Projekts

In einem von der Deutschen Forschungsgemeinschaft geförderten und am Wissenschaftszentrum Berlin durchgeführten Projekt untersuchen wir den eigenständigen Beitrag von Medien zum politischen Diskurs zwischen 1993 und 1998. Das Projekt geht zum einen der Frage nach, welche politischen Themen die Medien in ihren Kommentaren aufnehmen, in welcher Weise sie diese definieren und interpretieren und dabei bestimmte Akteure und Akteursbeziehungen ansprechen und bewerten. Es untersucht zum anderen, unter welchen Bedingungen die auf diese Weise erfolgenden Relevanzzuweisungen und Problemdeutungen im politischen System Resonanz finden. Anhand einer Inhaltsanalyse von Kommentaren überregionaler Tageszeitungen sowie von Anfragen und aktuellen Stunden im Bundestag, Parteiprogrammen und Regierungserklärungen und durch einen Vergleich zwischen Kommentaragenda und politischer Agenda sollen wechselseitige Einflüsse zwischen Medien und Politik ermittelt werden¹.

Am Projekt beteiligte Wissenschaftler sind die Antragsteller Friedhelm Neidhardt, Christiane Eilders, Barbara Pfetsch; sowie Albrecht Lüter, der für die Codierleitung verantwortlich ist. Für die Materialbeschaffung ist Tobias Köhler zuständig. Codiert werden die Kommentare von den studentischen Hilfskräften Britta Gericke, Dietmar Hobler, Juliane Just, Gerald Kleine-Wördemann, Dirk Meurer, Hanns Holger Rutz und Marc Weider.

1.1. Theoretischer Rahmen

Neben ihrer Aufgabe als Chronisten und Informationsvermittler erfüllen Medien in der politischen Kommunikation moderner Gesellschaften eine Reihe weiterer Funktionen:

¹ Zur ausführlichen Entfaltung des theoretischen Designs der Studie vgl. Neidhardt/Eilders/Pfetsch 1998.

Sie beobachten die sozio-politische Umwelt, identifizieren als Agenda-Setter zentrale gesellschaftliche Probleme und attribuieren politischen Akteuren Verantwortung in bezug auf Form und Inhalt der Erzeugung kollektiv verbindlicher Entscheidungen (Gurevitch/Blumler 1990). Die Erfüllung dieser Funktionen erfordert eine aktive Selektion und Konstruktion politischer Streitfragen und Meinungen. Medien lassen sich daher als eigenständige politische Akteure im politischen Diskurs begreifen (Page 1996).

Journalistische Meinungsäußerungen sind aufgrund der berufsethischen Trennungsnorm von Nachricht und Meinung dabei in besonderem Maße begründungs- und auszeichnungspflichtig. Die Medien, vor allem die der Untersuchung zugrundeliegenden Printmedien, haben mit dem politischen Kommentar jedoch ein Genre ausdifferenziert, in dem Meinungsäußerung legitim und erwünscht ist. Kommentare indizieren Relevanzstrukturen und Problemzuweisungen, die die Medien zur Bearbeitung an das politische System adressieren, und sind daher für die Untersuchung medialer Diskursstrukturierung und Problemkonstruktion prädestiniert. Der Kommentar artikuliert als Resultat der Konsensbildungsprozesse in Redaktionen überdies mehr als die Meinung einzelner Journalisten. Politische Kommentare besitzen vielmehr aufgrund des Prestigewerts des Genres eine herausgehobene Stellung als Aushängeschild von Zeitungen, sie bilden kompakte Indikatoren für die ‚redaktionelle Linie‘ einer Zeitung (Schönbach 1977, Kepplinger 1985).

Ansatzpunkte für die Erforschung der Konturen und Wirkung der Medien in ihrer Rolle als eigenständige politische Akteure auf das politische System lassen sich in der Tradition des Agenda-building-Ansatzes identifizieren. Medienwirkungen lassen sich makrotheoretisch dabei in mindestens zweierlei Hinsicht differenzieren: ihr Einfluß kann sich auf kurzlebige und weitgehend folgenlose Themenkonjunkturen, aber auch auf die längerfristigen und folgenreichen Entscheidungsprozesse im politischen System beziehen. Wir nehmen an, daß die für den Einfluß der Medien auf das politische System entscheidenden Faktoren das Maß an Fokussierung, Konsonanz und Persistenz der Medienagenda sind. Mit Fokussierung bezeichnen wir die Homogenität des Mediensystem in der Auswahl relevanter Themen, mit Konsonanz bezeichnen wir die Gleichstimmigkeit der geäußerten Meinungen und Urteile zu politischen Themen, Persistenz schließlich bezeichnet die zeitliche Stabilität und Dauerhaftigkeit der Themen- und Meinungsagenda. Medien sind jedoch nur ein Akteur unter vielen, die in der politischen Kommunikation um Aufmerksamkeit und Resonanz konkurrieren. Ebenso wie die mediale Agenda diejenige des politischen Systems beeinflussen kann, kann überdies von umgekehrten Einflüssen ausgegangen werden. Erst ein Längsschnittvergleich von medialer und politischer Agenda erlaubt hier begründete Schlüsse über die Wirkungs-

richtungen, da nur so Vor- und Nachzeitigkeiten der unterschiedlichen Thematisierungen berücksichtigt werden können.

1.2. Fragestellungen und empirische Zielsetzungen

Das Projekt hat zwei empirische Zielrichtungen. Erstens will die Untersuchung die "eigenständige Stimme der Medien" im öffentlichen Diskurs beschreiben und analysieren (Kommentaranalyse). Untersuchungsgegenstand sind Pressekommentare, die für die Aufmerksamkeitslenkung der Medien auf einerseits längerfristige politische Problemlagen und "concerns" des Publikums, andererseits für kurzfristige Reaktionen auf aktuelle Ereignisse im politischen System stehen. Die Rekonstruktion kollektiver Themenagenden und Meinungen in Kommentaren überregionaler Tageszeitungen soll als Variable der Mesoebene politischer Kommunikation zeigen, in welchen Bereichen thematische Fokussierungen, Konsonanzen und Persistenzen entstehen. Zweitens untersucht das Projekt, unter welchen Bedingungen die Relevanzzuweisungen und Problemdeutungen der Medien im politischen System Resonanz finden. Die Annahme ist, daß die Wahrscheinlichkeit der politischen Wirkung im Ausmaße der in Kommentarvergleichen meßbaren Fokussierungen, Konsonanzen und Persistenzen im Mediensystem steigt. Mit der Methode der quantitativen Inhaltsanalyse sollen die Kommentare überregionaler Tageszeitungen in längsschnittlicher Perspektive in der Periode zwischen 1993 und 1998 untersucht werden.

Der zweite Untersuchungsschritt besteht in der Rekonstruktion der politischen Agenda, wie sie sich in der parlamentarischen Auseinandersetzung und in den Positionen der Parteien manifestiert (Resonanzstudie). Untersuchungsgegenstand und Indikator für kurzfristige Reaktionen im politischen System auf Fokussierungen und Meinungskonsonanzen in den überregionalen Tageszeitungen ist die Dokumentation des Sach- und Sprechregisters des deutschen Bundestages über die parlamentarischen Informations- und Kontrollverfahren (kleine und große Anfragen sowie aktuelle Stunden). Indikator für die mittelfristige Aufnahme mehr oder weniger fokussierter Problemwahrnehmungen und mehr oder weniger konsonanter Meinungen der Medien in die politische Agenda sind Regierungserklärungen und Parteiprogramme. Ein Vergleich von Kommentaragenda und politischer Agenda soll Aufschluß über das wechselseitige Einflußpotential von Medien und Politik geben, wobei die Einflußrichtung von Medien auf die politische Agenda im Mittelpunkt unseres Interesses steht. Die Hauptuntersuchung besteht also aus zwei Teilen: I. der Kommentaranalyse und II. der Resonanzstudie.

Mit Hilfe der quantitativen Inhaltsanalysen von Pressekommentaren und politischer Agenda werden im einzelnen folgende Fragen empirisch untersucht:

1. Welche Themen werden in den Kommentaren aufgegriffen, welche Meinungen und Positionen werden dabei geäußert, und welche Akteure werden in diesem Zusammenhang angesprochen und wie bewertet?
2. Wie entwickeln sich Themen und Meinungen in den verschiedenen Zeitungen über die Zeit? Welche Themen und Akteure besetzen in welchen Zeitungen über längere Zeit die Kommentaragenda, welche sind eher „flüchtig“?
3. In welchem Maße ergeben sich bei Beobachtung mehrerer Medien Themenfokussierungen und Meinungskonsonanzen in den untersuchten Ausschnitten des Mediensystems? In bezug auf welche Themen, Akteure und politische Positionen sind zwischen den Medien Übereinstimmungen stark bzw. schwach ausgeprägt, und wie stabil sind Themenfokussierungen und Meinungskonsonanzen über die Zeit?
4. Welche Themenfokussierungen und Meinungskonsonanzen finden Resonanz im politischen System, indem das Problem auf der politischen Agenda erscheint und in bestimmte Richtungen hinein bearbeitet wird?

Um das sehr breite Erhebungsprogramm überhaupt bearbeiten zu können, werden wir auf relativ allgemeiner Ebene Themen und Meinungen bestimmen müssen². Wir rechnen damit, daß sich dabei zum Teil relativ starke Themenfokussierungen und Meinungskonsonanzen zeigen, die sich bei einer differenzierteren Erfassung auf deutlich niedrigerem Niveau bewegen würden. Um kontrollieren zu können, inwieweit durch unsere relativ abstrakte Erfassung von Thema und Meinung das Ausmaß an tatsächlicher Übereinstimmung von kommentiertem Sachverhalt und Meinung überschätzt wird, werden wir eine zusätzliche Evaluationsstudie zum Themenkomplex Migration/Ausländer/Rechtsextremismus mit feineren Messungen durchführen (Evaluationsstudie). Dieser Projektteil dient der Kontrolle der Themen- und Bewertungsuntersuchung. Der dabei gewählte Themenbereich wurde einerseits deshalb gewählt, weil er durch seine Konflikthaftigkeit von besonderer politischer Bedeutung ist, andererseits aber auch deshalb, weil für diesen Bereich Ruud Koopmans am WZB bereits Studien mit einem Instrument durchführt, dessen differenzierte Themen- und Unterthemenersfas-

² Themen und Meinungen können auf unterschiedlichem Abstraktionsniveau erfaßt werden. Je abstrakter die Inhaltsanalyse ansetzt, umso eher werden zwei kommentierte Sachverhalte oder Ereignisse unter ein gemeinsames Thema subsumiert, und umso eher werden zwei Meinungsäußerungen als übereinstimmend eingestuft. Mit zunehmendem Abstraktionsniveau sind somit höhere Fokussierungs- und Konsonanzmaße zu erwarten. Je differenzierter jedoch Themen und Meinungen miteinander verglichen werden, umso geringer ist die Wahrscheinlichkeit, daß sie als übereinstimmend erscheinen. Mit höherem Differenzierungsgrad sind demnach niedrigere Fokussierungs- und Konsonanzmaße zu erwarten.

sung sowie dessen Bewertungsmessungen im Rahmen des Framing-Konzepts sich empirisch bewährt haben (Koopmanns 1996a, 1996b). Das Evaluationsprojekt ist bislang noch nicht angelaufen. Der vorliegende Methodenbericht klammert das Evaluationsprojekt daher vorerst aus.

2. Auswahl des Untersuchungsmaterials

Die Inhaltsanalyse bezieht sich auf zwei Textgattungen: die politischen Kommentare der überregionalen Qualitätszeitungen und die Dokumentationen des Sach- und Sprechregisters des Deutschen Bundestages zu ausgewählten parlamentarischen Informations- und Kontrollverfahren. Die Analyse umfaßt dabei den Zeitraum von 1993 bis 1998.

2.1. Materialauswahl für die Kommentaranalyse

Die Untersuchung konzentriert sich auf fünf überregionale Tageszeitungen: die Welt, die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), die Süddeutsche Zeitung (SZ), die Frankfurter Rundschau (FR) und die Tageszeitung (TAZ). Damit deckt die Stichprobe das parlamentarisch relevante politische Spektrum in Deutschland ab. Die Welt ist dabei am rechten Pol des Links-Rechts-Spektrums situiert, die TAZ am linken Pol dieses Spektrums³. Dazwischen lassen sich von rechts nach links die Frankfurter Allgemeine Zeitung, die Süddeutsche Zeitung und die Frankfurter Rundschau positionieren (Schönbach 1977; Kepplinger 1985; Hagen 1992; Donsbach/Wolling/Blomberg 1996; etwas abweichend davon Voltmer 1997). Um die Meinungsvielfalt im Mediensystem abzudecken, sollen *alle* fünf überregionalen Tageszeitungen in die Erhebung einbezogen werden. Die Auswahl von wenigen "typischen Vertretern" bestimmter politischer Richtungen erschien aufgrund der Zwischen- und Binnenvarianz von Themen und Bewertungen ungenügend.

Mit der Konzentration auf die überregionalen Tageszeitungen sind überdies die wichtigen Meinungsführermedien erschlossen. Ausschlaggebend ist diese Meinungsführerschaft einmal für das breitere Spektrum der deutschen Tagespublizistik auf regionaler und lokaler Ebene (Schulz/Kindelmann 1993) sowie darüberhinaus aufgrund der Rezeption durch die Akteure des politischen Systems. Es kann insofern davon ausgegangen werden, daß der eigenständige politische Einfluß der Medien sich insbesondere an diesen intensiv und durch die Akteure des politischen Systems flächendeckend

³ Die TAZ ist auf dem alternativen Sektor meinungsführend (vgl. Mathes/Pfetsch 1991).

wahrgenommenen Prestigemedien ablesen läßt (Puhe/Würzberg 1989; Herzog et al. 1990).

Codiert werden ausschließlich Kommentare, keine Hintergrundberichte, Analysen oder Features. Es gehen also nicht automatisch alle Beiträge der "Meinungsseite", sofern eine solche vorliegt, in die Stichprobe ein. Codiereinheit ist der einzelne Kommentar. Das Genre des 'Kommentars' ist in der Regel durch graphische Gestaltungsmerkmale vom Rest des redaktionellen Teils optisch abgegrenzt oder explizit in der Kopfzeile als solches ausgewiesen. In der Regel werden Kommentare an festen Orten in der jeweiligen Zeitung veröffentlicht, so daß nicht der gesamte politische Teil durchgesehen werden muß, sondern lediglich die Stellen, an denen üblicherweise Kommentare plaziert werden⁴.

Als politische Kommentare werden in einer ersten Eingrenzung alle Kommentare des Politikteils der ausgewählten Zeitungen betrachtet. Ausgeschlossen werden damit alle Kommentare im Wirtschafts- oder Kulturteil. Im Rahmen dieser Eingrenzung des Materials wurden weitere Kriterien für einen politischen Kommentar festgelegt, die jedoch nur in seltenen Fällen zu Ausschlüssen führen. Dies ist der Fall bei Kommentaren ohne ersichtlichen politischen Anlaßbezug (etwa zu Naturkatastrophen ohne Adressierungen an politische Akteure oder bei ‚Besinnungskommentaren‘ zu Feiertagen). Kommentare zu Einzelpersonen (etwa Preisverleihungen und Ehrungen) wurden dann berücksichtigt, wenn sie politische Bezüge aufwiesen, wovon in der weit überwiegenden Zahl der Fälle schon aufgrund der Platzierung im Politikteil ausgegangen werden kann. Kommentare zu rein wirtschaftlichen Themen, zu rein kulturellen Themen oder reinen Unterhaltungsthemen werden in den jeweiligen Fachressorts der analysierten Zeitungen abgedruckt, es sei denn, die Redaktion sieht einen politischen Bezug.

Ein weiteres Auswahlkriterium ist der explizite Deutschlandbezug. Dieses Kriterium ist definiert als explizite Nennung von deutschen Akteuren, Deutschland allgemein oder dessen Nennung als Mitglied von internationalen Organisationen. So wurden beispielsweise Stellungnahmen der europäischen NATO – Mitglieder oder der OECD – Staaten aufgenommen, eigenständige Aktivitäten etwa der UNO als Gesamtinstitution ohne Referenz auf einzelne Mitgliedstaaten aber nicht berücksichtigt.

⁴ Bei der Verwendung von CDroms wird der dortigen Genreklassifizierung gefolgt. Gastkommentare werden grundsätzlich nicht codiert. Diese sind in der Regel als solche ausgewiesen, teilweise aber auch nur dadurch zu erkennen, daß Informationen über den jeweils Kommentierenden mit abgedruckt werden, so daß klar wird, daß es sich hier nicht um ein Redaktionsmitglied handelt. In der TAZ werden Kommentare auch dann codiert, wenn es sich um einen freien Mitarbeiter des Blatts handelt.

2.2. Stichprobe der Kommentaranalyse

Aufgrund forschungsökonomischer Beschränkungen ist für die Analyse der politischen Kommentare eine Stichprobe aus dem Material gezogen worden. Es gehen jeweils zwei dreimonatige Abschnitte aus jedem Jahr des Untersuchungszeitraums in die Stichprobe ein. Beginnend mit dem Jahr 1993 werden dann das erste und dritte Quartal im ersten Jahr und das zweite und vierte Quartal im zweiten Quartal codiert. Dieses Muster setzt sich in den Folgejahren fort:

1993	Jan./Feb./März	Juli/Aug./Sept.
1994	April/Mai/Juni	Okt./Nov./Dez.
1995	Jan./Feb./März	Juli/Aug./Sept.
1996	April/Mai/Juni	Okt./Nov./Dez.
1997	Jan./Feb./März	Juli/Aug./Sept.
1998	April/Mai/Juni	Sept./Okt./Nov./Dez..

Die Verteilung der Stichprobenzeiträume über die sechs Jahre von 1993 bis 1998 ermöglicht es, die Zeitabschnitte der Kommentierung bei den Bundestagswahlen 1994 und 1998 zu erfassen. Damit ist eine wichtige Bedingung für den Vergleich zwischen Kommentaragenda und politischer Agenda, die u.a. anhand von Parlamentsdokumenten und Regierungserklärungen sowie von Parteiprogrammen erhoben werden soll, erfüllt. Um zumindest mittelfristige Themenkarrieren in den Medien nachvollziehen zu können, muß die Stichprobe längere zusammenhängende Zeiträume umfassen. Auch die Untersuchung von Fokussierung erfordert eine Stichprobe mit möglichst langen Zeiträumen, da die Kommentierung eines Themas in mehreren Zeitungen nicht notwendigerweise am gleichen Tag stattfinden muß, sondern um einige Tage verschoben sein kann. Je kleiner die untersuchten Zeiträume, desto größer die Gefahr, solche verschobenen Übereinstimmungen nicht zu erfassen, da einer der Kommentare nicht mehr in diesem Zeitraum liegt. Durch zu häufiges "Abschneiden" könnte somit das Fokussierungsausmaß unterschätzt werden. Vor diesem Hintergrund erschien ein Stichprobendesign auf der Basis von Monatsabschnitten zu kleinteilig. Die Lösung, jeweils ein zusammenhängendes Halbjahr pro Jahr zu untersuchen, und damit noch weniger Themenkarrieren abzuschneiden, hätte jedoch den Nachteil, daß dann wegen des Wechsels zwischen dem 1. und 2. Halbjahr in jedem Jahr des Untersuchungszeitraums jeweils ein komplettes Jahr zwischen diesen Stichprobenabschnitten nicht erfaßt würde.

Da die Dauer der Behandlung von Themen in den Medien stark variieren kann und sichergestellt werden muß, daß durch das quartalsweise strukturierte Stichprobendesign Themenkarrieren, die über drei Monate hinausgehen, nicht ausgeschlossen werden, wird

die FAZ über den gesamten Zeitraum hinweg erfaßt. Die auf eine Zeitung beschränkte Vollerhebung ermöglicht eine Evaluation der Stichprobe sowohl im Hinblick auf die Dauer von Themenkarrieren, als auch im Hinblick auf die Fokussierungsmessung.

Unter Voraussetzung der Stichprobe und der oben dokumentierten Auswahlregeln liegt der Untersuchung eine Materialschätzung von insgesamt 14000 analyserelevanten Kommentaren zugrunde.

2.3. Materialauswahl und Besonderheiten der Resonanzstudie

Für die Resonanzstudie ist eine Vollerhebung über den gesamten Untersuchungszeitraum vorgesehen. Das Untersuchungsmaterial umfaßt drei Textgattungen. Zu Regierungserklärungen und den Parteiprogrammen liegen aus anderen WZB-Projekten Daten vor, die mit unserem Kategoriensystem weitgehend kompatibel sind (Volkens/Voltmer 1992). Die Inhaltsanalyse in unserem Projekt konzentriert sich daher auf die Informations- und Kontrollinstrumente des Parlaments. Es handelt sich hier um die kleinen und großen Anfragen sowie die aktuellen Stunden. Das Sach- und Sprechregister des Deutschen Bundestages hat uns freundlicherweise entsprechendes Material aus seinen Datenbanken zur Verfügung gestellt. Mit der elektronischen Datenbank-Dokumentation des Sach- und Sprechregisters haben wir einen neuen Zugang zur Analyse der politischen Agenda erschlossen. Das Material bietet einen ökonomischen Zugriff auf eine Vielzahl von Verfahren und erlaubt eine Erhebung der zentralen Dimensionen der Vorgänge, ohne auf die vollständigen Anfrageformulierungen oder Debattenprotokolle zurückgehen zu müssen. Die für die Untersuchungsfrage relevanten Daten sind durch das Sach- und Sprechregister schon in kompakter Form aufgearbeitet. Das Codierverfahren für die politische Agenda ist dem Abstraktions- und Selektionsgrad der Informationen angepaßt worden. Es wird hier nicht, wie im Fall der politischen Kommentare, ein Fließtext gelesen und inhaltsanalytisch erfaßt, sondern es werden die stichwortförmig abstrahierten Informationen in die numerischen Codes des Kategorienschemas übersetzt. Es kann also unter Zuhilfenahme der in den Listen des Sach- und Sprechregisters bereits vorgenommenen Strukturierung codiert werden. Hauptthemen werden beispielsweise gemäß den Angaben aus der Titelzeile codiert, Nebenthemen über die Stichwortlisten, die den einzelnen Vorgängen zugeordnet sind (vgl. die Beispiele in Abschnitt 5). Codiereinheit ist hier das einzelne parlamentarische Verfahren, also die große oder kleine Anfrage und die aktuelle Stunde.

Das Kategorienschema für die Erhebung der politischen Agenda ist auf der Grundlage von Anpassungen an die Besonderheiten der Listen des Sach- und Sprechregisters durch

geringfügige Modifikationen des Instruments für die Kommentaranalyse entwickelt worden. Wir verzichten daher auf eine gesonderte Dokumentation. Die vorgenommenen Veränderungen beziehen sich systematisch vor allem auf die Formalia-Codes. So werden hier der jeweilige Titel, die Art des Instruments, das Datum des Verfahrens, die antragstellenden Fraktionen, der erste namentlich genannte Antragsteller und die Drucksachenummer bzw. das Aktenzeichen des Plenarprotokolls notiert. Der Anlaß, die Themen und die Grundkonflikte werden soweit möglich analog zur Kommentarcodierung erfaßt. Der Akteursblock sowie die Kategorien Themenfokus und Themenbehandlung werden für die politische Agenda nicht codiert.

3. Das inhaltsanalytische Instrument

Das an dieser Stelle dokumentierte inhaltsanalytische Kategoriensystem ist unter Verwendung einzelner Variablenblöcke aus anderen Projekten am Wissenschaftszentrum entwickelt worden. So ist die Themenliste in Anlehnung an das Kategoriensystem des "Party-Manifesto"-Projekts entstanden, in dem die Themen von Parteiprogrammen und Regierungserklärungen seit 1950 erfaßt werden (Volkens/Voltmer 1992). Für die Erfassung der Grundkonflikte wird ein von Voltmer zur Untersuchung der Wahlberichterstattung von 1990 entwickeltes Instrument zugrundegelegt, mit dem abstrakte, themenspezifische ideologische Grundsatzpositionen codiert werden können (Voltmer 1997). Dieses Instrument wurde von uns um einen Grundkonflikt (Technologiefolgenkontrolle/Risikobereitschaft) ergänzt, um vor allem die Kommentierung der Umweltpolitik besser abbilden zu können. In den zentralen Dimensionen „Thema“ und „Grundkonflikte“ ist somit auch die Vergleichbarkeit mit diesen Studien gewährleistet. Relevant ist diese Vergleichbarkeit für unser Projekt insbesondere im Hinblick auf vorliegende Daten zu Parteiprogrammen und Regierungserklärungen, die wichtiges Material für die Untersuchung der politischen Agenda bereitstellen.

Das Instrument für die bereits erwähnte Evaluationsstudie liegt aus einem anderen WZB-Projekt (Koopmans 1996a, 1996b) vor und wird an dieser Stelle nicht dokumentiert. Es handelt sich um themenspezifisch ausgearbeitete und empirisch bewährte Kategorien für Ereignisse und Unterthemen, Akteure und die jeweiligen Bewertungen durch die Medien sowie durch andere Akteure. Zusätzlich wurden dort spezifische Frames entwickelt, mit denen konkrete Ereignisse oder Sachverhalte gedeutet und interpretiert und implizit bewertet werden können.

Die Studie zur Gemeinwohrrhetorik im öffentlichen Diskurs, die anschließend an das Kategoriensystem skizziert ist, ist ein Zusatzprojekt zur Kommentarstudie, das teilweise

durch die Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften finanziert wurde. Kommentare, in denen Gemeinwohlbezüge identifiziert werden, sind hier einer zusätzlichen Analyse unterzogen worden.

3.1. Erläuterungen zum Kategorienschema

3.1.1. Formalia

ID

Laufende Nummer pro Zeitungsausgabe. Die Codierer übernehmen die auf den jeweiligen Zeitungen vor der Materialvergabe notierten IDs.

3.1.1.1. Kodierer - ID

Die Coder-ID fungiert als Dokumentation der Bearbeitung jedes Kommentars. Sie wird erst während der Codierung des einzelnen Kommentars auf dem jeweiligen Textblatt mit dem Kürzel 'CID' unter der Kommentar-ID notiert und kann dann zur Unterscheidung codierter und nicht-codierter Kommentare genutzt werden.

3.1.1.2. Titel

Die Variable 'Titel' ist nützlich für eine nicht-numerische Identifikation des Kommentars. Sie ermöglicht eine schnelle Identifikation des Artikels im Datensatz vor allem im Fall irrtümlicher numerischer Codierungen. Im Datensatz stehen zwanzig Zeichen für jeden Titel zur Verfügung. Notiert wird immer der Haupttitel, wie er in der Zeitung formuliert wurde. Es werden also keine Paraphrasen oder Kürzungen vorgenommen. Untertitel und weitere typographisch hervorgehobene Unterzeilen gelten nicht als Titel.

3.1.1.3. Datum

Tag Monat Jahr. Aus dem auf dem Kommentarblatt angegebenen Datum wird ein Datumscode nach dem Muster 'Tag Monat Jahr' erstellt.

27.9.1998 wird beispielsweise codiert als 270998

1.1. 1995 wird beispielsweise codiert als 010195

Auf dem Codesheet steht entsprechend Raum für sechs Zeichen zur Verfügung.

Bei Doppeldatumsangaben, beispielsweise an Wochenenden oder vor Feiertagen, wird jeweils das erste Datum codiert. 24./25.12.1996 also als 241296.

3.1.1.4. Autor

Sinn der Kategorie ist analytisch die Identifizierung von Kommentierkartellen, also die Analyse der Frage nach inhaltlich-thematischen Zuständigkeiten und Spezialisierungen bestimmter Kommentatoren auf bestimmte Kommentar Themen.

Die Autorenangaben zu den Kommentaren variieren nach Zeitung und Platzierung. Codiert wird entsprechend entweder der ganze Name des Kommentators oder dessen Kürzel. Ist kein Autor angegeben, so bleibt das Feld leer.

3.1.1.5. Umfang

Zeilen. Die Zeilenzahl dient als Näherung an den Beachtungsgrad und Umfang eines Artikels. Als Bezugsgröße für die Erhebung des Umfangs gilt der reine Fließtext des Kommentars, nicht die Über-

schriften, Untertitel und Zwischenüberschriften. Bei Kommentartexten aus CDROMs werden die angegebenen Zeilenzahlen übernommen, die auf das Originalformat in der Papierfassung verweisen (TAZ). Sind auf dem Ausdruck keine Zeilenangaben vorhanden (FAZ), werden die Zeilen konventionell gezählt und in der Auswertung über einen Näherungsschlüssel umgerechnet.

3.1.2. Anlässe und Themen

3.1.2.1. Anlaß der Kommentierung

Diese Kategorie ist eine Untersuchung der Frage, ob Kommentare lediglich Reaktionen auf mehr oder weniger institutionalisierte Politikereignisse sind oder eigenständige Thematisierungsleistungen der Medien darstellen.

Anlaß für die Kommentierung ist in der Regel ein konkretes Ereignis, kein Thema. Ein *Ereignis* ist ein räumlich und zeitlich abgegrenztes Geschehen. Die Ausprägungen 01-22 beziehen sich ausschließlich auf politische Ereignisse. Nicht-politische Ereignisse sind unter 23 als "Gesamtereignis" zu codieren. Zunächst ist zu prüfen, ob der Berichtsanlaß einer der Ausprägungen 1-10 zuzuordnen ist. Hier ist darauf zu achten, daß es sich um diese Handlungsformen selbst handeln muß, nicht um Diskussionen oder Stellungnahmen dazu. Sonst sind die entsprechenden Ausprägungen 11 und höher zu codieren. Die Ausprägungen 01 - 10 sind ausschließlich für parlamentarische Vorgänge im Bundestag vorgesehen - diese Einschränkung muß beachtet werden, um die Vergleichbarkeit mit der politischen Agenda zu gewährleisten. Bei Kommentaren, die sich auf Pressekonferenzen und Interviews beziehen, ist das diesen jeweils zugrundeliegende Ereignis zu codieren. Pressekonferenzen und Interviews sind keine originären politischen Ereignisse. Ebenso werden Veröffentlichungen von anderen Zeitungen unter dem zugrundeliegenden, also dort thematisierten Ereignis codiert. Anlaß ist dann nicht die Veröffentlichung eines Sachverhalts in einer anderen Zeitung, sondern das Ereignis, über das diese berichtet.

Z.B. Pressekonferenz zu Sparmaßnahmen der Regierung: Sparmaßnahmen, also Sachentscheidung. Oder Interview mit Rexrodt zur Konjunkturkrise: Entweder dem Interview liegt eine Stellungnahme Rexrodts zugrunde (in diesem Fall "Stellungnahme") oder das Interview wurde ohne besonderen Anlaß geführt (dann "Anlaß nicht bestimmbar").

Kommentaranlässe sind in der überwiegenden Mehrzahl der Fälle relativ leicht zu identifizieren. In den seltenen Fällen, in denen nicht nur die Zuordnung zu einer Kategorie, sondern schon die Lokalisierung des Anlasses überhaupt nicht schlüssig vollzogen werden kann, ist es möglich, daß kein bestimmbarer Anlaß vorliegt. Hier können Identifikationsschwierigkeiten also als Indikator für die Angebrachtheit der 88 oder 99 - Codes verstanden werden. Gleiches gilt auch für sonstige politische Ereignisse: Wenn ein Ereignis nach Abwägung nicht zugeordnet werden kann, soll diese Kategorie benutzt werden.

3.1.2.2. Themenfokus

Die Variable "Themenfokus" mißt den Personalisierungsgrad des Kommentars und kann später in Beziehung gesetzt werden zu bestimmten Akteuren und Akteursbewertungen.

Hier wird codiert, ob sich der überwiegende Teil des Kommentars mit einem Sachthema oder mit den beteiligten Akteuren bzw. den Akteursbeziehungen beschäftigt. Diese Kategorie ist kein Filter. Auch für Akteursthemen werden die Sachthemen-Kategorien codiert. Ein Akteurskonflikt bezieht sich fast immer auf einen Gegenstand, der dann als Sachthema erfaßt werden kann. Durch diese Kategorie wird das Ausmaß an Personalisierung von Sachverhalten erfaßt. Akteure können zwar auch Institutionen, Länder oder Firmen sein, in diesem Falle wird jedoch kein Akteursthema codiert. Akteure im Sinne dieser Personalisierungsvariablen sind also natürliche und physische Personen.

3.1.2.3. Haupt-Sachthema

Aktives Medienhandeln impliziert zunächst die Auswahl von Themen. Themen in Kommentaren können entweder längerfristige gesellschaftliche Problemlagen und Kon-

flikte aufgreifen oder auf kurzfristige, punktuelle Ereignisse im politischen Prozeß reagieren. Auf jeden Fall gilt: Wird ein Thema aus dem breiten Strom ständig anfallender Nachrichten für die Kommentierung ausgewählt, so bedeutet das eine Stimulierung öffentlicher Aufmerksamkeit und eine politische Relevanzzuschreibung. Innerhalb von größeren Themenkomplexen kann die Auswahl oder Akzentuierung bestimmter Unterthemen oder Aspekte eine themeninterne Relevanzstruktur anzeigen. Die Hervorhebung von Unterthemen oder die Akzentuierung von Themenaspekten etabliert bestimmte Interpretationen und Deutungsmuster und damit eine implizite Bewertung, die auch unter dem Stichwort "Framing" diskutiert wird (vgl. Goffmann 1974, Kahnemann/Tversky 1984; Snow et al. 1986; Iyengar 1991; Price/Tewksbury 1995, Gamson 1992). Die Hervorhebung bestimmter Themen oder Themenaspekte kann auch für die Beurteilung politischer Akteure konsequenzenreich sein. In diesem Zusammenhang wird von Priming und Priming-Effekten gesprochen. Priming bezieht sich auf eine durch Medienberichterstattung induzierte Aktivierung der Bewertungsmaßstäbe für politische Akteure oder Sachverhalte (Iyengar/Kinder 1987; Krosnick/Kinder 1990; Iyengar 1992). Diese Bewertungen sind insbesondere im Hinblick auf die Performanz politischer Akteure insgesamt oder in einem spezifischen Politikfeld relevant und können mittelfristig auch deren politische Unterstützung im Publikum beeinflussen.

Es werden maximal drei Themen erfaßt. Als Haupt-Sachthema wird das Thema codiert, das im Kommentar den meisten Platz einnimmt. Liegen zwei gleichrangige Themen vor, so wird das erstgenannte Thema als Hauptthema codiert. Zu codieren ist jeweils die spezifischste zur Verfügung stehende Kategorie.

In einigen Kommentaren werden deutlich mehr als drei Themen genannt. Teilweise handelt es sich um Unterthemen eines gemeinsamen Oberthemas, so daß die Themen zusammengefaßt werden können. Dabei ist folgendes zu beachten: Geht es um **mehr als drei** Einzelaspekte einer **gemeinsamen** Oberkategorie, so ist das jeweils übergeordnete Thema zu codieren (z.B. 81002 "Krise der Wirtschaft", 81005 "Wirtschaft im Strukturwandel", 81015 "staatliche Wirtschaftstätigkeit" und 81081 "wirtschaftlicher Aufbau in den neuen Ländern" so ist die Oberkategorie 81000 "Wirtschaftspolitik" zu codieren. Die -00-Codes werden jeweils zu den dreistelligen Codes (z.B. 810-) der Oberkategorien hinzugefügt). Die xxx01-Kategorien (z.B. 81001 "Wirtschaftspolitik allgemein") werden codiert, wenn ein Thema in diesem allgemeinen Sinne angesprochen wird, ohne daß es um konkrete Einzelaspekte geht. Es handelt sich hier nicht um Zusammenfassungskategorien, die die Codierer heranziehen können, um selbst Einzelaspekte zusammenzufassen.

Diese Zusammenfassung von Einzelaspekten zur jeweils übergeordneten Kategorie wird nur vorgenommen, wenn tatsächlich mehr als 3 Einzelaspekte aus einer gemeinsamen Kategorie genannt werden. Liegen *aber nur 3 oder weniger als 3 Aspekte* aus einer **gemeinsamen** Oberkategorie vor, so werden diese **einzeln** als 3 Themen auf der spezifischsten Ebene codiert (z.B. 81001, 81005 und 81015). Bei mehreren Einzelaspekten aus einer gemeinsamen Oberkategorie wird also nicht automatisch zur Oberkategorie zusammengefaßt (und zwar auch dann nicht, wenn außer diesen 3 Einzelaspekten noch weitere Einzelaspekte aus anderen Oberkategorien genannt werden, 3 Themen also zu wenig erscheinen), sondern nur, wenn es sich insgesamt um mehr als 3 Aspekte aus **einer** Oberkategorie handelt.

Einige Kommentare, v.a. Akteursthemen, thematisieren eine solche Vielzahl von Einzelaspekten aus so vielen verschiedenen Oberkategorien, daß hier nicht zu Oberkategorien zusammengefaßt werden kann. Wir bleiben bei unserer Codierregel: Geht es um **mehrere** Einzelaspekte aus **verschiedenen** Oberkategorien, so sind diese auf der spezifischsten Ebene zu codieren. Codiert wird dann nach Maßgabe des eingenommenen Raumes im Kommentar, also nur die umfangreichsten drei Themen, wobei das umfangreichste Thema das Hauptsachthema darstellt. Wenn ein Kommentar drei Einzelaspekte einer gemeinsamen Oberkategorie enthält und zwei Einzelaspekte einer anderen Oberkategorie, werden von den fünf Einzelaspekten diejenigen drei Einzelaspekte codiert, die den meisten Raum einnehmen (z.B. 81015,

92003, 75010). Dadurch gehen zwar zwei Einzelaspekte verloren, aber wir erhalten auf diese Weise spezifischere Codierungen, die die Schwerpunktsetzungen in den Kommentaren besser erfassen und nicht alle Einzelheiten in Globalkategorien aufgehen lassen.

Bei Gleichwertigkeit der Unterthemen aus verschiedenen Oberkategorien ist darauf zu achten, daß die thematische Streubreite des Kommentars durch Codierung der einschlägigen Unterthemen aus den jeweiligen Einzelbereichen abgedeckt wird.

Kommentare mit außenpolitischen Themen, die zusätzlich noch andere Themen behandeln, werden ausschließlich als 010 Außenpolitik, 040 Ostpolitik, 050 EG/EU Politik, 060 Entwicklungsländerpolitik, 110 Verteidigung, 120 Bündnispolitik oder 130 Friedenspolitik codiert. Alle weiteren Oberkategorien beziehen sich ausschließlich auf Deutschlandthemen. Beispielsweise wird die deutsche Entwicklungspolitik im Bildungsbereich in einem afrikanischen Land als 060 - 04 (Verschiedene Gebiete der Zusammenarbeit) und keinesfalls als Hauptthema: Entwicklungsländerpolitik und Nebenthema: Bildungspolitik codiert.

Da die entsprechenden Themenausprägungen für den Themenkomplex Migration/Ausländer/Rechtsextremismus quer zu der an traditionellen Policybereichen orientierten Themenstruktur liegen, wurden sie in einen separaten Themenblock "ausgelagert" und an den Beginn der Themenliste gestellt.

3.1.2.4. Neben-Sachthema

Hier wird ein zweites Thema codiert, falls der Gegenstand des Kommentars mit einem Thema nur unzureichend beschrieben ist. Das 1. Nebenthema muß weniger umfangreich behandelt sein als das Hauptthema oder - bei gleichem Umfang - erst an zweiter Stelle genannt werden. Zentral ist die Differenzierung zwischen Haupt- und Nebenthemen, die beiden Nebenthemen sind jedoch gleichrangig, müssen also nicht gewichtet werden. Bei Auslandsthemen, wo Deutschland oder deutsche Akteure nur am Rande vorkommen, ist dieser Themenaspekt auf jeden Fall als eines der Nebenthemen zu codieren, auch wenn andere Themen mehr Raum einnehmen. Diese Anweisung soll sicherstellen, daß der Deutschlandbezug, der im Kommentar hergestellt wird, in der Codierung abgebildet wird.

3.1.2.5. 2. Neben-Sachthema

Hier wird ein drittes Thema codiert, falls der Gegenstand des Kommentars mit zwei Themen nur unzureichend beschrieben ist.

3.1.2.6. Themenbehandlung

Die "Themenbehandlung" klassifiziert die Kommentare danach, ob sie wertenden oder eher neutralen Charakter haben sowie in Anlehnung an die Sprechakttheorie nach der Illokution, also der Art des Handelns, das hinter einer verbalen Aussage steckt.

Die Variable wird nur einmal codiert. Sie bezieht sich nicht speziell auf das Hauptthema, sondern betrifft den gesamten Kommentar. Wird ein Thema bzw. werden die Themen eher neutral aufbereitet in Form einer Hintergrundanalyse oder wird Stellung genommen, etwa indem Kritik oder Unterstützung deutlich werden, oder etwas gefordert wird. Die beiden Oberkategorien Analyse/Diagnose und Problematisierung sollen diese beiden Kommentierungsstrategien abbilden. Die jeweilige Themenbehandlung muß nicht in "Reinform" vorliegen. Vielmehr ist entscheidend, ob die jeweilige Themenbehandlung dominiert. Auf einer differenzierteren Ebene kann unterschieden werden, welchen inhaltlichen Schwerpunkt die Analyse bzw. die Kritik hat. Dabei darf der Themenbezug nicht aus dem Auge verloren werden. Es geht um den spezifischen Umgang mit einem bestimmten Thema. So kann z.B. das Thema Steuerreform neutral analytisch (*was bedeuten die Neuregelungen für den Einzelnen?(Wie wird sich die Reform auf das Steueraufkommen auswirken?)*) oder mit Bewertung aufbereitet werden (*z.B. Steuerreform benachteiligt Mittelstand unverhältnismäßig, Die Folgen für die dt. Wirtschaft werden verheerend sein*). Problematisierung soll dabei keine negativ-Bewertung implizieren. Der Begriff soll lediglich anzeigen, daß hier mehrere Handlungsoptionen gesehen wurden, wovon eine favorisiert wurde. Treffen verschiedene Unterdimension gleichrangig zu, so ist jeweils die Oberkategorie zu codieren.

3.1.3. Akteure, Akteursbeurteilungen und Akteursbeziehungen

Das Ensemble von Akteuren und die Konstellierung von Akteursbeziehungen, die in der Kommentierung eines spezifischen Sachverhalts hervorgehoben werden, impliziert eventuell folgenreiche Relevanzzuweisungen im politischen Prozeß. Da politische Akteure - und das gilt sowohl für wählbare politische Funktionsträger als auch für Interessensvertreter außerhalb des parlamentarischen Systems und für soziale Bewegungen - auf die Generierung öffentlicher Aufmerksamkeit über die Medienberichterstattung angewiesen sind, ist ihre Sichtbarkeit in Kommentaren selbst bei negativer Beurteilung bedeutsam (Graber 1989: 236). Die wiederholte Nennung von Akteuren in bestimmten thematischen Kontexten sowie damit verbundene Interpretationen der Akteursbeziehungen (z.B. im Sinne von Freund-Feind Konstellationen oder konflikthafter "Koalitionen") können bereits eine evaluative inhaltliche Aussage darstellen. Das kann insofern konsequenzenreich für den jeweiligen politischen Akteur sein, als durch entsprechende Kombinationen von Thema, Akteur und Akteurskonstellationen politische Verantwortungen zugeschrieben werden (Iyengar/Kinder 1987: 84f; vgl. auch Iyengar 1991).

3.1.3.1. Akteure allgemein

Der Akteursblock des Kategoriensystems erlaubt die Erfassung von bis zu vier Akteuren. Es wird codiert, ob es sich um Einzelpersonen oder Gruppen bzw. Institutionen, um deutsche oder ausländische Akteure handelt, welches Amt bzw. welche Funktion sie ausüben und wie sie im Kommentar bewertet werden. Bei Einzelpersonen wird der Eigenname notiert. Zusätzlich wird erfaßt, welche Akteurskonstellationen im Kommentar konstruiert werden. Für jede bilaterale Akteursbeziehung kann codiert werden, ob diese konflikthaft, ambivalent oder allianzhafte dargestellt wird. Die Variable dient dazu, die in den Kommentaren gezeichneten Konfliktlinien zwischen Akteuren nachzuvollziehen. Wir erwarten, daß sich positive oder negative Parteinahme für einen Akteur auch durch die Darstellung der Akteursbeziehungen ausdrückt.

Zugelassen sind 4 Akteure. Es geht dabei sowohl um tatsächlich an einem Ereignis beteiligte Personen oder Kollektivakteure als auch um Betroffene/Opfer, sofern sie eine zentrale Rolle im Kommentar spielen. Die Akteurskategorien zielen auf konkrete Personen oder Institutionen ab. Codiert wird ein Akteur jeweils mit dem im Kommentar genannten Amt. Kontextwissen wird nicht herangezogen.

Grundsätzlich werden mehrere Akteure, die lediglich **stellvertretend** für einander genannt werden, die also nicht explizit allianzhafte oder konflikthafte zugeordnet werden, nur als **ein Akteur** codiert. Wenn also Lafontaine und SPD oder Kohl und die Bundesregierung oder die WEU und Europa (im NATOkontext) genannt werden, ohne daß hier unterschiedliche oder explizit gleiche Positionen vertreten werden, wird lediglich **ein Akteur** codiert. Dabei soll jeweils die konkrete Person oder die spezifischere Institution (also Lafontaine, Kohl, WEU) codiert werden. Durch den Code "3" unter Akteursklasse wird diese Stellvertreterfunktion dann angezeigt.

Kommen **mehr als 4 Akteure** vor, sollen sie nach Maßgabe ihrer Akteursbeziehung sinnvoll als kollektiver Akteur bzw. als Gruppe zusammengefaßt werden (Akteursklasse ist dann entweder "2", wenn es sich um Personen mit inhaltlich kohärenter Position handelt, oder "4", wenn es lediglich eine Zusammenfassung oder Aufzählung von sonst völlig unzusammenhängenden Einzelpersonen ist, die nur im aktuellen Kontext zusammen genannt werden). Das heißt, Akteure werden dann zusammengefaßt, wenn Einigkeit

in bezug auf die jeweilige Sachfrage zum Ausdruck gebracht wird (z.B. *Westerwelle und Gerhardt stimmten darin überein, daß..., etc.*). Handelt es sich beispielsweise um parteiinterne Auseinandersetzungen, an denen viele Einzelakteure beteiligt sind, so werden dann die entsprechenden Gruppen als "Gruppe 1, Partei x" und "Gruppe 2, Partei x" zusammengefaßt (also bei Akteursklasse jeweils "Gruppe" codieren, bei Akteursrolle "Partei x" codieren). Wenn sich entsprechende Gruppen nicht bilden lassen, werden die 4 Akteure codiert, die im Kommentar den meisten Raum einnehmen.

Bei Unsicherheiten in der Auswahl und Eingrenzung der Akteure werden die eindeutigen und sicheren Akteursbestimmungen in jedem Fall an erster und zweiter Stelle codiert. Die dritte und vierte Stelle wird in diesen Fällen für die unschärferen Entscheidungen genutzt.

3.1.3.2. Akteursklassen

Hier soll erfaßt werden, ob es sich um Einzelpersonen oder Institutionen oder Gruppen (bzw. deren Sprecher) handelt. Kommen insgesamt mehr als 4 Akteure vor, so werden diejenigen mit gleichen Positionen zusammengefaßt, sofern diese Übereinstimmung explizit zum Ausdruck kommt (siehe Ausführungen unter "Akteure allgemein"). In seltenen Fällen, werden auch Akteure zusammengefaßt, die keine kohärente Gruppe bilden, sondern gemeinsam in einer Aufzählung vorkommen (z.B. drei Firmen oder mehrere Einzelpersonen). In diesem Fall sollen diese Akteure nicht als Gruppe codiert werden, sondern als Aufzählung von Einzelpersonen (4) bzw. als Aufzählung von Firmen (1). Die Ausprägungen sind also jeweils auch für mehrere Akteure der jeweiligen Akteursklasse vorgesehen. Zur Abgrenzung zwischen nicht-institutionalisierten Gruppen und der Zusammenfassung von Einzelpersonen: Wenn es sich also um mehrere Einzelpersonen mit inhaltlich kohärenter Position handelt, ist die "2" zu codieren, wenn es sich aber lediglich um eine Zusammenfassung oder Aufzählung von inhaltlich sonst nicht notwendigerweise übereinstimmenden Einzelpersonen handelt (z.B. *die ehemaligen Vorsitzenden der brandenburgischen CDU*), die nur im aktuellen Kontext zusammen genannt werden, wird die "4" codiert.

3.1.3.3. Geographischer Bezug Akteure

Der geographische Bezug zielt auf die geographische Zugehörigkeit der Akteure (in der Regel der aktuelle Wohnort) ab, nicht auf den Ereignisort. Bei in Deutschland lebenden Ausländern ist Deutschland zu codieren (bei Vergangenheitsbezug auf DDR bei Akteursrolle unter "Bundesebene" codieren und hier unter DDR).

3.1.3.4. Akteursrolle

Akteure mit mehreren Amtsfunktionen (*Lafontaine: Ministerpräsident und SPD-Parteivorsitzender*) werden nur in ihrer genannten Funktion (z.B. *Ministerpräsident Lafontaine*) codiert. Es wird kein Kontextwissen herangezogen. Personen mit früheren Amtsfunktionen werden in der jeweils genannten Funktion codiert. DDR-Politiker werden auf "Bundesebene" codiert und durch den geographischen Bezug kenntlich gemacht.

Bei Akteuren mit politischer Funktion, die nicht aus der Bundesrepublik stammen, ist unter „Bundesebene“ (bzw. „Länderebene“ oder „Kommunale Ebene“) das jeweilige Äquivalent zur Deutschland-spezifischen Rolle zu codieren, also z.B. Präsident Clinton als „Kanzler, Regierungschef“. Wird lediglich ein Land oder Bundesland genannt, so wird hier die jeweilige Regierung codiert (*Lautete die Aussage beispielsweise „Italien will alles daransetzen, rechtzeitig die Kriterien für den Euro zu erfüllen“, so wird Italien als „(Bundes- Regierung“ codiert*).

3.1.3.5. Eigennamen Akteure

Nur bei natürlichen Personen.

Nachname, Vorname (20 stellig)

In jedem Fall bei der Akteurscodierung Notierung der Akteursnamen auf dem Codesheet zwecks besserer Rekonstruierbarkeit des Codiervorganges. Alle Akteursnamen, die sich nicht auf natürliche Einzelpersonen beziehen, werden eingeklammert.

3.1.3.6. *Beurteilung Akteure*

Erfaßt wird die Bewertung des Positionsinhabers durch den Journalisten. Entscheidend ist nicht die explizite Bewertung, sondern die Frage, ob hier eine Parteinahme für oder gegen den Akteur stattfindet.

3.1.3.7. *Beurteilung der Akteursbeziehung*

Die Akteursbeziehung wird nur dann mit 1-3 codiert, wenn sie tatsächlich zum Thema gemacht wird. Entscheidend ist die Darstellung des Journalisten, nicht der eigene Eindruck. Wenn der Akteursbeziehung kein besonderer Stellenwert beigemessen wird, gilt demgemäß '9'. Bei konventionellen Repräsentationsbeziehungen (Land und Regierungschef, Vorstand und Institution) muß also nicht automatisch allianzhaft codiert werden. Liegen aber 'Störungen' der Repräsentation vor, kann hier ambivalent oder sogar konflikthaft codiert werden (starke innere Opposition, die den Regierungschef absetzen will, Illoyalität einer Institution gegenüber Sprechern etc.).

3.1.4. **Positionen**

Neben der Akteursbewertung werden mit den "*Grundkonflikten*" und "*Positionen*" zusätzliche Meinungen erfaßt, die mit den jeweiligen Themen verknüpft werden. Bis zu drei Grundkonflikte können pro Kommentar codiert werden. Die Grundkonflikte sind bipolar formuliert und können als Deutungsrahmen zur Bewertung einer Streitfrage herangezogen werden. Das heißt, es handelt sich um relativ abstrakte, weitgehend themenunabhängig anwendbare "*Frames*", mit denen ein konkretes Ereignis oder ein Sachverhalt in einer bestimmten Weise gedeutet werden kann. Die beiden Pole repräsentieren zwei Seiten des Links-Rechts-Kontinuums. Indem durch die Positionsrichtung angegeben werden kann, welcher Pol als bessere Politikalternative dargestellt wird, kann eine grundsätzliche Links- bzw. Rechtsorientierung des Kommentierenden in bezug auf den jeweiligen Grundkonflikt erfaßt werden. Das Instrument wurde im Rahmen einer Untersuchung der Wahlberichterstattung von 1990 von Voltmer entwickelt und erfolgreich auf Medientexte angewandt. Es bietet den Vorteil, nicht auf konkrete Themenbereiche zugeschnitten und damit nur begrenzt einsatzfähig zu sein, sondern themenunspezifisch auf relativ abstraktem Niveau politische Grundorientierungen erfassen zu können (vgl. Voltmer 1997).

3.1.4.1. *Grundkonflikt/Frame:*

Es sind 3 Grundkonflikte/Frames pro Kommentar zugelassen. Hier wird angegeben, ob sich ein Bezug zu einem der unten genannten Grundkonflikte herstellen läßt. Auch wenn der Kommentator nicht auf die entsprechende Dichotomie eingeht, wird ein Grundkonflikt/Frame codiert, sofern sich ein Bezug zu einer der unten aufgeführten Fragen herstellen läßt. Der Kommentator muß nicht den Grundkonflikt/Frame explizit ansprechen.

Die Positionscodierung bezieht sich allerdings immer auf die Position des Kommentators, nicht auf die der angesprochenen Akteure.

3.1.4.2. *Position:*

Hier wird erfaßt, welche Richtung jeweils in bezug auf einen Grundkonflikt/Frame vertreten wird.

3.2. Das Kategorienschema der Kommentaranalyse

Abweichungen zum Analyseinstrument des Party-Manifesto-Projekts sind im folgenden gesondert kenntlich gemacht. Kursiv gesetzt sind zusätzliche Erläuterungen und Beispiele zu bereits vorhandenen Codes. Mit einem ‚x‘ sind alle Codes gekennzeichnet, die von uns ergänzt wurden.

ID

Kodierer - ID

3.2.1.1. *Titel*

3.2.1.2. *Zeitung:*

- | | |
|---|------|
| 1 | WELT |
| 2 | FAZ |
| 3 | SZ |
| 4 | FR |
| 5 | TAZ |

3.2.1.3. *Datum (6):*

Tag Monat Jahr. Aus dem auf dem Kommentarblatt angegebenen Datum wird eine Datumscode nach dem Muster ‘Tag Monat Jahr’ erstellt.

27.9.1998 wird beispielsweise codiert als 270998

1.1. 1995 wird beispielsweise codiert als 010195

3.2.1.4. *Autor:*

3.2.1.5. *Umfang:*

3.2.1.6. *Plazierung:*

- | | |
|---|--|
| 1 | Leitartikel (Kürzel LS)
(Welt: 1. Seite Kasten,
FAZ: erste Seite, unten
SZ Seite 4 links oben,
FR Seite 3 rechts oben,
TAZ: 1. Seite unten) |
| 2 | Meinungsseite und erste Seite Kommentare, außer Leitartikel (Kürzel MS)
(Welt: S.4, linke Spalte,
FAZ: Zeitgeschehen - meist S. 12,
SZ: S.4 außer Leitartikel,
FR: S. 3 rechte Spalte außer Leitartikel,
TAZ: S. 10 oder 12)- |
| 3 | Sonstiges (Ökolumne in der TAZ am Samstag, meist S. 6) (Kürzel S) |

3.2.2. Was wird kommentiert? Anlaß und Thema

3.2.2.1. *Anlaß der Kommentierung:*

01-10: Ausschließlich Bundestag

- | | |
|----|----------------------------------|
| 01 | Gesetzesentwurf
(Einbringung) |
| 02 | Regierungserklärungen |

- 03 Große Anfrage
- 04 Kleine Anfrage
- 05 mündliche und schriftliche Anfragen (ohne große und kleine Anfragen)
- 06 Antworten auf Anfragen
- 07 Sach-/Änderungs-/Entschließungsanträge
- 08 Beschlüsse über Anträge
- 09 Ausschußempfehlungen
- 10 Beschlüsse über Gesetzesentwürfe
(nicht Verabschiedung und Erlass von Gesetzen)

Die folgenden Kategorien sind nur zu codieren, wenn keine der oberen Kategorien zutrifft:

- 11 **Wahl**
(Wahlen zu demokratischen Gremien und Institutionen: Bundestags-, Landtags-, Kommunalwahl)
Achtung: ohne Personalentscheidung, dann "12" codieren
- 12 **Personalentscheidungen und Personalauswahlprozeß**
(*Entlassung, Einstellung, Beförderung, Besetzung von politischen Ämtern durch Ernennung, Rücktritt, Kandidatur, Nominierung, Amtseinführung*)
wenn nicht Wahl oder Parteitag
- 13 **Sachentscheidung und deren Folgen**
(*Abstimmung, Erlass von Gesetzen/, aber keine Beschlüsse über Gesetzesentwürfe - also letztgültige Entscheidung z.B. nach Zustimmung des Bundesrates , Richtlinien/ Normen, Vertrag, Absprache etc, auch Inkrafttreten von Gesetzen sowie Rückblicke z.B. bei 'Jubiläen' von Gesetzen*)
Sachentscheidungen, die im Rahmen von bestimmten Ereignissen getroffen werden, z.B. auf einer Tagung; nur unter Sachentscheidung codieren, wenn die Sachentscheidung selbst Berichtsanlaß war und nicht die Tagung in ihrer Gesamtheit.
Gleiches gilt für Vertagungen oder Anträge in Gerichtsverfahren.
- 14 **Gerichtsurteil, Gerichtsverhandlung, Klage**
Nur codieren, wenn Gerichtsurteil oder Verhandlung oder Klage als Ganzes thematisiert wird; Teile von Verfahren unter Sachentscheidungen codieren, z.B. Vertagung, Anträge, etc.
- 15 **Parlamentsdebatte**
(*Bundestag und Bundesrat, Länderparlamente, kommunale Ebene;*
hier auch Diskussionen über Gesetzesentwürfe, Anfragen, Regierungserklärungen, Anträge wenn nicht im Bundestag)
- 16 **Verhandlung, Vermittlung, Beratung, Sitzung, Tagung, Diskussion, Streit**
(*Hearing, Anhörung, Koalitionsverhandlung, aber keine Parlamentsdebatten*)
ohne Untersuchung/Sachentscheidung/Gericht
Auch wenn hier Sachentscheidungen getroffen wurden, Verhandlung codieren, wenn der Verhandlungsprozeß, das Treffen selbst, etc. im Vordergrund stehen und Berichtsanlaß waren.
Bei einzelnen Stellungnahmen, die nicht in einem gemeinsamen "Setting" stattfinden, keine Verhandlung codieren, sondern Stellungnahme.
- 17 **Stellungnahme, Rede, Veröffentlichung**
(*Programmatische Erklärung -ohne Regierungserklärung-, Parteiprogramm, Festrede, Publikation, Forderung etc.*)
Stellungnahmen nur codieren, wenn keine der anderen Kategorien (z.B. Sachentscheidung) dahinter steht. Die Bekanntgabe einer Sachentscheidung ist unter "Sachentscheidung" zu codieren. Protestaufrufe unter Protest codieren.
- 18 **Untersuchung**
(*Prüfung, Gutachten, Expertise, Statistik, Arbeitslosenzahlen, Jahresberichte*)
ohne Gericht
- 19 **Protest nonverbal / Unterstützung nonverbal**
(*Protest: Boykott, Demonstration, Streik, Blockade, Rebellion, Terrorismus etc.; Unterstützung: Unterschriftenliste, Licherkette, Kirchenasyl etc.*)
Hier nur nicht institutionalisierte Protestereignisse. Institutionalisierte Protestereignisse wie Petition unter "07" codieren
- 20 **Besuch**
(*Staatsbesuch etc.*)
- 21 **Parteitag**

- 22 **Sonstiges politisches Ereignis**
(z.B. Krieg, Spionagefall, Verfahrensfragen, EU-Pläne / Diplomatie etc, wenn keine Bezug auf staatliches Handeln, dann als sonstiges nicht-politisches Ereignis codieren)
- 23 **Sonstiges nicht-politisches Ereignis**
(z.B. Naturkatastrophe, Unfall, Sportereignis, Eigentumsdelikt, Konzert, Ausstellung, Messe, Zusammenschlüsse von Konzernen, etc.)
Bei nicht-politischen Ereignissen, die mit einer der obigen Kategorien (z.B. Sachentscheidung) zu tun haben, immer das Gesamtereignis codieren, nicht einen spezifischen Aspekt davon (eben nicht die Sachentscheidung).
- 88 **Anlaß nicht bestimmbar**
Es liegt offenbar ein Ereignis oder eine Gruppe von Ereignissen zugrunde, welche aber aus dem Kommentar nicht hervorgeht.
- 99 **Kein Anlaß**

3.2.2.2. Themenfokus:

- 1 **klares Sachthema/keine Personalisierung**
(eines der unten genannten Sachthemen steht im Vordergrund, Akteure tauchen zwar als Handelnde auf, deren Performanz oder Charaktereigenschaften sind jedoch nicht zentraler Inhalt des Kommentars, ebensowenig deren Beziehungen untereinander)
- 2 **überwiegend Sachthema/geringe Personalisierung**
(Sachthema steht im Vordergrund, es geht jedoch auch um Akteure oder deren Beziehungen zueinander)
- 3 **Sach- und Akteursthema gleichermaßen/mittlere Personalisierung**
(Sachthema und Akteure spielen gleich starke Rolle)
- 4 **überwiegend Akteursthema/starke Personalisierung**
(Akteure oder deren Beziehungen untereinander stehen im Vordergrund, z.B. parteiinterner Streit, Personalentscheidungen, Globalbewertungen von Akteuren, etc.)
- 5 **ausschließliches Akteursthema/sehr starke Personalisierung**
(Akteure oder deren Beziehungen untereinander stehen im Vordergrund. Sachthemen spielen nur untergeordnete Rolle oder liefern den Kontext für die Kommentierung des Akteurs)
- 8 **nicht entscheidbar**

3.2.2.3. Haupt-Sachthema:

3.2.2.4. Neben-Sachthema

3.2.2.5. Neben-Sachthema

001 Rechtsextremismus/Ausländer/Migration

Achtung: Wenn der Themenbereich Rechtsextremismus/ Ausländerfeindlichkeit/ Migration/ Einwanderung/ Staatsbürgerschaft angesprochen wird, bzw. ein Ereignis in diesem Kontext thematisiert wird, hier codieren. Hierzu gehören nicht etwa alle Themen, die Ausländer betreffen, sondern nur diejenigen, die einen Bezug zu Migration und Diskriminierung bzw. zur Chancengleichheit von Ausländern herstellen.

- 01 **Einwanderung allgemein (ohne spezifischen Gruppenbezug)**
(Rechtliche Regelungen: Kontrollen, Ursachenbekämpfung, illegale Einwanderung, Sonderthema Sowjetjuden, außer Asyl,)
- 02 **Aussiedler-Einwanderung**
(Rechtliche Regelungen, Integration, Ursachenbekämpfung, Behörden und Verwaltung)
- 03 **Asylbewerber-Einwanderung, Flüchtlingspolitik**
(Asylrecht, Kontrolle, Abschiebung, Behörden und Verwaltung)
- 05 **legal in Deutschland lebende Ausländer allgemein**
(Einbürgerung, Integration, Diskriminierung, Familienzugang, Behörden und Verwaltung, Sonderthema Roma und Sinti)
- 07 **Rechtsextremismus und Haltung dazu**
(Ausländerfeindlichkeit, Revisionismus, Antisemitismus, Toleranz)

AUSSENPOLITIK

010 Außenpolitik

- 01 Außenpolitik allgemein
- 02 Gesamteuropäisches Gebiet
(Blockübergreifende politische Konzepte bezüglich Europa als Ganzes)
- 03 Beziehungen BRD/andere Staaten
(Außer bei Wirtschaftsbeziehungen, Bündnispolitik, EU-Politik, Entwicklungsländerpolitik)
- 04 Militärische Konflikte in anderen Staaten
(Krisengebiete, z.B. Kuba, Naher Osten, Golfkrieg, auch Folgen militärischer Konflikte)
!!!: bei Einwanderungsbezug 001xx
- 05 Politische und gesellschaftliche Probleme in anderen Staaten
(Menschenrechte, Flüchtlinge; z.B. Hunger, Apartheid, Wahlen im Ausland)
!!!: bei Einwanderungsbezug 001xx
- 06 Westintegration/Westpolitik
(Anschluß der BRD an den westlichen Staatenbund, Beziehungen BRD/USA)
- 20 Kriegsfolgen Westen
(Westgrenzen, Westgebiete, z.B. Saarland)
- 25 Deutschlandbild im Ausland
- 30 Mitarbeit in internationalen Organisationen
- 40 *x*humanitäre Hilfe
- 99 Sonstiges

020 Deutschlandpolitik (betrifft nur Vergangenheitsbezüge, z.B. Gerichtsurteile über zurückliegende Ereignisse, Achtung: Viele Themen zur deutschen Vereinigung und deren Folgen finden sich in den Themenfeldern 'gesellschaftliche Ordnung', Wirtschaftspolitik' und 'Finanzpolitik'. Die Zuordnung erfolgt gemäß der Zugehörigkeit der jeweiligen Politiken zu policy-Feldern: 'Treuhand' und 'wirtschaftlicher Aufbau in den neuen Bundesländern' zählt bspw. zu Wirtschaftspolitik 'Angleichung der Rechtsordnung der neuen Bundesländer' findet sich bspw. unter Rechtsordnung, 'Angleichung der Lebensverhältnisse von Ost und West' findet sich unter Gesellschaftsordnung (520). 'LPG' zählt zu Agrar- und Forstpolitik, 'Währungsunion' findet sich unter Währungspolitik usw. usf.)

- 01 Deutschlandpolitik allgemein
- 02 Deutschland im Ost-West-Konflikt
(nur wenn explizit auf Zweistaatlichkeit bezogen)
- 03 Deutsche Teilung
(Zwei deutsche Staaten, Mauer, Grenzzwischenfälle, Todesstreifen, Schießbefehl, Transitverkehr)
- 04 Deutsch-deutsches Verhältnis
(Zwischenstaatliche Beziehungen beider deutschen Staaten)
- 05 Milderung der Folgen der Teilung
(Menschenrechte, menschliche Erleichterungen wie Besuchsregelungen etc.)
- 06 Verschiedene Gebiete der Zusammenarbeit
(Deutsch-deutsche Zusammenarbeit, speziell: Handel, Umweltschutz usw.)
- 10 Wiedervereinigung/Vereinigung
(auch: Recht auf Selbstbestimmung)
- 11 Nationale Zusammengehörigkeit
(Gemeinsame Kultur, gemeinsame Geschichte)
- 12 Alleinvertretungsanspruch
- 20 Politisches System der DDR
(Beurteilung der DDR, (Nicht-)Anerkennung der DDR)
- 80 Kosten der Vereinigung
- 99 Sonstiges

030 Berlinpolitik (betrifft v.a. Vergangenheit, mit Ausnahme von "Hauptstadtfunktion")

- 01 Berlinpolitik allgemein
- 02 Berlin im Ost/West-Konflikt

- 03 Berlinstatus
(4-Mächte, Bindungen an den Bund, Freies Berlin)
- 04 Funktionsprobleme Berlins
(Lebensfähigkeit, Wirtschaftsstruktur)
- 05 Berlinförderung
(Bundesmittel für Berlin)
- 06 Hauptstadtfunktion
- 99 Sonstiges

040 Ostpolitik (Nur Vergangenheitsbezug. Alle aktuelle Politik mit Ex-Ostblockländern unter Außenpolitik codieren).

- 01 Ostpolitik allgemein
(auch: handlungsleitende Prämissen der Ostpolitik)
- 02 Beziehungen BRD/Ostblockstaaten
- 03 Verschiedene Gebiete der Zusammenarbeit
(Handel, Kultur etc.)
- 05 Gesellschaftliche Probleme in Ostblockstaaten
(Menschenrechte, Politik für menschliche Erleichterungen)
!!!: bei Einwanderungsbezug 001xx
- 06 Politische Probleme in Ostblockstaaten
(z.B. Demokratiedefizit, Polen)
!!!: bei Einwanderungsbezug 001xx
- 07 Ost/West-Konflikt, Verhältnis USA/UdSSR
- 08 Politisches System der Ostblockstaaten
(Beurteilung kommunistischer Staaten)
!!!: bei Einwanderungsbezug 001xx
- 20 Kriegsfolgen Osten
(Grenzverlauf: Oder-Neiße-Linie, Gebietsverluste)
- 21 Deutsche in/aus Ostgebieten
(Flüchtlinge, Aussiedler, deutsche Volksgruppe in der Sowjetunion)
!!!: bei Einwanderungsbezug 001xx
- 30 Reformpolitik in Osteuropa
!!!: bei Einwanderungsbezug 001xx
- 40 *x*humanitäre Hilfe
!!!: bei Einwanderungsbezug 001xx
- 99 Sonstiges

050 EG/EU-Politik (alle Politikfelder im Rahmen von EG-Politik und deutscher EG-Politik hier codieren und - sofern zutreffend - zusätzlich beim jeweiligen spezifischen Politikfeld. Ob EG-Politik als Haupt- oder Nebenthema codiert wird, hängt davon ab, ob der Aspekt Europa/europäische Zusammenarbeit oder der jeweilige Politikbereich im Vordergrund des Kommentars steht)

- 01 EG/EU-Politik allgemein
- 02 Verschiedene Gebiete der Zusammenarbeit
(Maastrichter Vertrag, Wirtschaft, Währung, Kultur etc.)
- 03 Funktionsprobleme der EG/EU
(Interessendivergenzen der Mitgliedstaaten)
- 04 EG/EU-Institutionen
(Verschiedene Institutionen und ihre Zuständigkeiten, z.B. Wahlen zum Europaparlament; europäischer Personalausweis)
- 05 EG/EU-Erweiterungen
- 10 Finanzbeziehungen zur und innerhalb EG/EU
- 20 EG/EU-Agrarpolitik
(z.B. BSE)
- 21 Überschußproduktion des EG-Marktes

- 50 Verschiedene europäische Zusammenschlüsse, auch Vorläuferorganisationen der EG/EU
(z.B. Europäische Raumfahrtbehörde)
Europäische Verteidigungskooperationen hier nicht, sondern unter Bündnispolitik codieren
- 51 Europäische Integration
(v.a.: Europapolitik vor Gründung der EG, Zielvorstellungen für ein geeintes Europa)
- 99 Sonstiges

060 Entwicklungsländerpolitik

!!!: bei Einwanderungsbezug 001xx

- 01 Entwicklungsländerpolitik allgemein
- 02 Nord/Süd-Konflikt
(Gegensatz arme/reiche Länder, Wohlstandsgefälle)
- 03 Beurteilung der EW-Politik anderer Staaten
- 04 Verschiedene Gebiete der Zusammenarbeit
(v.a.: Gebiete der Entwicklungshilfe wie wirtschaftliche, technologische etc.)
- 05 Entwicklungshilfe
(Höhe der Entwicklungshilfe, Anteil am Bruttosozialprodukt;
auch: Strukturierung in Sach- und Geldmittel)
- 06 Probleme in Entwicklungsländern
(Menschenrechte, Hunger etc.)
- 07 Politisches System in Entwicklungsländern
(Politische Unabhängigkeit von Kolonialmächten, Blockfreiheit, Befreiungsbewegungen)
- 10 Nichtstaatliche Entwicklungshilfe
- 99 Sonstiges

VERTEIDIGUNGSPOLITIK

110 Verteidigungspolitik

Bundeswehreinräte im Ausland werden als Bündnispolitik codiert.

- 01 Verteidigungspolitik allgemein
- 02 Kritik an UdSSR und/oder Warschauer Pakt
- 03 Bundeswehr allgemein (*Wiederbewaffnung, Verteidigungsfall*)
- 04 Bundeswehr: Wehrpflicht
- 05 Bundeswehr: Ausstattung, Struktur
(Truppenstärke, innere Führung, Waffensysteme)
- 06 Bundeswehr: Soldaten
(Soziale Situation, Ausbildung, Sold)
- 07 Kriegsdienstverweigerung
(Prüfungsverfahren, Zivildienstplätze)
- 08 Zivile Verteidigung
- 09 Verteidigungspolitik und Öffentlichkeit
- 10 Verwaltung Verteidigung
- 12 Kosten der Verteidigung
- 15 Militärische Forschung
- 16 SDI
- 20 Militärische Kriegsfolgen
- 21 Soldaten des 2. Weltkrieges
(Kriegsgefangene, auch: Ehrung der Soldaten)
- 30 Alternative Verteidigungskonzepte
(Soziale Verteidigung)
- 80 NVA
(auch: Integration in die Bundeswehr)

99 Sonstiges

120 Bündnispolitik

- 01 Bündnispolitik allgemein
(z.B. Auftrag)
- 02 NATO-Doppelbeschluß
(Vertragskonzept, Stationierung der Mittelstreckenraketen)
- 03 Rolle der USA im Bündnis
- 04 Ausstattung und Struktur der NATO
(Institutionen, Truppenstärke, Aufgaben, Beitrag der BRD und Europas, Strategiekonzepte, hier auch: Bundeswehreinätze im Ausland, Frankreichs Rolle in der NATO)
- 05 Ausländische Streitkräfte in der BRD
(Besatzungslasten)
- 20 Neutralität
(Austritt aus der NATO, Kündigung verschiedener militärischer Abkommen)
- 30 Osterweiterung der NATO
- 99 Sonstiges

130 Friedens- und Entspannungspolitik

- 01 Friedenspolitik allgemein (nur sofern es nicht um NATO geht, sonst "Bündnispolitik")
(auch: 'Kriegsgefahr')
- 02 Entspannungspolitik (nur sofern es nicht um NATO geht, sonst "Bündnispolitik")
- 03 Ost/West-Konflikt (nur sofern es nicht um NATO geht, sonst "Bündnispolitik")
(Wettrüsten)
- 04 Frieden in Europa allgemein sofern es nicht um NATO geht, sonst "Bündnispolitik"
- 05 Friedensforschung, Friedenserziehung
- 06 Friedenspolitik in anderen Ländern und allgemein (z.B. Bosnien, Irak; auch Militärische Friedenssicherung, sofern es nicht um NATO geht, sonst "Bündnispolitik", UNO-Blauhelme)
- 07 Abrüstung, Rüstungskontrolle in anderen Ländern und allgemein (nur sofern es nicht um NATO geht, sonst "Bündnispolitik")
- 08 Atomwaffen (nur sofern es nicht um NATO geht, sonst "Bündnispolitik")
(Abrüstung speziell: SALT, Nukleartests)
- 09 Konventionelle Rüstung (nur sofern es nicht um NATO geht, sonst "Bündnispolitik")
(Abrüstung speziell: MBFR, Wiener Verhandlungen)
- 10 B- und C-Waffen (nur sofern es nicht um NATO geht, sonst "Bündnispolitik")
- 11 Rüstungsexport und Rüstungsproduktion (nur sofern es nicht um NATO geht, sonst "Bündnispolitik")
- 99 Sonstiges

INFRASTRUKTURPOLITIK

210 Infrastrukturpolitik allgemein

- 01 Infrastrukturpolitik allgemein
- 02 Regionalpolitik
(Unterentwickelte Regionen, Gegensatz von Stadt und Land)
- 03 Lebensqualität
- 10 Kommunale Gemeinschaftsdienste
(Öffentliche Versorgung außer: Verkehr, Energie, Gesundheit)
- 20 Wiederaufbau
- 30 Bürgerbeteiligung
(außer speziell: AKW und UWS)
- 80 Infrastruktur in den neuen Bundesländern
- 99 Sonstiges

220 Verkehrspolitik

- 01 Verkehrspolitik allgemein
- 02 Verkehrsnetz allgemein
- 03 Umweltschutz, Energieeinsparung in der Verkehrspolitik
(außer spezifische Nennungen: Boden-, Lärm-, Luft-, Gewässerschutz, siehe 240 UWS)
- 04 Öffentlicher Nahverkehr
- 05 Wirtschaftlichkeit der Verkehrsbetriebe allgemein
- 06 Verkehrssicherheit
- 07 Verkehrstechnologien
- 10 Straßennetz, Straßenbau
(Autobahngebühr)
- 11 Straßenverkehrsunternehmen
- 20 Schienennetz
- 21 Schienenverkehrsunternehmen (ohne DB)
- 22 Deutsche Bahn
- 23 Wirtschaftslage der DB
(Defizit, Management)
- 24 *xSchienenverkehr*
(Transrapid)
- 25 *xBahnhöfe*
- 30 Schifffahrt
- 31 Wasserstraßen, Häfen
- 40 Luftfahrt
- 41 Flugsicherung
- 42 Flughäfen
- 43 Lufthansa
- 50 Koordination verschiedener Verkehrsträger
- 80 Verkehr in den neuen Bundesländern
(Verkehrsprojekte 'Deutsche Einheit)
- 99 Sonstiges

230 Energiepolitik

- 01 Energiepolitik allgemein
(Sicherung und Versorgung)
- 02 Zusammenarbeit mit anderen Staaten
- 03 Öl
- 04 Kohle
- 05 Andere Energiequellen
(z.B. Gas, Fernwärme)
- 06 Energiesparen, bessere Ausnutzung vorhandener Energiequellen
- 07 Alternative und umweltfreundliche Energien
(z.B. Sonne, Wind, erneuerbare Energie)
- 08 Kraftwerke (außer AKW)
- 09 Energieversorgungsunternehmen
(Elektrizitätswirtschaft, Atomwirtschaft)
- 10 Abhängigkeit der BRD in der Energieversorgung
- 20 Rohstoffversorgung
(Sicherung und Versorgung)
- 21 Sorgsamer Umgang mit Rohstoffen
- 22 Rohstoffmärkte

- 30 Kernenergie allgemein
- 31 Bürgerbeteiligung AKW
- 32 Internationale Zusammenarbeit AK
- 33 Genehmigungsverfahren AKW
- 34 Entsorgung, Wiederaufbereitung AKW
(Castor)
- 35 Technische Sicherheit, Schutz der Bevölkerung vor AKW
- 36 Gefahren der Kernenergie
(Störfälle)
- 37 Ausstieg aus der Kernenergie
- 50 Energieforschung
- 99 Sonstiges

240 Umweltpolitik

- 01 Umweltpolitik allgemein
- 02 Politische Bedeutung des Umweltschutzes
(Relevanz für andere Politikbereiche)
- 03 Rechtliche Verankerung
(Aufnahme ins Grundgesetz, Umweltkriminalität)
- 04 Bürgerbeteiligung
- 05 Ökonomie und Ökologie
(Widersprüche, Möglichkeiten der Vereinbarkeit, umweltfreundliche Produkte)
- 06 Internationale Zusammenarbeit
- 07 Natur-, Arten- und Landschaftsschutz
(Naturschutzgebiete, Tierschutz)
- 08 Gewässerschutz
(Grundwasser, Flüsse, Meere, z.B. Rhein, Verklappung in der Nordsee)
- 09 Schutz der Wälder, Waldsterben
- 10 Abfall
- 11 Chemikalien, Schadstoffe
- 12 Lebensmittelschutz
- 13 Lärmschutz
- 14 Luftreinhaltung
(auch: Klimaveränderungen, *Ozon*, *Treibhauseffekt*)
- 15 Ökologisches Gleichgewicht
- 18 Vorsorgeprinzip
- 19 Verursacherprinzip
- 20 Umweltforschung
- 25 Recycling
- 30 Küstenschutz
- 31 Bodenschutz
- 70 Private Initiativen im Umweltschutz
- 99 Sonstiges

250 Wohnungsbau

- 01 Wohnungsbau allgemein
(auch: Wohnungswirtschaft allgemein)
- 02 Wohnungsbedarf und -versorgung
- 03 Wohnungseigentum
- 04 Sozialer und öffentlich geförderter Wohnungsbau

- 05 Gestaltung der Wohnungen
(Ausstattung, Modernisierung)
- 06 Mieterschutz, Mietrecht
- 07 Wohngeld
- 08 Miethöhe
- 10 Wohnungen für bestimmte Gruppen
- 80 Enteignungen
- 81 Eigentumsverhältnisse
- 99 Sonstiges

260 Städtebau und Raumordnung (Achtung: prüfen, ob es um "Hauptstadtfunktion" von Berlin geht, dann unter "Berlinpolitik" codieren)

- 01 Städtebau allgemein
- 02 Infrastruktur
(z.B. Gemeinschaftshäuser)
- 03 Stadtplanung
- 05 Lebensqualität in Städten
- 06 Stadtsanierung und Stadterneuerung
- 07 Neubaugebiete
- 10 Umweltschutz in Städtebau und Raumordnung
(außer spezifische Nennung: Boden-, Lärm-, Luft-, Gewässerschutz, siehe 240 UWS)
- 15 Spekulantentum
- 20 Raumordnung allgemein
- 21 Planung von Großanlagen
(auch: Produktionsanlagen)
- 22 Baulanderschließung
- 30 Erholungsgebiete
- 88 Siedlungspolitik
- 99 Sonstiges

270 Post- und Fernmeldewesen

- 01 Post- und Fernmeldewesen allgemein
- 02 Deutsche Bundespost
- 03 Wirtschaftslage der DP
- 20 Aufteilung der Bundespost in drei Unternehmensbereiche (hier nur Vergangenheitsbezug, telekom-Themen unter "Privatisierung von Staatsbetrieben")
- 30 Wetterdienst
- 99 Sonstiges

BILDUNGS- UND KULTURPOLITIK

310 Kulturpolitik

- 01 Kulturpolitik allgemein
- 02 Kulturförderung
(Haushaltsmittel für Kultur, Förderprogramme)
- 03 Auswärtige Kulturpolitik
- 04 Film
- 05 Theater
- 06 Musik
- 20 xLiteratur
- 30 xBildende Kunst

- 08 Spezielle Projekte
(z.B. Dt. Nationalstiftung, Deutsches Museum)
- 10 Freiheit von Kunst und Kultur
- 15 Urheberschutz
- 80 Kulturelles Schaffen
- 99 Sonstiges

320 Bildungspolitik

!!!: bei Rechtsextremismusbezug 001xx

- 01 Bildungspolitik allgemein
- 02 Bildungschancen
(Lehrstellenmangel allgemein, Zugangsprobleme von Jugendlichen zu beruflicher Ausbildung und Arbeitsmarkt)
- 03 Föderalismus im Bildungswesen
(Einheitlichkeit der Bildungsgänge)
- 04 Zusammenspiel beruflicher und allgemeiner Bildung
- 05 Bildungsreform
- 06 Ausbildungsförderung
(Bafög, Stipendien)
- 15 Vorschulerziehung
- 16 Zweiter Bildungsweg
- 20 Berufliche Bildung, Ausbildung allgemein
- 21 Berufliche Bildung spezieller Gruppen
- 22 Fortbildung, berufliche Weiterqualifikation
- 23 Erwachsenenbildung
(Volkshochschulen, politische Bildung)
- 24 Überbetriebliche Ausbildungsstätten
- 25 Zusätzliche Ausbildungskapazitäten
(Schaffung von Lehrstellen, Ausbildungsabgabe, konkrete Programme)
- 40 Schulpolitik allgemein
- 41 Schulsystem, Schulabschlüsse
- 42 Lehrpläne, Lerninhalte (*ohne Rechtschreibreform*)
- 43 Schulprobleme spezieller Gruppen
- 44 Lehrer
(Lehrermangel, Ausbildung der Lehrer)
- 45 Lernsituation
(Klassengröße, Lernatmosphäre, Leistungsdruck)
- 50 Hochschulpolitik allgemein
- 51 Demokratie an Hochschulen und Schulen
(Selbstverwaltung der Hochschulen, Studentenausschüsse; Schüler selbstverwaltung)
- 52 Hochschulsystem
(Zulassungsbestimmungen, Studienplatzvergabe; private Hochschulen, *Studentenzahlen, Regelstudienzeit, Hochschulrahmengesetz, Studiengebühren*)
- 53 Studieninhalte
(Studiengänge, Studienreform)
- 54 Forschung an Hochschulen
- 55 Bau von Bildungseinrichtungen
(Organis: 50 = Schulbau/ Organis: 51 = Hochschulbau)
Finanzierung Hochschulbau
- 60 *xRechtschreibreform*
- 80 Ideologiefreiheit

- 81 Demokratische Strukturen
- 99 Sonstiges

330 Forschungspolitik

- 01 Forschungspolitik allgemein
- 02 Forschungsförderung
(Haushaltsmittel, Förderprogramme)
- 03 Grundlagenforschung
- 10 Technikentwicklung allgemein
- 11 Folgen der Technikentwicklung (negative)
(auch ethische Thematisierungen der Technikentwicklung)
- 12 Positive Nutzung der Technik
- 13 EDV, elektronische Kommunikationssysteme
- 14 Gentechnologie
- 15 *x medizinische Forschung (z.B.: AIDS-Forschung)*
- 20 Weltraumforschung und -technik
(Ariane und andere europäische Kooperationen nicht, es sei denn es geht explizit um den dt. Beitrag, sonst unter "EG/EU-Politik" codieren)
- 21 Boden- und Meeresforschung
- 30 Forschungseinrichtungen
(außer Hochschulen)
- 31 Internationale Forschungsvorhaben
- 80 Ideologiefreiheit
- 99 Sonstiges

340 Medienpolitik

- 01 Medienpolitik allgemein
- 02 Neue Medien (*Pay-TV, decoder, digital-Fernsehen, Internet*)
- 03 Presse
- 04 Funk und Fernsehen (*auch Privatrundfunk, Kabel, Satellit*)
- 05 Rechtsform (öffentlich-rechtlich/privat)
- 10 Meinungsfreiheit
(Hier nur bei Medienbezug, sonst unter Grundrechte; Meinungsvielfalt, auch: Ausgewogenheit)
- 15 Medieninhalte: allgemein und Gewalt, Krieg etc.
- 16 Medieninhalte: speziell Pornographie und Sexismus
- 80 Rechte und Maßnahmen zur Gewährleistung freier Berichterstattung
- 81 Gesellschaftliche Rolle der Medien
- 82 Medienmonopole
- 99 Sonstiges

350 Sport und Freizeit

- 01 Sport
- 02 Freizeitangebote
- 03 Tourismus, Fremdenverkehr
- 99 Sonstiges

RECHTSPOLITIK

410 Rechtspolitik

- 01 Rechtspolitik allgemein
- 02 Gesetzgebung
(Staatliche Gesetzgebungsverfahren, Vereinfachung der Gesetzgebung, unerledigte Gesetzesvorhaben allgemein ('Flut') Hier keine konkreten Gesetze - Gesetze beim jeweiligen Thema codieren.)

- 03 **Verfahrensordnung, Verfahrensdauer**
(Prozeß- und Ermittlungsverfahren: Vereinfachung, Verkürzung etc.)
Außer Asylthema, dann 001xx, Rolle von Staatsanwälten
- 04 **Strafrecht**
bei Ausländer/Rechtsextremismus/Einwanderungsbezug 001xx
- 05 **Strafvollzug**
- 06 **Kriminalität**
(Hier keine Wirtschaftskriminalität)
(Bekämpfung, Prävention)
bei Ausländer/Rechtsextremismus/Einwanderungsbezug 001xx
- 07 **Resozialisierung**
- 08 **Waffenbesitz**
- 10 **Datenschutz**
- 11 **Bürger und Justiz**
- 15 **Rechtsanwalts- und Notarordnung, Gerichts- und Richterordnung**
- 20 **NS- und Kriegsverbrecher**
(Verfahren gegen Kriegsverbrecher, Entnazifizierung)
- 80 **Politische Justiz**
(Thematisierung von ‚Überpolitisierung‘ der Justiz (‚Siegerjustiz‘ bei Stasi-Prozessen, Partei- und Organisationsverbote), nicht Forderung nach Berücksichtigung politischer Gesichtspunkte etwa bei der juristischen Bearbeitung des ‚Unrechtsstaates DDR‘. Dann das jeweilige Thema: z.B. Deutsche Teilung (Mauer , Schießbefehl)
- 99 **Sonstiges**

420 Rechtsordnung

Asylrecht unter 001xx codieren.

- 01 **Rechtsordnung allgemein**
(Rechtsstaatlichkeit, Bezug aufs Grundgesetz; *außer BverfG-Themen*)
- 02 **Grundrechte**
(Hier keine Menschenrechte im Ausland. Freiheitsrechte, Schutz der Privatsphäre, Minderheitenrechte, Demonstrationsrecht)
Bei Ausländerbezug 001xx
- 04 **Gleichberechtigung von Mann und Frau**
- 07 **Gewalt**
- 08 **Widerstandsrecht, ziviler Ungehorsam**
- 09 *xStellung, Funktion und Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts*
- 80 **Angleichung der Rechtsordnung der neuen Bundesländer**
(auch. Rechtspolitik in den neuen Bundesländern allgemein)
- 99 **Sonstiges**

GESELLSCHAFTLICHE UND POLITISCHE ORDNUNG

510 Ordnungspolitik allgemein

- 01 **Ordnungspolitik allgemein**
- 10 **Bürgeraktivitäten, -beteiligung**
(Beteiligung der Bürger bei Planungen, Bürgerinitiativen, Bürgerselbstverwaltung, *Volksbegehren*)
bei Ausländer/Rechtsextremismus/Einwanderungsbezug 001xx
- 20 **Kommunalpolitik allgemein**
- 21 **Kommunale Selbstverwaltung**
- 22 **Kommunale Haushalte**
- 30 **Öffentlicher Dienst allgemein**
- 31 **Effizienz der Verwaltung**
(Vereinfachung, Einsparungen)
- 32 **Bürger und Verwaltung**
- 33 **Bürokratisierung des gesellschaftlichen Lebens**

- 34 Privatisierung öffentlicher Aufgaben
- 35 Verfassungstreue im öffentlichen Dienst
- 40 Demographische Entwicklung
(Bevölkerungsstruktur außer Bedeutung für das Rentensystem, siehe 63005)
- 41 Volkszählung
- 45 Personalausweis
- 99 Sonstiges

520 Gesellschaftsordnung

Antisemitismus, Rassismus unter 001xx codieren.

- 01 Gesellschaftsordnung allgemein
(Lebensbedingungen, Wohlstand allgemein)
bei Ausländerbezug 001xx
- 02 Solidarität, Mitmenschlichkeit
bei Ausländerbezug 001xx
- 03 Religion
(Verhältnis von Staat und Kirche, gesellschaftliche Bedeutung der Kirchen, konfessionelle Gegensätze, *Scientology*)
- 04 Verhältnis Staat/Gesellschaft
Verhältnis Wirtschaft/Staat (Lobbyismus)
- 05 Gerechtigkeit, Chancengleichheit
bei Ausländerbezug 001xx
- 06 Selbstverwirklichung des Einzelnen
- 07 Überschaubarkeit / Anonymität der Gesellschaft
- 08 Deutsche Geschichte, Vergangenheitsbewältigung
(Geschichtsbewußtsein, Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus)
- 09 Pluralismus, Toleranz
bei Ausländerbezug 001xx
- 11 Zusammenleben mit gesellschaftlichen Minderheiten
(Z.B. sexuelle Minderheiten)
bei Ausländerbezug 001xx
- 12 Traditionspflege
(auch: Pflege der deutschen Sprache)
- 15 Leistungsorientierung
- 16 Gemeinwohl
(Ausrichtung auf das gesellschaftliche Ganze, Notwendigkeit, Opfer zu bringen)
- 20 Rolle der Frauen in der Gesellschaft
(Verschiedenheit von Mann und Frau, Recht auf eigene Lebensgestaltung etc.)
(siehe auch 42004 Gleichberechtigung)
- 80 Umbau der sozialistischen Gesellschaft
- 81 Zusammenwachsen von Ost und West und Angleichung der Lebensverhältnisse
(*Stimmung, Konflikte, Identität*)
- 99 Sonstiges

530 Politische Ordnung und politische Führung

- 01 Politische Ordnung allgemein
- 02 Grundsätze politischen Handelns
(Hier auch Einschätzungen der 'politischen Klasse', Elite: Elitedenken, Besitzstandswahrung, Machtpolitik)
- 03 Politisches Handeln/Politikmöglichkeiten
(gestalten, koordinieren, Reformen allgemein)

- 08 **Politische Kultur**
(Formen der politischen Auseinandersetzung und politisches Bewußtsein)
Skandale/Affären (als eigenständiges Thema; konkrete Skandale unter dem jeweiligen Thema), Politikverdrossenheit
- 09 **Antikommunismus**
bei Ausländerfeindlichkeit durch rechtsextreme Gruppen 001xx
- 10 **Nationalgefühl, Nationalismus**
bei Rechtsextremismus 001xx
- 11 **Demokratie**
(Demokratie als Wert, als Verfahrensform; Demokratiemodelle wie Repräsentationsprinzip oder Basisdemokratie mit Volksentscheid)
- 12 **Freiheit**
- 15 **Außerparlamentarische Bewegungen**
(Friedens-, Ökologie-, Frauen-, Anti-AKW-Bewegung)
- 16 **Demokratischer Sozialismus, soziale Demokratie, Sozialismus**
- 20 **Stellung und Funktion von Wahlen**
(Wahlkampf, Wahlrecht, Wahlbeteiligung)
Bundestagswahl (Ergebnisse, Statistiken)
Wahl auf Landesebene (Ergebnisse, Statistiken)
Wahl auf kommunaler Ebene (Ergebnisse, Statistiken)
Kandidaturen, Rücktritte (als Phänomen, nicht konkrete Fälle)
- 21 **Stellung, Funktion und Strukturen von Parteien**
Parteienfinanzierung (Ausnahme illegale Parteienfinanzierung dann Wirtschaftskriminalität)
Parteiinterner Streit als eigenständiges Thema (Zerstrittenheit etc.) konkreter Streit als jeweiliges Thema
- 22 **Radikale Parteien, Sperrklausel**
(ausschlaggebend ist die Zuordnung des Kommentators, nicht die Selbsteinschätzung der Partei, bei rechtsextremen Gruppen 001xx)
- 25 **Koalitionen** *(auch Koalitionsverhandlungen, koalitionsinterner Streit, Lagerstreit)*
- 50 **Funktion und Aufgaben der Regierung**
(auch Regierungsprogramme und -erklärung)
- 51 **Funktion der Opposition**
(Kontrolle, Zusammenarbeit der Regierung mit der Opposition, zwischenparteilicher Streit)
- 52 **Funktion von Parlamenten und Abgeordneten**
- 53 **Effektivierung des Regierungshandelns**
(z.B. bessere Organisation der Ministerien)
- 54 **Staatlicher Planungs- und Entscheidungsprozeß**
(Straffung, Transparenz)
- 55 **Rolle und Aufgaben des Staates**
- 56 **Ausstattung der Abgeordneten**
(incl. wissenschaftliche Dienste)
- 57 **Öffentlichkeitsarbeit**
- 60 **Organisatorische Struktur der Regierung**
(Zusammensetzung des Kabinetts, Aufgabenverteilung der Ressorts)
- 80 **Besatzungsstatut**
- 81 **Politischer Status der BRD**
(v.a. in der Nachkriegszeit: Forderung nach staatlicher Souveränität)
- 82 **Politisches System der BRD**
(v.a. in der Nachkriegszeit: regionale Autonomiebestrebungen)
- 83 **Politisches System der DDR**
(nach 1990: Aufarbeitung der Vergangenheit)
- 85 **Politisches System Gesamtdeutschland**
- 86 **Vorherrschaft einer Partei**
(Alleinregierung einer Partei)
- 99 **Sonstiges**

540 Innere Sicherheit

Rechtsradikalismus unter 00700 oder spezifischere Kategorie codieren.

- 01 Innere Sicherheit allgemein
- 02 Terrorismus
- 03 Politischer Extremismus
bei rechtsextremen Gruppen, Zielen 001xx
- 04 Verfassungsschutz, Nachrichtendienste: *Ausstattung, Struktur und Vorgehen, demokratische Legitimation und Transparenz*
bei Ausländer- oder Rechtsextremismusbezug 001xx
- 06 Linksradikalismus
- 10 Zivilschutz
(Naturkatastrophen)
- 15 Polizei und Sicherheitsbehörden: *Ausstattung und Struktur, Vorgehen, demokratische Legitimation und Transparenz*
- 20 Sicherheitsgesetze, Notstandsgesetze
(Berufsverbote, auch Lauschangriff)
- 80 Stasi
- 99 Sonstiges

550 Föderalismus

- 01 Förderalismus allgemein
- 02 Einheitlichkeit der Rechtsprechung in den Bundesländern
- 03 Zuständigkeitsbereich des Bundes
- 04 Aufgabenverteilung von Bund/Ländern/Gemeinden
- 05 Gemeinschaftsaufgaben von Bund/Ländern/Gemeinden
- 10 Finanzausgleich Bund/Länder/Gemeinden
- 99 Sonstiges

SOZIALPOLITIK**610 Sozialpolitik**

- 01 Sozialpolitik allgemein
(soziale Sicherheit, soziale Grundversorgung allgemein)
bei Ausländerbezug 001xx
- 02 Finanzierung des Sozialversicherungssystems
(Einsparungen, Rationalisierung, Gießkannenprinzip und Sozialabbau, ohne Finanzierung spezifischer Leistungen: Diese jeweils in den entsprechenden Themenfeldern, bspw. Finanzierung des Rentensystems)
- 03 Sozialversicherungssystem
(Aufbau und Struktur der Versicherungsträger)
- 04 Sozialhilfe
bei Ausländerbezug 001xx
- 05 Soziale Einrichtungen
(Heime, ambulante Dienste)
bei Ausländerbezug 001xx
- 06 Soziale Probleme, soziale Sicherung spezieller Gruppen
(z.B. Katastrophenopfer)
bei Ausländerbezug 001xx
- 07 Behinderte
- 08 Alte Menschen
(Soziale Situation alter Menschen, Begegnungsstätten, Selbständigkeit im Alter, Pflegebedürftigkeit, Entmündigung)

- 09 **Kriegsopferversorgung**
(Sozialleistungen an ehemalige Soldaten des 2. Weltkrieges und deren Hinterbliebene)
- 10 **Wiedergutmachung**
- 15 **Nichtstaatliche Sozialarbeit**
bei Ausländerbezug 001xx
- 99 **Sonstiges**

Achtung: **Frauenpolitik** jeweils unter der spezifischen Problematik codieren und zusätzlich 42004 "Gleichberechtigung" oder 52020 "Rolle der Frau in der Gesellschaft", es sei denn unter der spezifischen Problematik findet sich bereits eine Frauenkategorie. Falls Frauenpolitik allgemein angesprochen ist, 52020 codieren.

620 Familienpolitik

- 01 **Familienpolitik allgemein**
- 02 **Problemfamilien**
(z.B. unvollständige Familien)
bei Ausländerbezug (Familiennachzug) 001xx
- 03 **Eheähnliche Gemeinschaften**
- 04 **Kinder, Erziehung**
- 05 **Familienförderung**
(Finanzielle Leistungen wie Kindergeld, Steuererleichterungen)
- 06 **Familienplanung**
(*"Pro Familia"*, *"Stiftung Mutter und Kind"*, *Verhütungsberatung*)
- 07 **Schwangerschaftsabbruch**
(§218, auch: Schutz des ungeborenen Lebens, *bayerisches Beratungsgesetz*)
- 08 **Kindergärten, Kindergartenplätze, Spielplätze, Kindertagesstätten**
- 09 **Hausfrauen, Mütter**
- 10 **Zusammenleben der Generationen**
(Möglichkeiten, die Großeltern mitaufzunehmen etc.)
- 15 **Ehe- und Familienrecht**
- 16 **Scheidung**
- 99 **Sonstiges**

630 Rentenpolitik

- 01 **Rentenpolitik allgemein**
- 02 **Rentenversicherungssystem**
(Rentenreform, auch Finanzierung des Rentensystems)
- 04 **Rentenhöhe**
- 05 **Auswirkungen demographischer Entwicklung**
(Abnahme der arbeitenden Bevölkerung und deren Bedeutung für das Rentensystem, *"Generationenvertrag"*)
- 06 **Hinterbliebenenversorgung, Frauen im Rentenrecht**
- 07 **Versicherungsbeiträge der Rentner**
(z.B. Krankenkassenbeiträge, Rezeptgebühren)
- 08 **Alterssicherung spezieller Gruppen**
(z.B. Selbständige, Landwirte)
- 80 **Rentenstrafrecht**
- 81 **Vorruhestand, Rentenalter**
- 99 **Sonstiges**

640 Jugendpolitik

bei Rechtsextremismusbezug 001xx codieren.

- 01 **Jugendpolitik allgemein**

- 02 Beteiligung in Politik und Gesellschaft
- 03 Sozialpolitik für Jugendliche
(Soziale Einrichtungen, Jugendschutz)
- 99 Sonstiges

Ausländerpolitik

unter 001xx codieren.

660 Gesundheitspolitik

- 01 Gesundheitspolitik allgemein
- 02 Vorsorge, spezielle Krankheiten
(Vorsorgeprogramm; Krebs, Herz-Kreislaufkrankheiten etc.)
- 03 Suchtkranke
- 04 Psychisch Kranke
- 05 Stationäre Gesundheitsversorgung
(Krankenhäuser)
- 06 Finanzierung des Gesundheitssystems
(Kostendämpfung, Wirtschaftlichkeit)
- 07 Krankenversicherungssystem
(Versicherungsträger, Leistungsstruktur, Gebührenordnung, *Gesundheitsreform*)
- 08 Ambulante Gesundheitsversorgung
- 09 Rehabilitation
- 10 Rauschgift
- 11 Arzneimittelwesen
- 12 Medizinisches Personal
(Ärzte, Krankenschwestern etc.: Aufgaben, Ausbildung, Einkommen)
- 15 Strahlenschutz
- 20 Pflegenotstand, Pflegeversicherung
- 99 Sonstiges
(z.B. *Gesundheitsgefährdungen durch BSE- Fleisch*)

670 Sozialordnung

Eingliederung der Vertriebenen und Flüchtlinge unter 001xx codieren.

- 01 Sozialordnung allgemein
(Allgemeiner Lebensstandard, "sozialer Fortschritt")
- 02 Sozialstaat
- 03 Sozialer Friede, Stabilität
- 04 Struktur sozialer Einrichtungen
(Apparate, anonyme Massenversorgung; kleine Einheiten)
- 05 Struktur sozialer Leistungen
(Staatliche Leistungen/Eigenverantwortung, Verhältnis von Individuum und Kollektiv, Subsidiarität)
- 06 Soziale Gerechtigkeit
- 07 Soziale Gegensätze
(auch: Gegensatz von organisierten/nichtorganisierten Interessen; *hier nicht Ost-West-Konflikt*)
- 08 Selbst- und Nachbarschaftshilfe, ehrenamtliche Tätigkeit
- 21 Kriegsfolgen allgemein
- 80 Sozialunion, Angleichung der Sozialsysteme
- 99 Sonstiges

ARBEITSPOLITIK

710 Arbeitspolitik

Lehrstellenthemen unter Bildungspolitik codieren

- 01 Arbeitspolitik allgemein
- 02 Arbeitslosigkeit, Schaffung von Arbeitsplätzen
(Z.B. Bündnis für Arbeit)
- 03 Problemgruppen des Arbeitsmarktes
(auch spezielle Beschäftigtengruppen wie z.B. Bergleute)
- 04 Familie und Arbeit
(Möglichkeiten und Hilfestellungen zur Vereinbarkeit)
- 06 Soziale Sicherung in der Arbeitswelt
(Arbeitslosenversicherung, Lohnfortzahlung, Schlechtwettergeld für Bauarbeiter)
- 07 Frauen in der Arbeitswelt
(Gleichberechtigung, gleicher Lohn, Arbeitsfelder etc.)
- 08 Beschäftigte im öffentlichen Dienst
(auch Beamte, Beamtentum)
- 09 Mutterschutz
- 10 Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen
- 11 Leitende Arbeitnehmergruppen
(Facharbeiter, höhere Angestellte)
- 15 Berufliche Aufstiegsmöglichkeiten
- 16 Umstrukturierung der Beschäftigungsbereiche
(Mobilität, neue Berufe)
- 17 Teilzeitarbeit
- 20 Arbeitskräftemangel
- 80 Recht auf Arbeit
- 99 Sonstiges

720 Einkommens- und Vermögenspolitik

- 01 Einkommenspolitik allgemein
- 02 Gewinnbeteiligung der Arbeitnehmer
- 05 Vermögenspolitik allgemein
- 06 Eigentum für breite Schichten
- 07 Sparförderung
- 10 Lastenausgleich
- 99 Sonstiges

730 Tarif- und Lohnpolitik

- 01 Tarif- und Lohnpolitik allgemein
(auch Tarifverhandlungen allgemein)
- 02 Tarifautonomie
- 03 Arbeitskampf
- 05 Löhne
(Auch Lohnnebenkosten)
- 06 Arbeitszeit
(auch: 35-Stunden-Woche/ Überstunden)
- 10 Gesellschaftliche Rolle der Gewerkschaften
- 11 Verhältnis der Sozialpartner
(Aufgaben, Zusammenarbeit. Hier kein Bündnis für Arbeit)
- 12 Korporatismus
(z.B. Konzertierte Aktion)

99 Sonstiges

740 Arbeitsrecht

01 Arbeitsrecht allgemein
 02 Arbeitsgesetzbuch
 03 Arbeitsverträge
 (Leiharbeit, Schwarzarbeit)
 10 Mitbestimmung
 (incl. Personalvertretung, Betriebsverfassungsgesetz)
 20 *x Kündigungsschutz*
 99 Sonstiges

750 Arbeitsschutz, Humanisierung der Arbeitswelt

01 Arbeitsschutz allgemein
 02 Humane Arbeitsbedingungen
 (Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung in der Arbeit)
 03 Gesundheitsschutz in der Arbeitswelt
 (auch: Berufskrankheiten)
 99 Sonstiges

WIRTSCHAFTSPOLITIK

810 Wirtschaftspolitik

01 Wirtschaftspolitik allgemein
 02 Krise der Wirtschaft
 03 Unternehmertum
 (auch: Existenzgründung, *Skandale um einzelnen Unternehmer: Lopez, Schneider*)
 04 Kapitalbildung und Investitionen
 05 Wirtschaft im Strukturwandel
 (Modernisierung, Rationalisierung, Produktumstellungen, *Globalisierung und ihre Folgen*)
 07 Wirtschaftswachstum, Aufschwung
 (auch: Grenzen des Wachstums, *Bruttosozialprodukt, Wirtschaftswunder*)
 08 Konjunkturpolitik
 (Verstetigung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Stabilitätspolitik)
 09 Sektorale Wirtschaftspolitik
 (Stahl, Bau, Kohle, Werften, *Chemie, Atom, Gas*)
 10 Regionale Wirtschaftspolitik
 11 Mittelstandspolitik
 (Förderung kleiner und mittlerer Betriebe)
 15 Staatliche Wirtschaftstätigkeit
 20 Verbraucherschutz
 21 Werbung
 22 Nachfrageorientierung der Wirtschaft
 (Bedarfsdeckung, Verbrauchs- und Konsumgüter)
 50 Demontage, Reparationen
 80 Treuhandanstalt, Aufgaben, Tätigkeit
 81 Wirtschaftlicher Aufbau (*bzw. Schwierigkeiten*) in den neuen Bundesländern
 99 Sonstiges

820 Wirtschaftsordnung

01 Wirtschaftsordnung allgemein
 02 (Soziale) Marktwirtschaft

- 03 Wettbewerb (*hier kein internationaler Wettbewerb und Standort Deutschland, vgl. "Außenwirtschaft"*)
- 04 Verhältnis Staat/Wirtschaft
(*Neoliberalismus'*)
- 05 Verhältnis Klein- und Großbetrieben
- 06 Wirtschaftskonzentration
(Absprachen, Kartelle, Verflechtung, *Fusion*)
- 07 Verhältnis Produktion/Distribution
- 08 Besitzverteilung
- 09 Privatisierung staatlicher Betriebe (*hier auch telekom*)
- 15 Leistungselite
- 20 Planwirtschaft
- 21 Gemeinwirtschaft
(Genossenschaftswesen)
- 22 Sozialisierung
- 25 Alternative Wirtschaftsmodelle
(Kleine Wirtschaftseinheiten, Kreislaufwirtschaft)
- 80 Eigentumsrechte (Privateigentum an Produktionsmitteln)
- 81 Rückgabe/ Entschädigung von Alteigentümern in den neuen Bundesländern
(Vermögensfragen allgemein)
- 99 Sonstiges

830 Wirtschaftsrecht

- 01 Wirtschaftsrecht allgemein
- 02 Kartellgesetz
- 03 Wettbewerbsrecht (*Ladenschlußzeiten*)
- 04 Aktienrecht
- 05 Geschäftspraktiken
(z.B. "Kleingedrucktes")
- 10 Wirtschaftskriminalität
Z.B. Korruption, Abwerbung von Lopez, KHD-Betrug
- 99 Sonstiges

850 Außenwirtschaft (*Achtung: hier nur Außenwirtschaft ohne EU-Bezug codieren*)

- 01 Außenwirtschaft allgemein
(Weltwirtschaftsordnung)
- 02 Internationale Verflechtung, Weltwirtschaftsprobleme
- 03 Außenhandel mit bestimmten Ländern
(*Keine Rüstung*)
- 04 Internationaler Wettbewerb
(Protektionismus, *Zölle; Standort Deutschland*)
- 05 Leistungsbilanz
(Außenwirtschaftliches Gleichgewicht, d.h. Vermeidung anhaltender Defizite oder Überschüsse im Außenhandel)
- 06 Weltwährungssystem
(Umschuldungen)
- 10 Ausländisches Kapital in der BRD
- 80 Staatliches Außenhandelsmonopol
- 99 Sonstiges

860 Agrar- und Forstwirtschaft

- 01 Agrarpolitik allgemein

- 02 Landwirtschaftliche Produkte
(Nahrungsmittelversorgung, Qualität der Produkte, Überproduktion, *BSE*)
- 03 Umweltschutz in der Landwirtschaft
(Energieeinsparung, ökologischer Landbau; außer spezifische Nennungen: Boden-, Lärm- Luft-, Gewässerschutz, siehe "240" Umweltpolitik)
- 04 Wirtschaftslage landwirtschaftlicher Betriebe
(Förderung der Wirtschaftskraft)
- 05 Sozialpolitik für Landwirte
- 06 Modernisierung, Rationalisierung
(Maschinen, neue Anbaumethoden)
- 10 Forstwirtschaft
- 20 Raumordnung in landwirtschaftlichen Gebieten
(Flurbereinigung, Wirtschaftswege, Siedlungsstruktur)
- 30 Agrarmarkt
- 50 Wasserwirtschaft
- 80 Eigentumsverhältnisse, Genossenschaften
- 81 LPG, Dekonzentration
- 82 LPG, Strukturen
(auch: Zusammenführung von Pflanzen- und Tierproduktion)
- 83 Landwirtschaft in den neuen Bundesländern
- 99 Sonstiges

FINANZPOLITIK

910 Finanzpolitik

- 01 Finanzpolitik allgemein
- 02 Kreditwesen, Zinsen
- 03 Aktien- und Kapitalmarkt
- 80 Finanzierung der deutschen Einheit
- 81 *x kein Code*
- 99 Sonstiges

920 Haushaltspolitik

- 01 Haushaltspolitik allgemein
(Struktur von Ausgaben und Einnahmen des Staates)
- 02 Verhältnis Staatsquote/Bruttosozialprodukt
- 03 Finanzmittel für bestimmte Bereiche
- 10 Staatseinnahmen allgemein
- 11 Kreditfinanzierung, -aufnahme
- 12 Steueraufkommen
- 13 Steuer-, Zoll- und Vermögensverwaltung
- 14 Allgemeines Staatsvermögen
- 20 Staatsausgaben allgemein
- 21 Staatsverschuldung
- 22 Rückführung der Staatsverschuldung
(Sparen, Konsolidierung des Haushalts, *auch Länder und Kommunen, aber nur wenn keine konkreten Politikbereiche angesprochen sind*)
- 80 Haushaltsdefizit in Folge der Deutschen Einheit
- 99 Sonstiges

930 Steuerpolitik

- 01 Steuerpolitik allgemein
- 02 Steuerhöhe (Be- und Entlastung)
(Allgemeines Steuerniveau, Belastung des Bürgers etc. Spezifische Steuererhöhungen und -senkungen unter spezifische Steuern)
- 03 Steuersystem
(Steuerreform, Verhältnis der Steuerarten, Vereinfachung)
- 04 Spezielle Steuern
(Kfz, Gewerbe, Einkommen, Kirche, Vermögenssteuer, Ökosteuern etc.)
- 05 Steuerrecht
- 10 Steuerkriminalität
(Hinterziehung)
- 80 Solidaritätsbeitrag
- 99 Sonstiges

940 Wirtschaftsförderung

- 01 Wirtschaftsförderung allgemein
- 02 Subventionen
- 03 Öffentliche Investitionen
(auch: öffentliche Auftragsvergabe)
- 04 Private Konsumnachfragesteuerung
- 99 Sonstiges

950 Geld- und Währungspolitik, Preispolitik

- 01 Geldpolitik
(Bundesbank: Steuerung der Geldmenge und des Zinsniveaus; Mindestreserve)
- 02 Währungspolitik
(Bundesbank und Bundesregierung: Sicherung des Außenwerts der Währung; Devisenbewirtschaftung, Auf- und Abwertungen)
- 05 Geldinstitute
- 11 Preispolitik allgemein
- 12 Inflation
- 13 Deflation
- 20 *xWährungsstabilität*
- 80 Währungsunion
(DDR, nicht EU: EURO bei EU codieren)
- 81 Konvertierbarkeit der Mark der DDR
- 99 Sonstiges

3.2.2.6. Themenbehandlung

- 10 Diagnose/Analyse
 - 11 Frage
 - 12 Erklärung/Erläuterung/Konkretisierung
 - 13 Vergleich andere Länder/Geschichtliche Parallelen
 - 14 Ursachenattribution (ohne Schuldzuweisung)
 - 15 Folgeabschätzung/Prognose
- 20 Problematisierung
 - 21 Kritik/Tadel/Schuldzuweisung
(nicht-exklusive Rahmenorientierung: Ironie als Kritik codieren)
 - 22 Unterstützung/Lob

- 23 Forderung/Appell
- 24 Warnung

88 nicht entscheidbar

3.2.3. Wer wird kommentiert? Akteure:

3.2.3.1./6./11./16. Akteursklassen:

- 1 kollektive Akteure, institutionalisiert
(z.B. Institutionen/Gruppen/Verbände/Parteien/Firmen/Länder)
(auch Plural ohne gesonderte Institutionalisation: die deutschen Großbanken, die Krankenkassen etc.)
- 2 kollektive Akteure, nicht institutionalisiert. Informelle Gruppen
(z.B. "Die Ärzte", aber auch ganz allgemeine Klassen wie die Verbraucher, die Bürger, Frauen oder Branchen ohne Referenzakteure: das Kreditgewerbe).
- 3 Einzelperson mit Amtsfunktion bei kollektiven Akteuren
(z.B. Bundeskanzler Kohl, Unogeneralsekretär Ghali, Arbeitsamtpräsident Jagoda, etc.). Stellvertreterrolle. Hier auch ehemalige Funktionsträger.
- 4 Einzelperson ohne Amtsfunktion
(z.B. Personen des "öffentlichen Lebens" wie Boris Becker, Vater Graf oder nicht prominente Einzelpersonen wie Erna Müller)
- 9 nicht entscheidbar

3.2.3.2./7./12./17. Geographischer Bezug Akteure

- 1000 Bundesrepublik
 - 1100 Alte Bundesländer allgemein
(zu allen Länderkategorien: bei Bezügen quer zur föderalen Struktur (z.B.: Nordseeanrainer, NDR, Berlin-Brandenburg) wird, wenn vorhanden, das erstgenannte Bundesland codiert. Bei fehlenden Nennungen wird stellvertretend das bevölkerungsreichste Bundesland codiert)
 - 1101 Berlin (West)
 - 1102 Schleswig-Holstein
 - 1103 Hamburg
 - 1104 Niedersachsen
 - 1105 Bremen
 - 1106 Nordrhein-Westfalen
 - 1107 Saarland
 - 1108 Rheinland-Pfalz
 - 1109 Hessen
 - 1110 Baden -Württemberg
 - 1111 Bayern
 - 1200 Neue Bundesländer allgemein
 - 1201 Mecklenburg-Vorpommern
 - 1202 Brandenburg
 - 1203 Sachsen-Anhalt
 - 1204 Sachsen
 - 1205 Thüringen
 - 1206 Berlin (Ost)
 - 1300 Berlin (Gesamt)
- 1500 DDR (bei Vergangenheitsbezug)
- 2000 Europa und einzelne europäische Länder
(inkl. Rußland und Türkei)

- 3000 Rest der Welt, einzelne nicht europäische Länder, internationale Institutionen
(auch international allgemein, etwa europäische und andere Länder)
(kath. Kirche (auch: Papst) und Sekten (Scientology), wenn nicht anders spezifiziert)
- 9999 Unentscheidbar

3.2.3.3./8./13./18. Akteursrolle

Überstaatliche und internationale Ebene

(auch Einzelpersonen mit Amtsfunktion hier codieren)

- 11000 Internationale Organisationen allgemein
- 12000 UNO und Tochterorganisationen (z.B. UNESCO, FAO)
(auch UNO – Blauhelme)
- 13000 NATO
- 14000 EG, EU, EWG, WEU
- 14100 Europäisches Parlament
- 14200 Ministerrat
- 14300 Kommission
- 14400 Europäischer Gerichtshof
- 14500 andere europäische Institutionen, Zusammenschlüsse
(z.B. eur. Raumfahrtbehörde; auch Institutionen, die keine Untergliederungen der EU sind: z.B. OSZE)
- 15000 Andere Ländergruppen und Zusammenschlüsse
(z. B. die Industrieländer, die islamischen Länder, die Entwicklungsländer)

Bundesebene

- 21000 (Bundes-) Präsident, (Bundes-) Präsidialamt
(hier nur deutscher Bundespräsident und repräsentative internationale Staatsoberhäupter wie Königinnen. Ausländische Staatspräsidenten werden unter Regierungschef codiert)
- 22000 (Bundes-) Regierung allgemein
- 22100 Kanzler, Regierungschef
(Hier alle ausländischen Regierungs- und Staatschefs, z.B. US-amerikanischer Präsident, russischer Ministerpräsident, französischer Präsident und französisches Regierungsoberhaupt)
- 22200 (Bundes-) Ministerien, (Bundes-) Minister
- 22210 Staatssekretäre
- 22220 Untergeordnete Regierungsmitglieder
(auch Regierungssprecher, Botschafter, Diplomaten)
- 23000 Bundestag, Parlament
- 23100 Bundestagspräsident
- 23200 Opposition
- 23300 Fraktionen allgemein/Parlamentarische Gruppen
(bei Ausland nur Fraktionen allgemein codieren)
(Unterkategorie Vorstand / Vorsitzende bei allen Bezeichnungen für Spitzen und Spitzengruppen)
- 23301 CDU
(,Union' wird jeweils als spezifischer CDU – Code codiert)
- 23302 Vorstand/Vorsitzender CDU
- 23303 Abgeordnete CDU
- 23304 CSU
- 23305 Vorstand/Vorsitzender
- 23306 Abgeordnete CSU
- 23307 FDP
- 23308 Vorstand/Vorsitzender FDP
- 23309 Abgeordnete FDP

- 23310 SPD
- 23311 Vorstand/Vorsitzender SPD
- 23312 Abgeordnete SPD
- 23313 Grüne
- 23314 Vorstand/Vorsitzender Grüne
- 23315 Abgeordnete Grüne
- 23316 PDS
- 23317 Vorstand/Vorsitzender PDS
- 23318 Abgeordnete PDS
- 23319 CDU/CSU
- 23320 Vorstand/Vorsitzender CDU/CSU
- 23321 Abgeordnete CDU/CSU
- 23322 CDU/CSU/FDP
- 23323 Vorstand/Vorsitzender CDU/CSU/FDP
- 23324 Abgeordnete CDU/CSU/FDP
- 23325 SPD/Grüne
- 23326 Vorstand/Vorsitzender SPD/Grüne
- 23327 Abgeordnete SPD/Grüne
- 23328 große Koalition
- 23400 Ausschüsse
(auch: Wehrbeauftragter)
- 24000 Bundesrat
- 25000 *x Bundesversammlung*
- 25100 Vermittlungsausschuß
- 26000 Gremien der Länder (auch alle Länderregierungen als Gesamtheit)
 - 26100 Konferenzen der Ministerpräsidenten
 - 26200 Konferenzen der Landesminister
- 27000 Parteien allgemein
(bei "Auslandsparteien" nur allgemein codieren, auch Jugendorganisationen der Parteien, wenn keine weitere Bestimmung: immer Partei, ansonsten auch Code: Fraktion beachten)
(Unterkategorie Vorstand / Vorsitzende bei allen Bezeichnungen für Spitzen und Spitzengruppen)
 - 27100 CDU (,Union' wird jeweils als spezifischer CDU – Code codiert)
 - 27110 Vorstand/Vorsitzender CDU
 - 27120 Mitglieder CDU(CSU immer auf Landesebene)
 - 27160 FDP
 - 27170 Vorstand/Vorsitzender FDP
 - 27180 Mitglieder FDP
 - 27190 SPD
 - 27200 Vorstand/Vorsitzender SPD
 - 27210 Mitglieder SPD
 - 27220 Grüne
 - 27230 Vorstand/Vorsitzender Grüne
 - 27240 Mitglieder Grüne
 - 27250 PDS (PDS, wenn nicht explizit anders spezifiziert, als Bundespartei. Entsprechend auch geographischer Bezug. Bundesrepublik)

- 27260 Vorstand/Vorsitzender PDS
- 27270 Mitglieder PDS
- 27280 rechtsradikale Parteien
- 27290 Vorstand/Vorsitzender rechtsradikale Parteien
- 27300 Mitglieder rechtsradikale Parteien
- 27310 andere Parteien

- 28000 Bundesjustiz
(Bundesstaatsanwaltschaft, auch allgemeine Bezeichnungen: Deutsche Justiz)
- 29000 Bundesverfassungsgericht
- 29100 Oberste Gerichtshöfe
- 29200 Bundesanstalt für Arbeit
- 29300 Bundesrechnungshof
- 29400 Statistisches Bundesamt
- 29500 Bundesbank
- 29600 Bundeskriminalamt
- 29700 Bundeswehr
- 29800 Bundesgrenzschutz
- 29900 Polizei
(bei Polizei allgemein, spezifische Polizeien (die bayerische Polizei) auf Länderebene codieren)
- 29910 andere Bundesbehörden und Verwaltung *(z.B. BND)*
- 29920 Post
- 29940 Deutsche Bundesbahn
- 29950 Andere politische Institutionen/Akteure auf Bundesebene
(Akteure auf Bundesebene, die sich nicht dem institutionellen Aufbau, wie er in den obigen Kategorien abgebildet ist, zuordnen lassen)

Länderebene

- 31000 Landesregierung und Land *(also auch z.B. „Nordrhein-Westfalen...“)*
 - 31100 Ministerpräsident, Oberbürgermeister *(bei Stadtstaaten)*
 - 31200 Landesministerien, Landesminister, Senatoren *(bei Stadtstaaten)*
 - 31210 Untergeordnete Regierungsmitglieder

- 31300 Landtag, Senat
- 31400 Landtagspräsident, Senatspräsident
- 31500 Opposition
- 31600 Fraktionen allgemein
(Unterkategorie Vorstand / Vorsitzende bei allen Bezeichnungen für Spitzen und Spitzengruppen)
 - 31610 CDU *(„Union“ wird jeweils als spezifischer CDU – Code codiert)*
 - 31611 Vorstand/Vorsitzender CDU
 - 31612 Abgeordneten CDU
 - 31613 CSU
 - 31614 Vorstand/Vorsitzender
 - 31615 Abgeordnete CSU
 - 31616 FDP
 - 31617 Vorstand/Vorsitzender FDP
 - 31618 Abgeordnete FDP
 - 31619 SPD
 - 31620 Vorstand/Vorsitzender SPD
 - 31621 Abgeordnete SPD
 - 31622 Grüne

- 31623 Vorstand/Vorsitzender Grüne
- 31624 Abgeordnete Grüne
- 31625 PDS
- 31626 Vorstand/Vorsitzender PDS
- 31627 Abgeordnete PDS
- 31628 CDU/CSU
- 31629 Vorstand/Vorsitzender CDU/CSU
- 31630 Abgeordnete CDU/CSU
- 31631 CDU/CSU/FDP
- 31632 Vorstand/Vorsitzender CDU/CSU/FDP
- 31633 Abgeordnete CDU/CSU/FDP
- 31634 SPD/Grüne
- 31635 Vorstand/Vorsitzender SPD/Grüne
- 31636 Abgeordnete SPD/Grüne
- 31637 große Koalition
- 31700 Ausschüsse
- 32000 Parteien allgemein (nur wenn explizit; z.B. „Die bayrische SPD...“)
(*Unterkategorie Vorstand / Vorsitzende bei allen Bezeichnungen für Spitzen und Spitzengruppen*)
 - 32100 CDU
 - 32110 Vorstand/Vorsitzender CDU
 - 32120 Mitglieder CDU
 - 32130 CSU
 - 32140 Vorstand/Vorsitzender CSU
 - 32150 Mitglieder CSU
 - 32160 FDP
 - 32170 Vorstand/Vorsitzender FDP
 - 32180 Mitglieder FDP
 - 32190 SPD
 - 32200 Vorstand/Vorsitzender SPD
 - 32210 Mitglieder SPD
 - 32220 Grüne
 - 32230 Vorstand/Vorsitzender Grüne
 - 32240 Mitglieder Grüne
 - 32250 PDS
 - 32260 Vorstand/Vorsitzender PDS
 - 32270 Mitglieder PDS
 - 32280 rechtsradikale Parteien
 - 32290 Vorstand/Vorsitzender rechtsradikale Parteien
 - 32300 Mitglieder rechtsradikale Parteien
 - 32310 andere Parteien
- 33000 Landesjustiz
- 34000 Länderbehörden und Verwaltung
- 35000 Polizei (nur wenn explizit; z.B. „Die bayerische Polizei...“)
- 36000 Andere politische Institutionen/Akteure auf Länderebene

37000 Kultur-Institutionen (z.B. Theater, Oper)

38000 Schulen, Hochschulen, Bildungseinrichtungen, wissenschaftliche Einrichtungen (z.B. MPI)
(auch Studentenwerk)

Kommunale Ebene

41000 Städte, Kommunen (hier auch Bürgermeister)

42000 Stadträte, untergeordnete Regierungsmitglieder (hier auch alle Fraktionen)

43000 Kommunale Behörden, Verwaltung, Parteien

44000 Andere kommunale Institutionen/Akteure (z.B. Stadttheater, städtisches Jugendzentrum)

Globalkategorien

51000 Der Staat (Demokratie, Rechtsstaat, Sozialstaat)

52000 Die Politiker

53000 Die Bürger, Wähler, Bevölkerung
(auch Öffentlichkeit als Akteur sui generis, nicht im Sinne von Transparenz)

54000 Ein Land, mehrere Länder
(z.B. „Großbritannien trauert um Lady Di.“, auch Deutschland allgemein im Sinne von „durch Deutschland muß ein Ruck gehen“, wenn kein spezifischer Code z.B. als gesellschaftlicher Teilbereich möglich wie Wirtschaft allgemein für Standort Deutschland)

55000 Ein „Volk“, eine Ethnie
(z.B. „Die Indios...“, Sinti und Roma, Sorben)

Bestimmte Bevölkerungs- bzw. Berufsgruppen (pauschal)

60000 Prominente

60500 Eliten
(verschiedene ‚Funktionseliten‘: kulturelle, wirtschaftliche)

61000 Ostdeutsche

62000 Arbeitslose

62500 Arbeitnehmer

63000 Rentner

64000 Beamte

65000 Ausländer
(Flüchtlinge)

66000 Studenten und Schüler

66500 Kinder

67000 Wissenschaftler/Experten

68000 Frauen

69000 Andere

Nichtstaatliche Institutionen, Gruppen

71000 Politische Bewegungen, Verbände, Gruppen, Vereine allgemein

71010 Vertriebenenverbände

71020 Ausländerverbände

71030 Behindertenverbände

71040 Verbraucherverbände (auch Mietervereine)

- 71050 Menschenrechtsbewegung und -gruppen
- 71060 Dritte-Welt-Bewegung und -Gruppen
- 71070 Umweltschützer
(*hier: Anti-AKW—Bewegung*)
- 71080 Friedensbewegung
- 71090 Frauenbewegung
- 71100 Sonstige links-orientierte Bewegungen, Gruppierungen (auch RAF)
- 71110 Sonstige rechts-orientierte Bewegungen
- 71120 Andere

- 72000 Wirtschaft, Industrie, Handel allgemein, öffentlicher Dienst
 - 72100 Unternehmen (mit Demoskopischen Instituten, ohne Banken)
 - 72200 Industrieverbände, *Branchenverbände*
 - 72300 Tarifpartner
 - 72310 Arbeitnehmer-Organisationen, Gewerkschaften (*auch Beamtenbund*)
 - 72320 Arbeitgeberverbände
 - 72400 Banken
 - 72500 Treuhandgesellschaft
 - 72600 Versicherungen, Krankenkassen
 - 72700 Berufsständische Organisationen, Gruppen
 - 72800 Andere

- 73000 Religion, Religionsgemeinschaften allgemein
 - 73100 Evangelische Kirche
 - 73200 Katholische Kirche (auch Papst)
 - 73300 Jüdische Religionsgemeinschaften
 - 73400 Islam
 - 73500 Sekten (auch Scientology)
 - 73600 *x Christliche Kirchen allgemein*
(*Ökumene*)
 - 73700 *x Andere*

- 74000 Medien allgemein
 - 74100 Presse
 - 74200 Hörfunk
 - 74300 Fernsehen
 - 74400 Journalisten allgemein
 - 74500 Buch und Presseverlage
 - 74600 *x öffentliche Anstalten*
 - 74700 *x private Anstalten*
 - 74900 *x Andere*
(*Nachrichtenagenturen*)

- 75000 Freizeitvereine (z.B. Sport-/Kulturvereine)

- 76000 Kriminelle Organisationen *und einzelne Straftäter / Kriminelle*
(z.B. Mafia, Camorra)

- 77000 Hilfsorganisationen, Rettungsdienste (z.B. THW, Rotes Kreuz etc.)

78000 Andere nichtstaatliche Institutionen, Gruppen

99999 Akteur nicht bestimmbar

3.2.3.4./9./14./19. Eigennamen Akteure

3.2.3.5./10./15./20. Beurteilung Akteure:

- 1 positive Parteinahme
- 2 ambivalente Parteinahme
(ambivalent nur bei Gleichzeitigkeit von positiver und negativer Parteinahme, nicht als "schwach negativ" oder "schwach positiv" verwenden)
- 3 negative Parteinahme
- 9 keine Parteinahme
(Bezüge zwischen Gerichten und Urteilsbetroffenen werden nie als Parteinahmen codiert. Vgl. Abtreibungsurteile, Liberalisierung des Drogenstrafrechts etc.)

3.2.4. Beurteilung der Akteursbeziehung:

- 1 konflikthaft
- 2 ambivalent
- 3 allianzhafte
- 9 keine Beziehung thematisiert

3.2.4.1./2./3./4./5./6. Beziehung zwischen Akteur 1 und 2, 1 u. 3, 1 u. 4, 2 u. 3, 2 u. 4, 3 u. 4

3.2.5. Welche Frames und Positionen werden angesprochen?

3.2.5.1./3./5. Grundkonflikt/Frame (zu den Kategorien und Erläuterungen vgl. Voltmer 1997):

- 99 Kein Bezug auf grundsätzlichen Grundkonflikt/Frame.
Dieser Code wird gleichberechtigt mit den Kategorien zu spezifischen Grundkonflikten verwendet.
- 01 Partnerschaft/Abgrenzung: Wie kann äußere Sicherheit gewährleistet werden? (Ost/West- und Nord/Südkonflikt, auch bilaterale Beziehungen)

Die Alternativen dieser Dimension beziehen sich auf allgemeine Aspekte internationaler Zusammenarbeit. Insbesondere die beiden großen internationalen Konfliktlinien, nämlich der Ost-West-Konflikt und der Nord-Süd-Konflikt, fallen hier hinein, aber auch die Ausgestaltung bilateraler Außenpolitik.

Partnerschaft: Betonung gemeinsamer Interessen zwischen den Staaten und gemeinsamen Vorgehens.

Im Ost-West-Konflikt wird eine Entschärfung der Konfrontation angestrebt, vor allem durch Abrüstung oder Unterstützung des KSZE-Prozesses. Schlagworte wie "europäische Friedensordnung" oder "europäisches Haus" repräsentieren dieses Prinzip. Im Nord-Süd-Konflikt wird die Notwendigkeit von Solidarität und internationaler Verantwortung betont.

Abgrenzung: Betonung der eigenen (nationalstaatlichen) Interessen, die auch gegen andere durchzusetzen sind.

In der Beziehung zu anderen Staaten werden Konflikte in Kauf genommen, wenn es um die Verfolgung machtpolitischer oder wirtschaftlicher Ziele geht. Im Ost-West-Konflikt werden eher

konfrontative Strategien verfolgt; Entwicklungspolitik wird zur Durchsetzung machtpolitischer Ziele eingesetzt.

- 02 Supranationalität/Souveränität: Wie sollen transnationale Entscheidungen getroffen werden? (Nationalstaatliche Rechte an supranationale Organisationen, Internationalisierungsprozeß)

Achtung: Bei der Betonung europäischer Souveränität innerhalb internationaler Organisationen, bei Positionsrichtung immer ambivalent codieren.

Die Alternativen dieser Dimension beziehen sich auf die Reichweite nationalstaatlicher Rechte und die Frage, inwieweit diese an supranationale Organisationen abgegeben werden sollen. Die wichtigsten Organisationen, in denen sich dieser Internationalisierungsprozeß zur Zeit vollzieht, sind die EG, die UNO und die NATO.

Supranationalität: Betonung der Notwendigkeit supranationaler Organisationen und Bereitschaft zur Verlagerung politischer Kompetenzen von der nationalstaatlichen auf die überstaatliche Ebene; Ausweitung und Stärkung der Kompetenzen internationaler Organisationen.

Souveränität: Betonung der eigenen nationalstaatlichen Rechte und Bestreben, nationalstaatliche Strukturen aufrechtzuerhalten. Widerstand gegen die Abgabe von Kompetenzen an internationale Organisationen; Begrenzung der Kompetenzen dieser Organisationen, Verweigerung ihrer finanziellen und politischen Unterstützung.

- 03 Staatswirtschaft/Marktwirtschaft: In welchem Maße soll der Staat in den Wirtschaftsprozeß eingreifen? (Rolle des Staates im Wirtschaftsprozeß)

Die Alternativen dieser Dimension beziehen sich auf die Rolle des Staates im wirtschaftlichen Geschehen einer Gesellschaft sowie die angenommenen Konsequenzen staatlicher Intervention.

Staatswirtschaft: Betonung der steuernden Rolle des Staates und staatlicher Politik bei der Gestaltung wirtschaftlicher Prozesse (staatliche Regulierung).

Es wird angenommen, daß ein ungesteuertes Marktgeschehen Ungleichgewichte und nicht gewünschte (soziale, ökonomische) Effekte und Nebenfolgen nach sich zieht. Deshalb wird die Notwendigkeit betont, daß der Staat aktiv in das Wirtschaftsgeschehen eingreift und sogar selbst zum wirtschaftlichen Akteur (Unternehmer) wird.

Marktwirtschaft: Betonung der Kräfte des Marktes und der Marktgleichgewichte ("freies Spiel der Kräfte").

Den marktwirtschaftlichen Mechanismen wird die Fähigkeit zugesprochen, wirtschaftliche Prozesse und die damit verbundenen sozialen Bedingungen in gewünschter und effektiver Weise zu steuern. Staatliche Markteingriffe und Regulierungsmaßnahmen werden abgelehnt; staatliche Wirtschaftstätigkeit wird als ineffektiv angesehen und aufgrund dessen die Privatisierung staatlicher Unternehmen verlangt.

- 04 Kollektiv-/Staatsverantwortung/Eigenverantwortung (Subsidiarität): Wer ist für die soziale Gerechtigkeit verantwortlich? (Zuständigkeitsprinzipien, Verantwortlichkeit für gesellschaftliche Defizite, Sozialpolitik)

Die Alternativen dieser Dimension bezeichnen unterschiedliche Zuständigkeitsprinzipien im Verhältnis von Staat und Gesellschaft. Die Frage ist, wer in erster Linie verantwortlich ist, um Defizite in der Gesellschaft auszugleichen. Insbesondere in der Sozialpolitik spielen Argumente dieser Dimension eine wichtige Rolle.

Kollektiv- bzw. Staatsverantwortung: Betonung der Verantwortung des Staates oder kollektiver Agenturen (Versicherungen) zur Bereitstellung von Gütern und Leistungen, um soziale Ungleichheiten und individuelle Bedürftigkeit auszugleichen. Diese Zuständigkeitszuschreibung geht in der Regel mit einer Tendenz zur Verrechtlichung von Ansprüchen einher.

Subsidiarität: Betonung der Verantwortung des Einzelnen und jeweils kleinerer Lebenskreise, die Aufgaben wahrzunehmen, zu deren Erfüllung diese selbst in der Lage sind. Nur wenn die Lösung von Problemen die Fähigkeit des Einzelnen oder des unmittelbaren sozialen Umfeldes

(z.B. Familie, Nachbarschaft, Selbsthilfeinitiativen) übersteigt, haben entferntere gesellschaftliche Einheiten (z.B. soziale Einrichtungen, Verbände, Gemeinden) und schließlich Staat und Großorganisationen die Pflicht zum Handeln. Das Prinzip der Subsidiarität geht mit einer politischen Tendenz zur Eingrenzung der wohlfahrtsstaatlichen Politik einher.

- 05 Nachfrageförderung/Angebotsförderung: Wie kann Wohlstand und Wirtschaftswachstum gesichert werden? (Staatliche Eingriffe in die Einkommensverteilung)

Die Alternativen dieser Dimension beziehen sich auf die Richtung staatlicher Eingriffe in die Einkommensverteilung.

Nachfrageförderung: Bevorzugung der Konsumseite (private Haushalte).

Es wird angenommen, daß die "effektive Nachfrage", die in letzter Instanz stets Konsumnachfrage ist, die Angebotsseite nachzieht. Im Mittelpunkt nachfrageorientierter Politik stehen Maßnahmen, die die privaten Einkommen stärken, wie z.B. Lohnerhöhungen, Beschäftigungs- und Qualifizierungsprogramme. Auch sozialpolitische Transferleistungen, also einkommenswirksame sozialpolitische Maßnahmen (z.B. Rentenerhöhungen, Arbeitslosengeld, Kindergeld etc.) können Elemente einer nachfrageorientierten Politik sein.

Angebotsorientierung: Bevorzugung der Investitionsseite (Kapital).

Es wird angenommen, daß zunächst die Angebotsseite gestützt werden muß, in der Folge werde es auch zu einer Stärkung der Konsumenten kommen ("Löhne und Sozialleistungen müssen erst erwirtschaftet werden"). Im Mittelpunkt angebotsorientierter Politik steht die Verbesserung der Investitionsbedingungen der Privatunternehmen durch Maßnahmen wie steuerliche Entlastung, Reduzierung von Auflagen, Eindämmung von Investitionsrisiken und Lohnkosten.

- 06 Regelsetzung/Anreize: Wie kann gewünschtes Verhalten erzielt werden? (Arbeitsmarkt- und Umweltschutzpolitik)

Die Alternativen dieser Dimension beziehen sich auf die politisch eingesetzten Mittel, mit denen die Handlungen der Wirtschafts- und Gesellschaftssubjekte beeinflußt werden sollen. Insbesondere in den defizitären Bereichen der Arbeitsmarktpolitik und des Umweltschutzes ist die Wahl der richtigen Mittel umstritten.

Regelsetzung: Betonung der Notwendigkeit von festen Vorschriften.

Ein bestimmtes Verhalten, sei es Aktivität oder Unterlassung, wird vorgeschrieben. Entscheidungsspielräume bestehen dabei für die Subjekte nicht. Typische Instrumente der Regelsetzung sind formale Verbote und Gebote, auch in Form von Sollwerten und Quotierungen.

Anreize: Betonung der Schaffung von Anreizen, um ein bestimmtes Verhalten zu fördern.

Diese Politik setzt auf das Mittel ökonomischer Belohnung gewünschten Verhaltens (z.B. Steuerergünstigungen) bzw. ökonomischer Nachteile für ungewünschtes Verhalten (z.B. Abgaben). Es wird dem einzelnen überlassen, sich für die Belohnung zu entscheiden und wunschgemäß zu handeln, oder bei anderem Handeln ohne Belohnung zu bleiben bzw. Nachteile in Kauf zu nehmen.

- 07 Steuerbelastung/Steuerentlastung: Wie kann der Staat seine finanziellen Ressourcen sichern? (In welchem Maß soll Staat Gesamtwirtschaft und Einkommen belasten? V.a. Wiederaufbau neue Länder)

Die Alternativen dieser Dimension beziehen sich auf die Frage, in welchem Maße der Staat Gesamtwirtschaft und Einkommen belasten soll, um seinen Aufgaben nachkommen und politische Ziele verwirklichen zu können. Insbesondere der Wiederaufbau der neuen Bundesländer und die dadurch entstehenden finanziellen Herausforderungen haben diesen Konflikt aktualisiert.

Steuerbelastung: Notwendigkeit hoher Besteuerung, um die Erbringung staatlicher Leistungen zu gewährleisten.

Dem Staat werden umfangreiche öffentliche Aufgaben zugeschrieben, die notwendigerweise einen erhöhten Verwaltungsaufwand sowie erweiterten Ressourcenbedarf nach sich ziehen. Neben den klassischen Staatsaufgaben der Sicherung innerer und äußerer Sicherheit gehören

hierzu wohlfahrtsstaatliche Leistungen, Bildung, Ausbau und Erhalt von Infrastruktur, aber auch aktive Wirtschaftssteuerung.

Steuerentlastung: Notwendigkeit niedriger Besteuerung, um wirtschaftliches Wachstum nicht zu behindern.

Der Bereich staatlicher Aufgaben wird eher restriktiv definiert und eine hohe Besteuerung aus ordnungspolitischen Gründen abgelehnt. Staatliche Aufgaben sollten eher auf einen Kernbereich reduziert werden, während insbesondere die Bereitstellung von Infrastrukturleistungen, aber auch Bildung und ein Großteil wohlfahrtsstaatlicher Leistungen privaten Trägern zugewiesen wird. Zudem werden hohe Steuern als Gefahr für wirtschaftliches Wachstum angesehen, die individuelle Initiative ersticken und zu Inflation und Arbeitslosigkeit führen.

- 08 Zentralismus/Selbststeuerung: Wie weit reicht der Geltungsbereich zentralstaatlicher Steuerungskompetenz? (Verhältnis Zentrum/Peripherie, Föderalismus, Tarifpolitik und Autonomie gegenüber Staat, Medien, Kirchen, Sozialversicherungsträger).

In den Alternativen dieser Dimension kommen unterschiedliche Vorstellungen über die Ausgestaltung des Verhältnisses von Zentrum und Peripherie zum Ausdruck. Sie betreffen die Steuerung staatlicher Subgliederungen sowie gesellschaftlicher Organisationen. Diese Dimension findet ihre Anwendung vor allem im Strukturprinzip des Föderalismus, wo es um das Verhältnis von politischen Subeinheiten (Ländern) gegenüber dem Zentralstaat geht; ferner in der Tarifpolitik, wo es um die Autonomie der Tarifpartner gegenüber dem Zugriff des Staates geht; aber auch in verschiedenen anderen Politikfeldern, wenn die Selbstverwaltung und Eigenständigkeit von gesellschaftlichen Subeinheiten (z.B. Medien, Kirchen, Sozialversicherungsträger) angesprochen ist.

Zentralismus: Betonung der Interventionsrechte des (Zentral-)Staates (Bund) sowie deren Stärkung und Ausweitung gegenüber kleineren oder bisher autonomen Einheiten.

Zugrunde liegt ein Modell politischer Gesellschaftssteuerung, bei dem der zentralen Einheit (z.B. dem Staat) die dominante Rolle zukommt und er die ihm zur Verfügung stehenden Ressourcen (Gesetzgebung, Verteilung von Finanzmitteln) gegenüber den kleineren Einheiten zur Durchsetzung der angestrebten Ziele einsetzt. Die uneingeschränkte Handlungsautonomie gesellschaftlicher Organisationen wird mit Hinweis auf staatliche Gesamtinteressen in Frage gestellt.

Selbststeuerung: Betonung der eigenen Rechte und der Autonomie "kleinerer Einheiten" sowie deren Stärkung und Ausweitung (z.B. der Länder und Kommunen gegenüber dem Bund oder der Tarifautonomie von Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden gegenüber dem Staat).

Zugrunde liegt ein Modell politischer Gesellschaftssteuerung, bei dem die Subeinheiten auf der Basis eigener Ressourcen und eigener Regelungsmechanismen handeln. Es wird angenommen, daß eine starke Zentralisierung von politischen und gesellschaftlichen Aufgaben mit Ineffizienz und mangelnder Adaptionfähigkeit einhergeht.

- 09 Autonomie/Einheit: Wie kann die nationale Einheit verwirklicht werden? (Hoheitliche Aspekte der Vereinigung, Verhältnis zwischen den zweifach bestehenden Institutionen)

Die Alternativen beziehen sich auf die Gestaltung des Verhältnisses der beiden Teile Deutschlands, insbesondere nach dem Zusammenbruch des sozialistischen Regimes in der DDR. Dabei sind nicht nur die hoheitlichen Aspekte der nationalen Vereinigung angesprochen, sondern auch das Verhältnis der bis dahin zweifach bestehenden Institutionen (z.B. Parteien, Verbände).

Autonomie: Betonung der - auch partiellen - Selbständigkeit der beiden deutschen Teilstaaten und ihrer Institutionen. Der (ehemaligen) DDR und den dort entstandenen Institutionen wird eine eigenständige Existenzberechtigung zugebilligt. Das zunächst diskutierte Konföderationsmodell sowie die Forderung nach Fortbestand bestehender bzw. Gründung spezifisch ostdeutscher Institutionen sind Ausdruck solcher Autonomievorstellungen. Oftmals werden sie lediglich mit zeitlicher Begrenzung als Übergangslösung von Anpassungsproblemen vorgebracht (Verzögerung staatlicher und/oder institutioneller Vereinigung).

Einheit: Betonung nationalstaatlicher und institutioneller Einheit als Wert und bevorzugte Struktur.

Auf allen Ebenen wird eine möglichst schnelle Vereinigung angestrebt. DDR-spezifische Strukturen werden abgelehnt.

- 10 Bedarf/Bedingung: Wie kann das Wohlstands- und Machtgefälle zwischen beiden Teilen Deutschlands bzw. den Weltregionen abgebaut werden? (Ressourcentransfer von West nach Ost und von Nord nach Süd, Gewährleistung von Machtteilhabe)

Die Alternativen dieser Dimension beziehen sich auf den Modus des notwendigen Ressourcentransfers von West- nach Ostdeutschland sowie auf die Gewährleistung politischer Machtteilhabe.

Bedarf: Betonung von Solidaritätshandeln des Westteils Deutschlands, das sich am bestehenden Bedarf orientiert ("Die Teilung durch Teilen überwinden").

Der Westen stellt Hilfen verschiedener Art als Solidarleistungen zur Verfügung. Dabei handelt es sich nicht nur um Finanztransfer, sondern auch um die Bereitstellung von Personal und Know-how, etwa zum Aufbau der Verwaltungen und Gerichte oder zur Modernisierung wirtschaftlicher Unternehmen. Ferner wird gefordert, politische Macht zugunsten ostdeutscher Politiker abzugeben.

Bedingung: Bestimmung von Voraussetzungen für den Transfer von Hilfsleistungen.

Finanzmittel und Personal werden nur bereitgestellt, wenn bestimmte Bedingungen erfüllt sind, wie die Umstrukturierung von Institutionen und Erfolge bei der Etablierung marktwirtschaftlicher Mechanismen. (Ein Beispiel ist die Forderung der alten Bundesländer, die neuen Länder erst dann am Länderfinanzausgleich zu beteiligen, wenn sie ein entsprechendes Steueraufkommen vorweisen können.) Insbesondere die Teilhabe an politischer Macht wird an die Integrität der Akteure geknüpft.

- 11 Freiheit/Bindung: Wie weit reicht der Geltungsbereich individueller Entscheidungskompetenz? (Spannungsverhältnis zwischen Individuum und Gemeinwesen, unterschiedliche Vorstellungen über menschliche Natur)

Die Alternativen dieser Dimension richten sich auf das Spannungsverhältnis von Individuum und Gemeinwesen und das Problem, wie der Zusammenhalt der aus vielen Einzelnen bestehenden Gesellschaft gewährleistet werden kann. Den Prinzipien liegen jeweils konträre Leitvorstellungen über die menschliche Natur zugrunde.

Freiheit: Betonung individueller Selbstbestimmung und Abwehr staatlichen Zugriffs.

Es wird angenommen, daß das jeweils "richtige" Verhalten vom Einzelnen selbst zu bestimmen sei, ohne daß dies zu einer Gefährdung des Gemeinwesens führt. Das Individuum soll die Möglichkeit zu eigenverantwortetem, unter Umständen auch normenabweichendem Verhalten haben. Das Vertrauen in den Einzelnen als vernunftbegabtem und sozialem Wesen ist sehr hoch. Individuelle Freiheit als Kernbestand demokratischer Ordnung wird als Leitwert angesehen, dem sich die Interessen der Gesellschaft unterordnen müssen. Das Individuum soll deshalb vor dem Zugriff des Staates und dem Anpassungsdruck der Gesellschaft auch durch rechtliche Regelungen geschützt werden.

Bindung: Betonung der Interessen des Gemeinwesens und Kontrolle individuellen Handelns.

Es wird davon ausgegangen, daß die partikularen Einzelinteressen ohne Bezug auf das Ganze sind und daher das Wohl des Gemeinwesens tendenziell verletzen. Der Einzelne wird aufgefordert, sich in das soziale Gefüge einzuordnen und die nach Sitte und gesetztem Recht herrschenden Regeln, Rechte, Pflichten und Funktionen auszufüllen, auch wenn diese seinen individuellen Bedürfnissen und Zielsetzungen widersprechen. Es werden rechtliche Regelungen angestrebt, die das Individuum zwingen, sich übergeordneten Werten und Zielen unterzuordnen.

- 12 Prävention/Strafe: Wie kann innere Sicherheit gewährleistet werden? (Kriminalität, Ruhe und Ordnung, Strafrecht, Verbrechensbekämpfung)

Die Alternativen dieser Dimension beziehen sich auf die staatlichen Mittel, die eingesetzt werden sollen, um abweichendes Verhalten (z.B. Kriminalität) zu unterbinden und Ruhe und Ordnung sicherzustellen. Anwendung finden die in dieser Dimension repräsentierten Prinzipien also vor allem im Strafrecht und in der Verbrechensbekämpfung.

Prävention: Betonung vorbeugender Maßnahmen zur Abwendung von Fehlverhalten (Vorsorgeprinzip).

Es wird von der Möglichkeit ausgegangen, die Verhältnisse so zu gestalten, daß abweichendes Verhalten vermieden werden kann. Die Annahme ist, daß letztendlich die Gesellschaft verantwortlich ist für eine nicht gelungene Einpassung ihrer Mitglieder. Als Lösung wird die Veränderung individueller und/oder gesellschaftlicher Lebensbedingungen angesehen.

Sanktion: Betonung staatlicher Maßnahmen zur Bestrafung von eingetretenem Fehlverhalten; Strafe soll von abweichendem Verhalten abhalten (Sühne- und Abschreckungsprinzip).

Die Überzeugung ist, daß abweichendes Verhalten nur durch das Androhen und Verhängen von Strafe unterbunden wird. Auf einen Anstieg abweichenden Verhaltens (z.B. steigende Kriminalitätsrate) wird deshalb mit einer Verschärfung der Sanktionen bzw. Strafen reagiert.

- 13 Beteiligung/Repräsentation: Wie sollen demokratische Entscheidungen zustande kommen? (Beteiligung der Bürger an politischen Entscheidungen)

Die Alternativen dieser Dimension richten sich auf die Frage, in welchem Maße die Bürger an der Verteilung politischer Macht und an politischen Entscheidungen teilhaben sollen.

Beteiligung: Betonung der Beteiligungsrechte und der unmittelbaren Mitsprache der Bürger bei politischen Entscheidungen.

Zugrunde liegt ein extensives Demokratiemodell, wonach die Formen der Partizipation ausgedehnt werden sollen. Über den Wahlakt hinaus werden direkte Beteiligungsmöglichkeiten der Bürger (Volksbegehren, Volksentscheid) angestrebt. Demokratische Mitspracherechte sollen aber auch auf möglichst viele Bereiche des gesellschaftlichen Lebens ausgedehnt werden (Wirtschaftsdemokratie, Verbandsorganisation, Gestaltung der Lebensumwelt). Die Inklusion von Bevölkerungsgruppen, die bisher keine demokratischen Rechte besitzen, ist ebenfalls diesem Prinzip zuzurechnen (z.B. Ausländerwahlrecht).

Repräsentation: Betonung repräsentativer Verfahren und der Rolle der Repräsentanten, d.h. der nur mittelbaren Mitwirkung der Bürger.

Zugrunde liegt ein prozedurales Demokratiemodell, das das Ausmaß der Bürgerbeteiligung auf Verfahren zur zeitlich begrenzten Herstellung von Regierungsmehrheiten beschränkt. Verbindliche Entscheidungen sollen durch die jeweils dafür demokratisch legitimierten Verantwortlichen getroffen werden.

- 14 Kosmopolitismus/Ethnozentrismus: Wer wird als Fremder angesehen? (Einschätzung anderer Kulturen)

Die Alternativen dieser Dimension beziehen sich auf die Einschätzung anderer Kulturen und ausländischer Staatsbürger im Vergleich zur eigenen Kultur oder der eigenen Gruppe (eigene Staatsbürger).

Kosmopolitismus: Betonung der Gleichberechtigung und Gleichwertigkeit verschiedener Kulturen und Nationalitäten (Öffnung).

Dieses Prinzip bezieht sich auf Verhaltensmaßstäbe, die eher universalistisch sind und nicht in Abgrenzung gegenüber anderen, sondern in "internationalen" Werten gründen. Die Zugangsmöglichkeiten für Menschen anderer Nationen sollen liberalisiert werden, die Bundesrepublik wird als Einwanderungsland angesehen. Die Gewährleistung von Asyl wird uneingeschränkt befürwortet.

Ethnozentrismus: Betonung der Besonderheit und des Vorrangs der eigenen gegenüber anderen Kulturen und Nationalitäten (Schließung).

Die ethnozentristische Seite der Dimension kennzeichnet die Tendenz, die Eigenschaften kultureller Art (Wertvorstellungen, Lebensstile) der eigenen Volksgruppe höher zu bewerten als die anderer Gruppen. Aber auch ohne wertende Einschätzung wird eine deutliche Abgrenzung zwischen Eigengruppe und Fremdgruppe vollzogen. Entsprechend wird angestrebt, den Zuzug aus anderen Ländern in die Bundesrepublik - ob aus wirtschaftlichen oder aus politischen Gründen - zu beschränken.

- 15 Kulturelle Identität/Assimilation (Integration): Wie soll das Zusammenleben unterschiedlicher Kulturen gestaltet werden? (Anpassungsprozesse)

Die Alternativen dieser Dimension beziehen sich auf die Anpassungserwartungen gegenüber kulturell und ethnisch "fremden" Gruppen, die innerhalb einer Gesellschaft leben. Dieser Konflikt stellt sich hinsichtlich Ausländern, denen Zugang gewährt worden ist ("Gastarbeiter"), deutschstämmigen Aussiedlern oder ethnischen Minderheiten (Sorben).

Kulturelle Identität: Betonung der Eigenständigkeit und der eigenen Rechte unterschiedlicher Kulturen und Bevölkerungsgruppen, die an einem Ort zusammenleben (Vielfalt).

Kulturelle Identität bedeutet, daß unterschiedliche Menschen zwar örtlich gemeinsam leben, aber ihre jeweils eigenen Charakteristika bewahren. Dies kann seinen Ausdruck in eigenen Institutionen und Rechtsansprüchen (Schulen, explizite Schutzrechte) finden. In dem Zusammenleben ethnisch und kulturell unterschiedlicher Gruppen wird eine Bereicherung gesehen ("multikulturelle Gesellschaft").

Assimilation (Integration): Betonung der Notwendigkeit von Anpassung und Eingliederung, um Unterschiede abzubauen (Gleichheit).

Integration erfolgt in der Regel dadurch, daß die kleinere Gruppe sich in die dominante Gruppe eines Gemeinwesens eingliedert. Integration findet auf kultureller Ebene (Anpassung an Wertvorstellungen, Lebensstile, Sprache), sozialer Ebene (Angleichung der sozioökonomischen Lebenschancen) und formaler Ebene (rechtliche Regelungen) statt. Ob es sich hierbei um einen Zwang oder um eine Chance zur Integration handelt, hängt von der gesellschaftlichen Definition ab.

- 16 Technologiefolgenkontrolle/Risikoakzeptanz: Wie soll technische Entwicklung gestaltet werden?

Technologiefolgenkontrolle: Vorrang der Prüfung und Berücksichtigung der ökologischen und sozialen Verträglichkeit der Technikentwicklung

Risikoakzeptanz: Vorrang technischer Innovation gegenüber möglichen negativen ökologischen und sozialen Folgen der Technikentwicklung

3.2.5.2./4./6. Position:

- 1 Unterstützung linke Position (die jeweils linke Hälfte der Dichotomie, auch ideologisch links)
- 2 Ablehnung linke Position (die jeweils linke Hälfte der Dichotomie, auch ideologisch links)
- 3 Unterstützung rechte Position (die jeweils rechte Hälfte der Dichotomie, auch ideologisch rechts)
- 4 Ablehnung rechte Position (die jeweils rechte Hälfte der Dichotomie, auch ideologisch rechts)
- 5 ambivalent (es werden beide Pole vertreten oder explizit die Mitte zwischen den Polen)
- 8 Kommentator bezieht nicht Stellung, sondern spricht nur die Frage an.
- 9 trifft nicht zu (kein Grundkonflikt angesprochen)

3.3. *Die Zusatzstudie: Gemeinwohrrhetorik im Mediendiskurs*

3.3.1. **Anmerkungen zu der Studie**

Auf Initiative von Friedhelm Neidhardt ist in Abstimmung mit der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften und der interdisziplinären Arbeitsgruppe ‚Gemeinwohl und Gemeinsinn‘ in die Kommentaranalyse eine Untererhebung eingeschaltet worden. Diese Studie untersucht über den gesamten Zeitraum von 1993 bis 1998 systematisch das Auftreten, die Funktion und die Adressierung von Gemeinwohrrhetorik in politischen Kommentaren. Mit der quantitativen Längsschnitterhebung parallel zur Kommentaranalyse werden mit dieser Gemeinwohlanalyse systematische Daten über den Stellenwert eines spezifischen Kommunikationstypus im öffentlichen Diskurs erhoben. Vertiefende qualitative Analysen der identifizierten Kommentare werden sich an die quantitative Inhaltsanalyse anschließen.

Das Instrument zur Analyse von Gemeinwohrrhetorik diskriminiert in einem ersten Schritt zwischen solchen Kommentaren, die an der Sache selbst bleiben und anderen, die entweder durch einen direkten Aufruf des Begriffs Gemeinwohl oder durch die Verwendung semantisch verwandter Substitute die höherstufige Kommunikationsform mobilisieren. Diese analytische Vorunterscheidung wird in einem zweiten Schritt weiter dimensioniert. Ausgehend von der Vermutung, daß Kommentare ebenso wie sie aktiv Gemeinwohlbezüge herstellen, auch Gemeinwohlreklamationen politischer Akteure beurteilen, unterscheiden wir die jeweiligen funktionalen Verwendungszusammenhänge der Rhetorik. In einem weiteren Schritt wird nach Vorstellungen von Gemeinwohrealisierung gefragt, indem Adressierungen an politische Akteure differenziert werden, die jeweils für spezifische Gemeinwohlkonzeptionen bürgen. Ausgehend von der Vermutung, daß Gemeinwohrrhetorik ebenso wie als Verzichtsvokabel auch als Anspruchsbe-gründung im öffentlichen Diskurs fungiert, werden abschließend die Nutznießer und Benefiziere der Gemeinwohkkommunikation erhoben.

3.3.2. **Das Kategoriensystem und Erläuterungen zu den Variablen**

3.3.2.1. *Gemeinwohlcodes*

Welche Begriffe und rhetorischen Formeln werden zur Plausibilisierung von Gemeinwohlbezügen verwendet? In welchen Verwendungszusammenhängen steht diese Rhetorik jeweils? Diese Variable ist im Prinzip streng wörtlich zu codieren. Jeder als Gemeinwohllindikator codierte Begriff muß wörtlich in den ergänzenden Stichworten zu den einzelnen Ausprägungen geführt sein. Für die Identifizierung der Bezüge gilt also die Regel: Auftreten des Schlüsselwortes. Sollten Stichworte auftauchen, die in die Beispielslisten noch nicht aufgenommen sind, die aber sinngemäß in die einschlägigen Rubriken gehören, so wer-

den diese notiert und nach Absprache mit der Codierleitung in die up-dates des Codebuchs aufgenommen. Die Ausprägungen der Variablen bleiben also unverändert, die Beispielsliste wird als offene Liste fortwährend ergänzt !

Wenn keine Gemeinwohlbezüge (0) vorliegen, entfallen auch die Variablen 6.2., 6.3 und 6.4.

- 0 Keine Gemeinwohlbezüge
- 1 Direkte Gemeinwohlbezüge
 - Gemeinwohl und einfache Gemeinwohlsynonyme
(Allgemeinwohl, öffentliches Interesse [wenn im Sinne: Interesse der Allgemeinheit, nicht: Medienaufmerksamkeit Prominenzstatus], Gemeinnutz, Wohl / Interesse der Allgemeinheit, Schutz der Allgemeinheit, das sogenannte Ganze, Interesse des Gemeinwesens / für das Gemeinwesen, im Auftrag der Gesellschaft, Interesse des ganzen Landes, Nutzen für die Gemeinschaft, Interesse der Menschen und der sie finanzierenden Gesellschaft)
- 2 Substitute und Äquivalente für Gemeinwohl
(Identifikation über Auftreten folgender Schlüsselwörter und -formeln im Sinnzusammenhang Gemeinwohl)
 - Partikularinteresse und einfache Synonyme
(Eigeninteresse, eigenes Interesse, Egoismus, Eigennutz, Einzelinteressen, Rücksichtslosigkeit, Raffgier, Behinderung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Volkswirtschaft, auch: Kollektive Selbstschädigung)
 - Policybereichsspezifische Substitutbegriffe für Gemeinwohl
(Gemeinnützigkeit, Sozialverträglichkeit, Solidarprinzip / Solidargedanke, ‚Schutz des Raumschiffs Erde‘ / ‚Rettung der Welt‘ im Ökologiefeld, ‚Legitimität‘ im Blick auf politischer Verfahren allgemein)
 - Rhetorische Formeln für Gemeinwohlbezüge
(Wir alle, alle Bürger, Jeder)
 - Indirekte rhetorische Formel für Gemeinwohlbezüge
(Keiner, Niemand, Kein vernünftiger Bürger)

3.3.2.2. Funktion des Gemeinwohlbezugs

- 1 Eigenständige Anmahnung von Gemeinwohlorientierungen oder Zurückweisung von Partikularorientierungen
- 2 Aufnahme und Unterstützung der Gemeinwohlorientierung oder -rhetorik politischer Akteure
- 3 Neutrale Darstellung der Gemeinwohlreklamation politischer Akteure
- 4 Ironisierung und Infragestellungen vorgeblicher Gemeinwohlbezüge und Gemeinwohrrhetorik
- 5 Explizite Abweisung der Leitidee ‘Gemeinwohlverträglichkeit’
- 6 nicht entscheidbar

3.3.2.3. Gemeinwohlgaranten

Adressat des Gemeinwohlbezugs und Herstellungsmethoden: Wer wird für die Berücksichtigung des Gemeinwohls in erster Linie verantwortlich gemacht, und wie kann gemeinwohlverträgliche Politik erzeugt werden? Auf wen wird Gemeinwohl verantwortlich ‘zugerechnet’? Die Zurechnungsgrößen, die hier als Akteure aufgeführt sind, stehen für grundlegende Modelle einer Politik der Gemeinwohlherstellung. ‘Verbände’ sind exemplarische Träger für korporatistische Politikmodelle, Bürger, Einzelne sind

Adressaten für subsidiäre Modelle, die 'Allgemeinheit' und die Gesellschaft' nimmt in 'radikal-demokratischen' Politikmodellen einen herausragenden Stellenwert ein usw.

- 01 Internationale Institutionen
(UNO, EU etc.)
- 02 Staat - Judikative
(Gerichte, Bundesverfassungsgericht)
- 03 Staat - Legislative
(Die Politiker, die Parlamentarier)
- 04 Staat - Exekutive
(Regierung, Minister, Ministerien, ausführende Organe)
- 05 Interessenverbände, Parteien und soziale Bewegungen
Interessenverbände (Unternehmerverband, Gewerkschaften, nicht: amnesty international, greenpeace, caritas etc.), politische Parteien (nicht Fraktionen) nicht: 'Dienstleistungs'institutionen im Umfeld mobilisierter sozialer Bewegungen (Öko- Institut, Frauenberatungszentren: dann dritter Sektor)
- 06 Kirchen
- 07 Dritter Sektor
(humanitäre Organisationen, 'Gemeinwohlunternehmer', Rotes Kreuz, 'Gemeinwohlverbände', gemeinnützige Vereine, non-profit- Organisationen)
- 08 Sozialisationsinstanzen
(Familie, auch: Bildungseinrichtungen, wenn in dieser Funktion: auch Medien)
- 09 Bürger, Einzelne
(Berücksichtigung von Werten und Normen, aber auch Anspruchsreduktion und Verzichtsbereitschaft, aber auch: Bürgerengagement etc.)
- 10 Gesellschaft und Markt allgemein
(Aushandlungsprozesse zwischen verschiedenen Akteuren)
- 11 Andere
- 12 nicht entscheidbar

3.3.2.4. Gemeinwohlbenefiziere

Wessen Ansprüche werden in Form der Verallgemeinerung qua Gemeinwohlbezug vorrangig thematisiert? Wer gewinnt in erster Linie von eingeklagtem Gemeinwohlbezug? Gefragt wird also nach dem Nutznießer eines zu realisierenden Gemeinwohls. Ausschlaggebend ist die Position des Kommentators, nicht die der beurteilten Akteure. Dieser Nutzen ist in diesem Fall kein Partikularnutzen (der Hundebesitzer, der Aluminiumindustrie, des Arbeitsamtes, der Jugendorganisation xy o.ä.), sondern ein Kollektivnutzen. In der Regel sind die Benefiziere daher generalisierte soziodemographisch umschriebene Großgruppen, die in konventionellen Interessenvermittlungsprozessen nur schwache Stimmen besitzen oder unspezifische Aggregatgrößen (Deutschland). Codiert wird die spezifischste Kategorie.

- 01 Internationale Zusammenschlüsse / internationale Gemeinschaft
- 02 Bundesrepublik Deutschland
(auch: Nation, Wirtschaftsstandort, Demokratie, die Gesamtheit)
- 03 Bürger, Bevölkerung
- 04 Bevölkerung der neuen Bundesländer, Ostdeutsche
- 05 Zukünftige Generationen, Kinder und Jugendliche
- 06 Arbeitslose, Unterbeschäftigte
- 07 Arbeitnehmer
- 08 Frauen
- 09 Ausländer, Einwanderer

- 10 Rentenbezieher, Alte
- 11 Behinderte
- 12 Arme, Sozial Schwache
- 13 'Dritte Welt'
- 14 Betroffene von Naturschädigungen
(auch im Sinne der Gesamtheit oder der Natur/ Umwelt überhaupt)
- 15 Andere und mehrere andere (Wenn ja: Welche?)
(hier spezifische Betroffenenengruppen: Anwohner etc.)
- 16 nicht entscheidbar

4. Technische Durchführung

4.1. Codierung

Die technische Durchführung des Projekts ist im Wissenschaftszentrum Berlin angesiedelt. Ein Team von sieben Codern codiert nach den festgelegten Modi (siehe Abschnitt Materialverteilung) jeweils im Haus in Gruppen von überwiegend drei bis vier Personen die Kommentare der Stichprobe. Die Materialien zur Analyse der politischen Agenda werden von den wissenschaftlichen Mitarbeitern des Projekts codiert.

Durch die Durchführung im Haus und die Arbeit in kopräsenten Teams ist gewährleistet, daß die Codierung sorgfältig vorgenommen wird und in Zweifelsfällen eine direkte Abstimmung mit anderen Codern oder der Projektleitung möglich ist. Zweifelsfälle und Probleme mit der Anwendung des Kategoriensystems werden zudem in einem zu diesem Zweck erstellten Dokumentationssystem archiviert und im Rahmen eines anfänglich in einem einwöchigen Turnus, später im zweiwöchigen Rhythmus, stattfindenden jour fixe entschieden. In der ersten Projektphase wurde in diesem Zusammenhang das Regelsystem weiter geschärft und ein ergänzendes Regelpapier erstellt, das Präzedenzfälle und wiederkehrende Fragen verbindlich beantwortet.

Bei der Ausgabe des Untersuchungsmaterials wird besonderer Wert darauf gelegt, daß jeder Coder alle Kommentare mit gleichen Anlässen und Bezugsereignissen analysiert. Sichergestellt ist damit, daß das aus dem Material verfügbare Wissen jeweils beim verantwortlichen Coder zusammenfließt und in schwierigen Fällen als Entscheidungshilfe herangezogen werden kann. Außerdem besteht durch die Codierung verschiedener Zeitungen durch jeden einzelnen Coder die Möglichkeit, qua Vergleich zeitungsspezifische Kommentarstile von politischer Meinung zu unterscheiden. Mögliche Übertragungseffekte der Codierung von einer Zeitung auf die andere bei gleichen Bezugsereignissen sind durch eine Gliederung der Materialvergabe nach einzelnen Zeitungen ausgeschlossen. Der Codiervorgang pro Untersuchungswoche wurde immer für eine Zeitung durchgeführt und erst dann mit der nächsten Zeitung für die gleiche Woche fortgesetzt, so daß

zwischen der Codierung des gleichen Ereignisses in verschiedenen Zeitungen jeweils ein erheblicher zeitlicher Abstand liegt.

Die nachfolgend dokumentierten Ergebnisse des Reliabilitätstests beziehen sich auf die ersten durchgängigen Codierungen des Material unter normalen Arbeitsbedingungen, aber selbstverständlich ohne direkte Korrekturmöglichkeiten der einzelnen Coder durch Gruppendiskussion. Die Ergebnisse zeigen für alle zentralen Analysedimensionen gute Werte, auch auf der niedrigsten Aggregatebene - also beispielsweise auf Ebene der Unterthemen - bewegen sich die Werte in einem befriedigenden Rahmen, was in Anbetracht der hohen Differenziertheit der Basisvariablen und der Komplexität der Positionsvariablen eine gute Datenqualität anzeigt. Aufgrund der frühen Durchführung des Reliabilitätstests vermuten wir dabei noch eine Verbesserung der Werte schon nach kurzer Zeit der praktischen Codierung.

4.2. Reliabilitätstest

Aufgrund der Differenziertheit des der Kommentaranalyse zugrundeliegenden Analyseinstruments weisen wir im Interesse einer möglichst großen Transparenz über die Qualität der Datengewinnung an dieser Stelle jeweils mehrere Gesamtkoeffizienten aus. Den Rechenverfahren liegen, von (a) bis (c) aufsteigend, jeweils strengere Kriterien für eine reliable Codierung zugrunde. Während (a) sich auf die quantitativ erheblichen und in der Datenanalyse voraussichtlich vorrangigen Variablen und Differenzierungsniveaus bezieht, weist der Koeffizient (c) jeweils eine Prüfung aus, die auf jede Aggregation oder den Ausschluß bestimmter Subvariablen verzichtet. Anders formuliert, wurde hier streng auf der ursprünglichen Ausprägungsebene und ohne Gewichtungen geprüft.

Die wesentlichen Kriterien zur Errechnung der Koeffizienten stellen sich wie folgt dar:

- (a) Dieser Koeffizient bezieht sich bei zentralen Variablen auf die Hauptkategorien (Hauptthema und 1. und 2. Akteur).
- (b) Dieser Koeffizient bezieht sich auf alle Kategorien der Variablen des Segments. Übereinstimmungen sind jeweils nach erwartbaren datenanalytischen Kriterien geprüft worden (Themen auf Oberthemenniveau; Akteursgleichheit, wenn geographischer Bezug und Rolle übereinstimmend; Positionen nach Richtungen, wobei Ausprägungen 1 & 4 sowie 2 & 3 aggregiert sind).
- (c) Dieser Koeffizient bezieht sich auf alle Kategorien des Schemas. Übereinstimmungen wurden hier nur bei exakter Übereinstimmung der Einzelcodes und zum Teil auch (Akteure) mehrerer einzelner, systematisch aufeinander bezogener Codes angenommen.

Die abschließend aufgeführten Gesamtkoeffizienten wurden als Mittelwert der Koeffizienten der einzelnen Segmente gebildet.

4.2.1. Formalia:

1.0

4.2.2. Themen:

(a) .8
(b) .7
(c) .7

- (a) Dieser Koeffizient bezieht sich auf die Variablen Anlaß, Themenfokus, Hauptthema sowie Themenbehandlung. Die Nebenthemen wurden nicht berücksichtigt. Das Hauptthema wurde auf Oberthemenniveau überprüft.
- (b) Dieser Koeffizient bezieht sich auf die Variablen Anlaß, Themenfokus, Hauptthema und Nebenthemen sowie Themenbehandlung. Die Themen wurden auf Oberthemenniveau überprüft.
- (c) Dieser Koeffizient bezieht sich auf die Variablen Anlaß, Themenfokus, Hauptthema und Nebenthemen sowie Themenbehandlung. Die Themen wurden auf Unterthemenniveau überprüft.

4.2.3. Akteure und Beziehungen:

(a) .8
(b) .6
(c) .5

- (a) Dieser Koeffizient bezieht sich auf die Variablen Akteur 1 und 2 sowie die Akteursbeziehungen. Als Übereinstimmung der Akteurscodes wurde eine identische Codierung von Akteursrolle und geographischem Bezug gewertet. Stellvertretend für insgesamt sechs Variablen zu den Akteursbeziehungen wurde die Variable mit der höchsten Übereinstimmung der Referenzakteure (1 & 2) überprüft. Als Übereinstimmung wurden eine übereinstimmende Codierung auf Richtungsebene gewertet (1&2, 2&3), Nichtnennungen („keine Akteursbeziehung thematisiert“) wurden in jedem Fall als Abweichungen zu Nennungen gewertet.
- (b) Dieser Koeffizient bezieht sich auf alle Akteursvariablen und die Variable Akteursbeziehung. Als Übereinstimmung der Codes für die Akteur 1, 2, 3 und 4 wurde die Übereinstimmung der Untervariablen geographischer Bezug und Akteursrolle gewertet. Stellvertretend für insgesamt sechs Variablen zu den Akteursbeziehungen wurde die Variable mit der höchsten Übereinstimmung der Referenzakteure (1 & 2) überprüft.
- (c) Dieser Koeffizient bezieht sich auf alle Akteursvariablen und die Variable Akteursbeziehung. Als Übereinstimmung der Codes für die Akteure 1, 2, 3 und 4 wurde die vollständige Übereinstimmung der Akteursvariablen Akteursklasse, geographischer Bezug und Akteursrolle gewertet. Stellvertretend für insgesamt sechs Variablen zu den Akteursbeziehungen wurde die Variable mit der höchsten Übereinstimmung der Referenzakteure (1 & 2) ausgewählt.

4.2.4. Positionen:

a) .6
b) .5

- (a) Dieser Koeffizient bezieht sich auf Position und Richtung für alle drei möglichen Variablen. Die Variable wurde als unabhängige Variable geprüft. Die Positionen wurden jeweils nach Häufigkeiten auf die drei möglichen Positionsstellen verteilt und dann geprüft. Dabei wurde die Richtung 1 und 4, 2 und 3 sowie 5 und 8 als übereinstimmend gewertet. Nichtnennungen wurden wie 99 9 gezählt.
- (b) Dieser Koeffizient bezieht sich auf eine Position stellvertretend für drei mögliche Positionen und Richtungs-codierungen. Ausgehend von der Themenvergabe wurden jeweils die abgeleiteten Positio-

nen zusammengefaßt und geprüft. Dabei wurden die Richtungen 1 und 4, 2 und 3 sowie 5 und 8 als übereinstimmend gewertet.

4.2.5. Gesamt:

(ohne Formalia)

(a)	.7
(b)	.6
(c)	.6

- (a) Dieser Koeffizient bezieht sich auf die Variable Position / Frame. Stellvertretend für insgesamt drei mögliche Positionscodierungen wurde eine Position überprüft, weil hier die Referenzthemen in relativ hohem Maß übereinstimmen (vgl. Koeffizienten zu Themenreliabilitäten).
- (b) Dieser Koeffizient bezieht sich auf die Variable Position / Frame und Positionsrichtung. Stellvertretend für insgesamt drei mögliche Positionscodierungen wurde die erste Position und Positionsrichtung überprüft, weil hier die Referenzthemen in relativ hohem Maß übereinstimmen (vgl. Koeffizienten zu Themenreliabilitäten). Als übereinstimmende Codierung wurde die Übereinstimmung des Positionscodes (wie a) und die Übereinstimmung der Richtung gewertet – die Ausprägungen 1 und 4, 2 und 3 sowie 5 und 8 wurden auf der Grundlage unserer Fragestellung als sinngleiche Codes betrachtet.

5. Beispiele und Mustercodierungen

5.1. Beispielskommentare und Mustercodierungen

Grafik 01

Seite 4 / Süddeutsche Zeitung Nr. 104

01

Die sechzehn Bildungsweisen

VON RAINER STEPHAN

Spektakuläre Beschlüsse sind von der in München tagenden Konferenz der deutschen Kultusminister nicht zu erwarten. Das liegt nicht nur an der eigenartigen Natur jener Institution, die man – je nach Gusto – ein schwerfälliges Monstergremium oder einen leise effizienten Integrations-Apparat nennen darf; es liegt auch daran, daß Politiker in Wahlkampfzeiten halt anderes (wenn auch gewiß nichts Größeres) im Kopf haben als Bildungsprobleme. Dabei kann man den sechzehn Kultusministern und -senatoren nicht einmal den Vorwurf machen, sie trügen irgendwelche parteipolitischen Hahnenkämpfe aus. Im Gegenteil: Die Zeiten, in denen Formen und Inhalte der Bildung auch Gegenstände weltanschaulicher Auseinandersetzung waren, sind dermaßen vorüber, daß man sie sich gelegentlich schon wieder herbeiwünscht.

Das gilt vor allem dort, wo der Bildungsapparat nach wie vor soziale Ungerechtigkeiten fördert. Und es gilt um so mehr, als der gelegentlich ziemlich blinde Fortschrittseifer, mit dem Abitur und Hochschulstudium hierzulande als Normalausbildung etabliert wurden, die Probleme mit der Chancengleichheit ja nur verschoben hat. Wo das durchaus notwendig gewesene Projekt Bildungsreform gescheitert (also notwendig *geblieben*) ist, liegt das vor allem daran, daß in den letzten dreißig Jahren vor allem die Quantität der Bildung gefördert wurde, während die Qualität zurückblieb. Wem nützt die Verdreifachung der Studentenzahlen, wenn das Niveau des Hochschulstudiums dabei auf den Hund kommt?

Es ist nicht so, daß die Kultusminister jenes Dilemma nicht sehen. Nur neigen sie dazu, es mit den falschen Methoden anzupacken. Deutlicher noch als im schwer übersehbaren Universitätsbereich zeigt sich das in der Schulpolitik: Aus dem richtigen Empfinden heraus, den Schülern werde zu wenig Sinnvolles beigebracht, stopft man vor allem die Lehrpläne der Gymnasien mit immer neuen Lernzielen zu – freilich ohne die schon vorhandenen Ziele und Fächer in Frage zu stellen. Auf diese Weise produziert der Bildungsapparat statt mündiger Menschen vor allem überforderte Schüler und Lehrer; und am Ende setzen sich, hübsch sozialdarwinistisch, diejenigen mit den stärkeren Ellbogen durch und diejenigen, denen die Eltern private Schulen oder teure Nachhilfelehrer bezahlen können.

Je mehr das Unbehagen darüber wächst, desto lauter wird der Ruf nach einer bildungspolitischen Zentralgewalt. Soweit sich da nur Sehnsucht nach der starken Hand ausdrückt, mag (und sollte) man das als Hirngespinnst abtun. Doch auch andere Gründe verlocken dazu, dem bislang ziemlich machtlosen Bildungsminister des Bundes wirkliche Kompetenzen zu übertragen. Zum Beispiel die

Hoffnung auf mehr Transparenz. Wie immer man die Arbeit der Kultusministerkonferenz beurteilt, überschaubar ist sie ganz gewiß nicht. In dem gewachsenen und weiterwachsenden Gestrüpp aus länderspezifischen Regelungen, länderübergreifenden Grundsätzen und Anpassungsbestimmungen finden sich auch Fachleute oft kaum noch zurecht; erst recht können die betroffenen Laien – zum Beispiel Eltern, die während der Schulzeit ihrer Kinder das Bundesland wechseln müssen, oder Studenten, die an einer anderen Uni weiterstudieren wollen – ein Lied hiervon singen.

Andere Zweifel weckt das von den Länderministern gern selbst ins Feld geführte Argument der Praxisnähe: Die einzelnen Landesministerien seien nun einmal näher dran am schwierigen Alltag der Schulen und Universitäten und verstünden schon deswegen mehr von deren Problemen. Das läßt sich aber leicht umkehren: Eben wegen ihrer Praxisnähe neigen die Landesbehörden grundsätzlich zu pragmatischen Detail-Reparaturen – auch da, wo zuweilen große Lösungen oder jedenfalls mutige Schritte nötig wären.

Muß der große Anschub, den die Bildungspolitik nötig hat, also demnächst aus der Hauptstadt kommen? So schön die Vorstellung wäre, so rasch erweist sie sich als Illusion. Erstens einmal: Wie soll eine Bundesregierung, die auf jedem noch so wichtigen Feld das bloße Dahinwurscheln zur Hauptmaxime erklärt hat, ausgerechnet im schwierigen Bereich der Bildungspolitik Zeichen setzen können? Das über mehr als die halbe Legislaturperiode getriebene und letzten Endes skandalöse Theater um Kanzler Kohls „Bildungsgipfel“ hat gezeigt, daß da aus Bonn überhaupt nichts zu erwarten ist.

Zweitens: Wo immer die Bundesregierung schon jetzt bildungspolitisch tätig ist, versucht sie sich zu drücken. Der bayerische Kultusminister Hans Zehetmair beschwert sich als amtierender Präsident der Kultusministerkonferenz zu Recht darüber, daß den Bonner Sonntagsreden über den „Wirtschaftsstandort Deutschland“ keine Taten folgen, sondern, im Gegenteil, heftige Etatkürzungen bei der Forschungspolitik. Vollends hanebüchen ist das Bonner Verhalten bei der Finanzierung des Hochschulbaus, wo sich die Bundesregierung seit Jahren wie ein mieser Schuldner um die Bezahlung ihrer Verbindlichkeiten gegenüber den Ländern herumzudrücken pflegt.

Mit anderen Worten: Es gibt keine Alternative zu den sechzehn Weisen. Bildungspolitik wird Ländersache bleiben. Das Verfahren hat ja auch sein Gutes. Nicht in seiner Schwerfälligkeit, wohl aber in seiner föderalistischen Gelassenheit kann das deutsche Modell sogar Impulse für die Zukunft geben: für die Bildungspolitik Europas.

M
th
di
je
de
se
üb
st
w
de
w
h
m
M
d
st
E
gr
me
E
tr
vc
E

02

■ Die erste Krankenkasse kündigt Leistungstreichungen an

Die Wirklichkeit von morgen

Clintons Wahlsieg, Jelzins Herzoperation, Bonner Etatloch: Die Woche war voller Ereignisse. Und ganz nebenbei wurde das Grab der gesetzlichen Krankenversicherung in Deutschland angestoßen - und keiner scheint es richtig gemerkt zu haben. Öffentlich wird kaum über die "Gesundheitsreform" diskutiert.

Das erschreckt, denn nach der jetzt vom Bonner Kabinett beschlossenen Reform wird nichts mehr so sein wie früher. Man muß sich darüber klar werden: Wenn die dritte Stufe der Gesundheitsreform so beschlossen wird, wie es jetzt vorgesehen ist, wird es in Deutschland keine solidarische Krankenversicherung mehr geben. Jeder kann und wird sich künftig so billig versichern wie möglich - denn welcher Gesunde kann sich schon vorstellen, daß er zum Beispiel mal irgendwann einen Logopäden oder einen Ergotherapeuten benötigen wird? Spätestens nach dem nächsten Schlaganfall - aber wer glaubt schon daran, daß der ausgerechnet einen selbst treffen kann?

In der Krankenversicherung werden Regeln eingeführt, die bisher etwa in der Kfz-Versicherung galten. Versichert wird allein das Risiko, und das hält der Versicherungsnehmer aus Kostengründen möglichst klein. Auf der anderen Seite stehen die chronisch Kranken und Alten, die stetig auf medizinische Hilfe angewiesen sind. Wer will die noch versichern? Wer soll deren Gesundheit bezahlen? Sie selbst? Nicht umsonst fürchtet Norbert Blüm, daß dann die Pflegeversicherung in die Bresche springen müssen.

Insofern ist es richtig, wenn sich die Deutsche Angestellten-Krankenkasse (DAK) jetzt zum Buhmann macht, indem sie Leistungskürzungen offiziell ankündigt. Welche das sein werden, wird noch nicht verraten. Aber man kann davon ausgehen, daß so teure Angebote wie die häusliche Pflege storniert werden.

Der Öffentlichkeit muß klargemacht werden, was der Bundesgesundheitsministers plant: die Abschaffung des Solidarprinzips zwischen Gesunden und Kranken, statt dessen die Einführung marktwirtschaftlicher Prinzipien im Gesundheitssektor. Horst Seehofer steht unter massivem Druck der FDP, die am liebsten jede ärztliche Leistung frei verhandelbar und entsprechend bezahlbar machen möchte.

Der DAK ist zu danken, daß sie als erste formuliert, was demnächst passiert. Sie malt nicht den Teufel an die Wand, sie droht auch nicht mit hohlen Phrasen - sie bereitet nur die Wirklichkeit von morgen vor. **Florian Gless**

Welt, 30.1. 1997, 003

Verdiente Strafe

Von WILHELM HADLER

Bundesstaaten sind schwerer zu regieren als zentralistisch organisierte. So ist es nichts Ungewöhnliches, wenn in der Gesetzgebung Konflikte zwischen Bund und Ländern, aber auch zwischen den Regionen und den europäischen Institutionen entstehen. Daß die Deutschen seit Jahr und Tag nur ungenügende Anstrengungen machen, die von ihnen mitbeschlossenen EU-Richtlinien in nationales Recht umzusetzen, ist jedoch mehr als ein Formfehler. Der föderalistische Staatsaufbau der Bundesrepublik kann da allenfalls schuld mindernd ins Feld geführt werden.

Zum ersten Mal hat die Brüsseler Kommission gestern von einer Bestimmung des Maastrichter Vertrages Gebrauch gemacht und beim Europäischen Gerichtshof Zwangsgelder gegen Deutschland und Italien beantragt. Bonn hat es versäumt, drei aus den Jahren 1990 und 1991 stammende Umwelt-Richtlinien in deutsches Recht umzusetzen, obwohl es dazu vom Europäischen Gerichtshof durch ein rechtskräftiges Urteil verpflichtet wurde und die Exekutive der Europäischen Union ihm die im Vertrag vorgesehene letzte Frist zur Befolgung des Richterspruches gesetzt hatte.

Unter anderem geht es um eine Richtlinie zum Schutz wildlebender Vogelarten, die ein EU-weites Sammelverbot für Eier von Ringel- und Türkentauben sowie von Silber- und Lachmöwen enthält. Diese Regelung fällt in Deutschland in die Zuständigkeit der Bundesländer. Als einziges hat bisher das Saarland ein entsprechendes Gesetz erlassen. Für die EU ist indes nur Bonn Gesprächspartner. Nun kann man kann gewiß darüber streiten, ob die infrage stehende Richtlinien unbedingt in Brüssel beschlossen werden mußten. Da Bonn jedoch selbst einen Handlungsbedarf sah und die mit den EU-Partnern vereinbarten Vorschriften rechtskräftig ausgehandelt hat, durfte es sich später nicht mit internen Schwierigkeiten bei der Umsetzung herausreden. Das Zwangsgeld ist also verdient. Es könnte vor allem eine „erzieherische Wirkung“ für ähnlich Fälle in der Zukunft haben. Denn Bonn ist bei 137 Richtlinien mit der Umsetzung im Rückstand. Da kann von Rechtssicherheit keine Rede mehr sein.

FAZ, 01.02.'93

04

Kohl und Kunther sparen wollen?

Zeit und Gift

G.H. Die Zeit entscheidet mit - was sich nicht von selbst erledigt, wird immer schwieriger. Dieser Gefahr sehen sich die Richter des Bundesverfassungsgerichtes bei der Entscheidung über die Abtreibungsregelung ausgesetzt. Die Anfang Februar auslaufende einstweilige Anordnung gegen die vom Bundestag beschlossene Fristenregelung mußte nun verlängert werden - das Urteil wird erst im Frühjahr gefällt werden. Schwierig wird die Abwägung, ob das Strafrecht oder die soziale Flankierung das werdende Leben besser schützt: Es wird von Tag zu Tag offenkundiger, daß nicht genügend Geld da ist für einen festen Schutzwall um die Mütter und ihre Kinder. Der Bundesgesetzgeber hat einen Großteil der nötigen Ausgaben den Ländern und den Gemeinden auferlegt. Stichwort Kindergartenplätze. Sind diese zahlungsunfähig, dann ist solcher Schutz schwächer als der durch eine Strafantrohung. Aber auch der technische Fortschritt erschwert die Unterscheidung zwischen schützenswerter und weniger schützenswerter Lebensphase gemäß Fristenregelung. Immer öfter kleben die Schwangeren die ersten Sonographie-Bilder in die Fotoalben ihrer Babys ein - die Kontinuität des Lebens wird augenfällig.

Mit sich uncinis ~~...~~

chi
pfl
Po
auf
Ve

mit
der
und
ding
Stir
für
Ged
so
zu
sam
Gro
spru
kur
der
Mir
jahr
auf
wie
wen
Will
die
mitt
gen.
in d
Tale
D
müh
Dur
lich

Codesheet Pressekommentare

Codierer-ID	<input type="text"/>	Kommentar-ID	<input type="text"/>	<input type="text"/>
Titel	<u>Die sechzehn Bildungsweisen</u>			
Zeitung	<input type="text"/>	Datum	<input type="text"/>	
Autor	<u>Rainer Stephan</u>			
Umfang	<input type="text"/>	Plazierung	<input type="text"/>	
Anlaß	<input type="text"/>	Themenfokus	<input type="text"/>	
Hauptthema	<input type="text"/>	I. NThema	<input type="text"/>	II. NThema
Themenbehandlung	<input type="text"/>			
Klasse Akteur I	<input type="text"/>	geo Bezug AI	<input type="text"/>	Rolle AI
Eigenname Akteur I	_____			Beurteilung AI
Klasse Akteur II	<input type="text"/>	geo Bezug AII	<input type="text"/>	Rolle AII
Eigenname Akteur II	_____			Beurteilung AII
Klasse Akteur III	<input type="text"/>	geo Bezug AIII	<input type="text"/>	Rolle AIII
Eigenname Akt. III	_____			Beurteilung AIII
Klasse Akteur IV	<input type="text"/>	geo Bezug AIV	<input type="text"/>	Rolle AIV
Eigenname Akt. IV	<u>Zehetmair Hans</u>			Beurteilung AIV
Beziehung AI/AII	<input type="text"/>	Beziehung AI/AIII	<input type="text"/>	Beziehung AI/AIV
Beziehung AII/AIII	<input type="text"/>	Beziehung AII/AIV	<input type="text"/>	Beziehung AIII/AIV
Grundkonflikt/Frame I	<input type="text"/>	Position I	<input type="text"/>	
Grundkonflikt/Frame II	<input type="text"/>	Position II	<input type="text"/>	
Grundkonflikt/Frame III	<input type="text"/>	Position III	<input type="text"/>	
Gemeinwohlcodes	<input type="text"/>	Funktion des Gwbezugs	<input type="text"/>	
Gemeinwohlgaranten	<input type="text"/>	Gemeinwohlbenefiziere	<input type="text"/>	

Codesheet Pressekommentare

Codierer-ID	<input type="text"/>	Kommentar-ID	<input type="text"/>	<input type="text"/>
Titel	<u>Die Wirklichkeit von morgen</u>			
Zeitung	<input type="text"/>	Datum	<input type="text"/>	<input type="text"/>
Autor	<u>Florian Gless</u>			
Umfang	<input type="text"/>	Plazierung	<input type="text"/>	
Anlaß	<input type="text"/>	Themenfokus	<input type="text"/>	
Hauptthema	<input type="text"/>	I. NThema	<input type="text"/>	II. NThema
Themenbehandlung	<input type="text"/>			
Klasse Akteur I	<input type="text"/>	geo Bezug AI	<input type="text"/>	Rolle AI
Eigenname Akteur I	_____			Beurteilung AI
Klasse Akteur II	<input type="text"/>	geo Bezug AII	<input type="text"/>	Rolle AII
Eigenname Akteur II	_____			Beurteilung AII
Klasse Akteur III	<input type="text"/>	geo Bezug AIII	<input type="text"/>	Rolle AIII
Eigenname Akt. III	<u>Seehofer</u>			BeurteilungAIII
Klasse Akteur IV	<input type="text"/>	geo Bezug AIV	<input type="text"/>	Rolle AIV
Eigenname Akt. IV	_____			BeurteilungAIV
Beziehung AI/AII	<input type="text"/>	Beziehung AI/AIII	<input type="text"/>	Beziehung AI/AIV
Beziehung AII/AIII	<input type="text"/>	Beziehung AII/AIV	<input type="text"/>	Beziehung AIII/AIV
Grundkonflikt/Frame I	<input type="text"/>	Position I	<input type="text"/>	
Grundkonflikt/Frame II	<input type="text"/>	Position II	<input type="text"/>	
Grundkonflikt/Frame III	<input type="text"/>	Position III	<input type="text"/>	
Gemeinwohlcodes	<input type="text"/>	Funktion des Gwbezugs	<input type="text"/>	
Gemeinwohlgaranten	<input type="text"/>	Gemeinwohlbenefiziere	<input type="text"/>	

Codesheet Pressekommentare

Codierer-ID	<input type="text"/>	Kommentar-ID	<input type="text"/>	<input type="text"/>
Titel	Verdiente Strafe			
Zeitung	<input type="text"/>	Datum	<input type="text"/>	<input type="text"/>
Autor	Wilhelm Hadler			
Umfang	<input type="text"/>	Plazierung	<input type="text"/>	
Anlaß	<input type="text"/>	Themenfokus	<input type="text"/>	
Hauptthema	<input type="text"/>	I. NThema	<input type="text"/>	II. NThema
Themenbehandlung	<input type="text"/>			
Klasse Akteur I	<input type="text"/>	geo Bezug AI	<input type="text"/>	Rolle AI
Eigenname Akteur I	_____			Beurteilung AI
Klasse Akteur II	<input type="text"/>	geo Bezug AII	<input type="text"/>	Rolle AII
Eigenname Akteur II	_____			Beurteilung AII
Klasse Akteur III	<input type="text"/>	geo Bezug AIII	<input type="text"/>	Rolle AIII
Eigenname Akt. III	_____			Beurteilung AIII
Klasse Akteur IV	<input type="text"/>	geo Bezug AIV	<input type="text"/>	Rolle AIV
Eigenname Akt. IV	_____			Beurteilung AIV
Beziehung AI/AII	<input type="text"/>	Beziehung AI/AIII	<input type="text"/>	Beziehung AI/AIV
Beziehung AII/AIII	<input type="text"/>	Beziehung AII/AIV	<input type="text"/>	Beziehung AIII/AIV
Grundkonflikt/Frame I	<input type="text"/>	Position I	<input type="text"/>	
Grundkonflikt/Frame II	<input type="text"/>	Position II	<input type="text"/>	
Grundkonflikt/Frame III	<input type="text"/>	Position III	<input type="text"/>	
Gemeinwohlcodes	<input type="text"/>	Funktion des Gwbezugs	<input type="text"/>	
Gemeinwohlgaranten	<input type="text"/>	Gemeinwohlbenefiziere	<input type="text"/>	

Codesheet Pressekommentare

Codierer-ID	<input type="text"/>	Kommentar-ID	<input type="text"/>	<input type="text"/>
Titel	<u>Zeit und Frist</u>			
Zeitung	<input type="text"/>	Datum	<input type="text"/>	<input type="text"/>
Autor	<u>G.H.</u>			
Umfang	<input type="text"/>	Plazierung	<input type="text"/>	
Anlaß	<input type="text"/>	Themenfokus	<input type="text"/>	
Hauptthema	<input type="text"/>	I. NThema	<input type="text"/>	II. NThema
Themenbehandlung	<input type="text"/>			
Klasse Akteur I	<input type="text"/>	geo Bezug AI	<input type="text"/>	Rolle AI
Eigenname Akteur I	_____			Beurteilung AI
Klasse Akteur II	<input type="text"/>	geo Bezug AII	<input type="text"/>	Rolle AII
Eigenname Akteur II	_____			Beurteilung AII
Klasse Akteur III	<input type="text"/>	geo Bezug AIII	<input type="text"/>	Rolle AIII
Eigenname Akt. III	_____			Beurteilung AIII
Klasse Akteur IV	<input type="text"/>	geo Bezug AIV	<input type="text"/>	Rolle AIV
Eigenname Akt. IV	_____			Beurteilung AIV
Beziehung AI/AII	<input type="text"/>	Beziehung AI/AIII	<input type="text"/>	Beziehung AI/AIV
Beziehung AII/AIII	<input type="text"/>	Beziehung AII/AIV	<input type="text"/>	Beziehung AIII/AIV
Grundkonflikt/Frame I	<input type="text"/>	Position I	<input type="text"/>	
Grundkonflikt/Frame II	<input type="text"/>	Position II	<input type="text"/>	
Grundkonflikt/Frame III	<input type="text"/>	Position III	<input type="text"/>	
Gemeinwohlcodes	<input type="text"/>	Funktion des Gwbezugs	<input type="text"/>	
Gemeinwohlgaranten	<input type="text"/>	Gemeinwohlbenefiziere	<input type="text"/>	

5.2. Auszüge aus den Listen des Sach- und Sprechregisters des Deutschen Bundestages und Mustercodierungen

<p>=====</p> <p style="text-align: right;">13011426/000</p> <p>Deutsche Telekom AG (Arbeitsplatz)</p> <p>-----</p> <p>Arbeitsplatzabbau und Chancen zur ökologischen und sozialen Gestaltung von Arbeitsplätzen bei der Deutschen Telekom AG</p> <p>Zahl der Beschäftigten im Beamten-, Angestellten-, Arbeiter- und befristeten Arbeitsverhältnis bei der Deutschen Telekom, Versetzung von Beamten zu anderen Bundesbehörden, Gliederung des Personalabbaus nach Sektoren, Umschulungsmaßnahmen, freie Stellen für Telekom-Techniker, Schaffung neuer Stellen bei Mobilfunkunternehmen und durch Liberalisierung des Telekommunikationsmarktes, besonders durch Freigabe der Netze, Mehrkosten durch den Arbeitsplatzabbau bei der Telekom für die Bundesanstalt für Arbeit, für die Rentenversicherungsträger und durch vorzeitigen Ruhestand für Beamte, Sicherstellung der Qualifikationsstruktur der Telekom-Mitarbeiter, Einrichtung von Telearbeits- und Teilzeitarbeitsplätzen</p> <p>BT - KlAnfr Dr. Manuel Kiper, B90/GR; Fraktion B90/GR 13.03.96 Drs 13/4124 (Antw BT Drs 13/4348)</p> <p>=====</p>
<p>=====</p> <p style="text-align: right;">12011706/000</p> <p>Bundeswehr (Umweltschutz; Energieeinsparung)</p> <p>-----</p> <p>Umweltschutz bei der Bundeswehr</p> <p>Strom- und wärmeverbrauch der Bundeswehr, Energieeinsparung, Verwendung regenerativer Energiequellen, Treibstoffverbrauch, Emissionsminderung bei Bundeswehrfahrzeugen, Schiffen und Flugzeugen, Verwendung von FCKW und Halonen, Ersatzstoffe, klimarelevante Altlasten, Entsorgung</p> <p>BT - GrAnfr Monika Gansforth, SPD; Brigitte Adler, SPD; u.a.; Fraktion der SPD 29.09.93 Drs 12/5917 (Antw BT Drs 12/7002)</p> <p>=====</p>
<p>=====</p> <p style="text-align: right;">13000426/000</p> <p>Aktuelle Stunde (Ausbildungsplatz; Neue Bundesländer)</p> <p>-----</p> <p>Entwicklung der Ausbildungsplatzsituation in der Bundesrepublik Deutschland, insbesondere in den neuen Ländern</p> <p>Aussprache auf Verlangen der Fraktion der SPD, unabhängig von einer Fragestunde</p> <p>BT - AktStd PLPr 13/37 17.05.95 S.2895C-2909D</p> <p>Redner: wolfgang Thierse, SPD S.2895C-2896B; Roland Richwien, CDU/CSU S.2896B-2897A; Elisabeth Altmann (Pommelsbrunn), B90/GR S.2897A-2898B; Dr. Karlheinz Guttmacher, F.D.P. S.2898B-2899B; Rosel Neuhäuser, PDS S.2899C-2900B; Dr. Jürgen Rüttgers, BMin BMBF S.2900C-2902B; Dr. Peter Glotz, SPD S.2902B-2903A; Werner Lensing, CDU/CSU S.2903A-2904A; Renate Jäger, SPD S.2904B-2905B; Bärbel Sothmann, CDU/CSU S.2905B-2906B; Franz Thönnies, SPD S.2906B-2907C; Hans-Otto Schmiedeberg, CDU/CSU S.2907D-2908B; Dr.-Ing. Rainer Jork, CDU/CSU S.2908C-2909D</p> <p>=====</p>

Codesheet Politische Agenda

Codierer-ID ID (lfd. Nummer) Titel Deutsche Telekom AGArt des Instruments Datum Fraktion 1 Fraktion 2 Fraktion 3 Erstgenannter Redner
oder Frager M. KiperParteizugehörigkeit des ersten Redners Drucksachennr. oder AktSt-PIPr. Anlaß Hauptthema I. NThema II. NThema Grundkonflikt/Frame I Position I Grundkonflikt/Frame II Position II Grundkonflikt/Frame III Position III

Codesheet Politische Agenda

Codierer-ID ID (lfd. Nummer) Titel BundeswehrArt des Instruments Datum Fraktion 1 Fraktion 2 Fraktion 3 Erstgenannter Redner
oder Frager M. GanseforthParteizugehörigkeit des ersten Redners Drucksachennr. oder AktSt-PIPr. Anlaß Hauptthema I. NThema II. NThema Grundkonflikt/Frame I Position I Grundkonflikt/Frame II Position II Grundkonflikt/Frame III Position III

Codesheet Politische Agenda

Codierer-ID ID (lfd. Nummer) Titel AusbildungsplatzArt des Instruments Datum Fraktion 1 Fraktion 2 Fraktion 3 Erstgenannter Redner
oder Frager W. ThierseParteizugehörigkeit des ersten Redners Drucksachennr. oder AktSt-PIPr. Anlaß Hauptthema I. NThema II. NThema Grundkonflikt/Frame I Position I Grundkonflikt/Frame II Position II Grundkonflikt/Frame III Position III

6. Literaturverzeichnis

Donsbach, Wolfgang/Wolling, Jens/Blomberg, Constanze von (1996): Repräsentation politischer Positionen im Mediensystem aus der Sicht deutscher und amerikanischer Journalisten. In: Hömberg, Walter/Pürer, Heinz (Hrsg.): Medientransformation. Konstanz, 343-356.

Gamson, William A. (1992): Talking Politics, Cambridge: Cambridge University Press.

Goffmann, Erving (1974): Frame Analysis: An Essay on the Organization of Experience, Cambridge: Harvard University Press.

Graber, Doris A. (1989): Mass Media and American Politics. Washington: Congressional Quarterly (3. Aufl.).

Gurevitch, Michael/Blumler, Jay G. (1990): Political communication systems and democratic values. In: Lichtenberg, Judith (ed.): Democracy and the Mass Media: Cambridge: Cambridge University Press, 269 – 289.

Hagen, Lutz (1992): Die opportunen Zeugen. Konstruktionsmechanismen von Bias in der Zeitungsberichterstattung über die Volkszählungsdiskussion. In: Publizistik 37: 444-460.

Herzog, Dietrich et al. (1990): Abgeordnete und Bürger. Ergebnisse einer Befragung der Mitglieder des 11. Deutschen Bundestages und der Bevölkerung, Opladen.

Iyengar, Shanto/Kinder, Donald R. (1987): News that Matters, Chicago: Chicago University Press.

Iyengar, Shanto (1991): Is anyone responsible? How television frames political issues, Chicago: University of Chicago Press.

Iyengar, Shanto (1992): Wie Fernsehnachrichten die Wähler beeinflussen: Von der Themensetzung bis zur Herausbildung von Bewertungsmaßstäben. In: Jürgen Wilke (Hrsg.), Öffentliche Meinung, Theorien, Methoden, Befunde, Freiburg/München, 123-142.

Kahnemann, Daniel/Tversky, Amos (1984): Choices, Values and Frames. In: American Psychologist 39: 341-350.

Kepplinger, Hans Mathias (1985): Die aktuelle Berichterstattung des Hörfunks. Eine Inhaltsanalyse der Abendnachrichten und politischen Magazine, Freiburg/München.

Koopmans, Ruud (1996a): New Social Movements and Changes in Political Participation in Western Europe. In: West European Politics 19: 28-50.

Koopmans, Ruud (1996b): Explaining the Rise of Racist and Extrame Right Violence in Western Europe: Grievances or Opportunities? In: *European Journal of Political Research* 30: 185-216.

Krosnick, Jon A./Kinder, Donald R. (1990): Altering the foundations of support for the president through priming. In: *American Political Science Review* 84: 497-512.

Neidhardt, Friedhelm/Eilders, Christiane/Pfetsch, Barbara (1998): Die Stimme der Medien im politischen Prozeß. Themen und Meinungen in Pressekommentaren, Discussion Paper FS III 98-106, Wissenschaftszentrum Berlin.

Page, Benjamin I. (1996): The Mass Media as Political Actors, In: *Political Science & Politics* 29, 20-24

Price, Vincent/Tewksbury, David (1995): News Values and Public Opinion: A Theoretical Account of Media Priming and Framing. In: G. Barnett/F.J. Boster (eds.), *Progress in the Communication Sciences*.

Puhe, Henry/Würzberg, H. Gerd (1989): Lust und Frust. Das Informationsverhalten des deutschen Abgeordneten. Eine Untersuchung, Köln.

Schönbach, Klaus (1977): Trennung von Nachricht und Meinung. Empirische Untersuchung eines journalistischen Qualitätskriteriums, Freiburg/München.

Schulz, Winfried/Kindelmann, Klaus (1993): Die Entwicklung der Images von Kohl und Lafontaine im Wahljahr 1990. Ein Vergleich der Wählerurteile mit den Urteilen ausgewählter Leitmedien. In: Christina Holtz-Bacha/Lynda Lee Kaid (Hrsg.), *Die Massenmedien im Wahlkampf. Untersuchungen dem Wahljahr 1990*, Opladen, 10-45.

Snow, David A. et al. (1986): Frame Alignment Processes, Micromobilization, and Movement Participation. In: *American Sociological Review* 51:464-481.

Volkens, Andrea/Voltmer, Katrin (1992): Klassifikationsschema zur quantifizierenden Inhaltsanalyse programmatischer Dokumente in der Bundesrepublik Deutschland. WZB-Reihe "Technische Berichte FS III/2 T 92-2-8. Berlin.

Voltmer, Katrin (1997): Medien und Parteien im Wahlkampf. Die ideologischen Präferenzen der meinungsführenden Tageszeitungen im Bundestagswahlkampf 1990. In: *Rundfunk und Fernsehen* 45: 173-193.

WZB Forschungsschwerpunkt III "Sozialer Wandel, Institutionen und Vermittlungsprozesse"

Verzeichnis der Arbeitspapiere (Stand: Dezember 1998)

Abteilungsübergreifend

- FS III 93-301 Wir und die Anderen. "Imagined Communities" im westeuropäischen Vergleich.
Dieter Fuchs, Jürgen Gerhards und Edeltraud Roller
- FS III 96-301 The Mass Media and Modern Government
Kenneth Newton
- FS III 96-302 Das intermediäre System der Politik als Orientierungssystem der Bürger
Dieter Fuchs, Edeltraud Roller, Dieter Rucht und Bernhard Weßels

Abteilung 1 "Öffentlichkeit und soziale Bewegungen"

- FS III 90-101 Strukturen und Funktionen moderner Öffentlichkeit. Fragestellungen und Ansätze.
Jürgen Gerhards und Friedhelm Neidhardt
- FS III 91-101 Mesomobilization Contexts: Organizing and Framing in two Protest Campaigns in West Germany.
Jürgen Gerhards und Dieter Rucht
- FS III 91-102 Left-libertarian Movements in Context: A Comparison of Italy and West Germany, 1965-1990.
Donatella della Porta und Dieter Rucht
- FS III 91-103 The Political Opportunity Structure of New Social Movements: Its Impact on their Mobilization.
Hanspeter Kriesi
- FS III 91-104 Persönliche Netzwerke und die Mobilisierung politischen Protests: Stand der Forschung und strukturanalytische Perspektiven.
Thomas Ohlemacher
- FS III 91-105 Öffentliche Kommunikationsbereitschaft. Test eines zentralen Bestandteils der Theorie der Schweigespirale.
Dieter Fuchs, Jürgen Gerhards und Friedhelm Neidhardt
- FS III 91-106 Eine Untersuchung des Beitrags politischer Klubs zur Entwicklung einer demokratischen Infrastruktur in Polen - am Beispiel von 'Dziekania'. (Forschungsbericht)
Helmut Fehr
- FS III 91-107 Parteien, Verbände und Bewegungen als Systeme politischer Interessenvermittlung.
Dieter Rucht
- FS III 91-108 Die Macht der Massenmedien und die Demokratie: Empirische Befunde.
Jürgen Gerhards
- FS III 92-101 Anbieter von öffentlichen politischen Veranstaltungen in West-Berlin.
Barbara Blattert
Nachfrager und wahrgenommenes Angebot von öffentlichen politischen Veranstaltungen in der Bundesrepublik.
Jürgen Gerhards
- FS III 92-102 Support for New Social Movements in Five Western European Countries.
Dieter Fuchs und Dieter Rucht
- FS III 92-103 Dokumentation und Analyse von Protestereignissen in der Bundesrepublik Deutschland (Prodat), Codebuch.
Dieter Rucht, Peter Hocke und Thomas Ohlemacher
- FS III 92-104 Social Relays: Micro Mobilization via the Meso-Level.
Thomas Ohlemacher

- FS III 93-101 Westeuropäische Integration und die Schwierigkeiten der Entstehung einer europäischen Öffentlichkeit.
Jürgen Gerhards
- FS III 93-102 Selbstkontrolle in den Medien: Der Deutsche Presserat und seine Möglichkeiten.
Jessica Eisermann
- FS III 93-103 Prominenz in der Bundesrepublik.
Birgit Peters
- FS III 93-104 Bevölkerungsmeinung und Gewalt gegen Ausländer im wiedervereinigten Deutschland. Empirische Anmerkungen zu einem unklaren Verhältnis.
Thomas Ohlemacher
- FS III 94-101 Von den Oppositionsgruppen der DDR zu den neuen sozialen Bewegungen in Ostdeutschland?
Barbara Blattert, Dieter Rink und Dieter Rucht
- FS III 94-102 The Political Construction of the Nuclear Energy Issue and Its Impact on the Mobilization of Anti-Nuclear Movements in Western Europe.
Ruud Koopmans und Jan Willem Duyvendak
- FS III 95-101 A Burning Question: Explaining the Rise of Racist and Extreme Right Violence in Western Europe.
Ruud Koopmans
- FS III 95-103 German Unification, Democratization and the Role of Social Movements: A Missed Opportunity.
Dieter Rucht
- FS III 95-105 Diskursanalyse im Zeit- und Ländervergleich. Methodenbericht über eine systematische Inhaltsanalyse zur Erfassung des öffentlichen Diskurses über Abtreibung in den USA und der Bundesrepublik in der Zeit von 1970 bis 1994.
Jürgen Gerhards und Monika Lindgens
- FS III 95-106 Social Movement Mobilization under Right and Left Governments: A Look at Four West European Countries
Ruud Koopmans and Dieter Rucht
- FS III 96-101 Politische Unternehmer, Netzwerke und Bewegungserfolg: Die "Einzelmitglieder" der NSDAP, 1925-30
Helmut Anheier und Thomas Ohlemacher
- FS III 96-102 Protest - öffentliche Meinung - Politik [vergriffen]
Friedhelm Neidhardt
erscheint in: Wolfgang van den Daele, Friedhelm Neidhardt (Hrsg.), Kommunikation und Entscheidung. WZB-Jahrbuch 1996. Berlin: edition sigma 1996.
- FS III 96-103 Determining the Selection Bias in Local and National Newspaper Reports on Protest Events
Peter Hocke
- FS III 96-104 The Role of News Factors in Media Use
Christiane Eilders
- FS III 96-105 The Observation of Public Opinion by the Governmental System
Dieter Fuchs and Barbara Pfetsch
- FS III 97-101 Citizenship, National Identity and the Mobilisation of the Extreme Right. A Comparison of France, Germany, the Netherlands and Switzerland
Ruud Koopmans and Hanspeter Kriesi
- FS III 97-102 The Impact of Editorial Content on the Political Agenda in Germany: Theoretical Assumptions and Open Questions Regarding a Neglected Subject in Mass Communication Research
Christiane Eilders

- FS III 98-101 Proteststrukturen im Ost-West-Vergleich 1989 - 1992
Susann Burchardt
- FS III 98-102 The Political Construction of Immigration in Italy: opportunities, mobilisation and outcomes
Paul Statham
- FS III 98-103 Die Branchenstruktur der Markt- und Meinungsforschung in der Bundesrepublik Deutschland von 1986 bis 1996. Eine deskriptive Analyse
Simone Wack
- FS III 98-104 Konjunkturen der NS-Bewegung. Eine Untersuchung der Veranstaltungsaktivitäten der Münchener NSDAP, 1925-1930
Helmuth K. Anheier, Friedhelm Neidhardt und Wolfgang Vorkamp
- FS III 98-105 Challenging the Liberal Nation-State? Postnationalism, Multiculturalism, and the Collective Claims-Making of Migrants and Ethnic Minorities in Britain and Germany
Ruud Koopmans and Paul Statham
- FS III 98-106 Die Stimme der Medien im politischen Prozeß – Themen und Meinungen in Pressekommentaren
Friedhelm Neidhardt, Christiane Eilders und Barbara Pfetsch
- FS III 98-107 Methodenbericht zum Projekt: Die Stimme der Medien im politischen Prozeß – Themen und Meinungen in Pressekommentaren
Christiane Eilders und Albrecht Lüter

Abteilung 2 "Institutionen und sozialer Wandel"

- FS III 90-202 Politisches Denken in der Informationsgesellschaft. Zum Zusammenhang zwischen Fernsehnutzung und Einstellungskonsistenz.
Katrin Voltmer
- FS III 90-203 The Normalization of the Unconventional - Forms of Political Action and New Social Movements.
Dieter Fuchs
- FS III 90-204 Vielfalt oder strukturierte Komplexität? Zur Institutionalisierung politischer Spannungslinien im Verbände- und Parteiensystem in der Bundesrepublik.
Bernhard Weßels
- FS III 90-205 Zum Wandel politischer Konfliktlinien. Ideologische Gruppierungen und Wahlverhalten.
Dieter Fuchs
- FS III 91-201 Ein analytisches Schema zur Klassifikation von Politikgehalten.
Edeltraud Roller
- FS III 92-201 Trends of Political Support in the Federal Republic of Germany.
Dieter Fuchs
- FS III 92-202 "Bubble-Up"-Theory or Cascade Model? The Formation of Public Opinion Towards the EC: Shaky Evidence from Different Empirical Sources.
Bernhard Weßels
- FS III 92-203 Democratization and Constitutional Choices in Czecho-Slovakia, Hungary, and Poland, 1989-1991.
Arend Lijphart
- FS III 92-204 Bürger und Organisationen - Ost- und Westdeutschland: vereint und doch verschieden?
Bernhard Weßels
- FS III 92-205 Hermeneutisch-klassifikatorische Inhaltsanalyse - Analysemöglichkeiten am Beispiel von Leitfadengesprächen zum Wohlfahrtsstaat.
Edeltraud Roller und Rainer Mathes

- FS III 92-206 Ideological Basis of the Market Economy: Attitudes Toward Distribution Principles and the Role of Government in Western and Eastern Germany.
Edeltraud Roller
- FS III 93-201 The Cumbersome Way to Partisan Orientation in a 'New' Democracy: The Case of the Former GDR.
Max Kaase und Hans-Dieter Klingemann
- FS III 93-202 Eine Metatheorie des demokratischen Prozesses.
Dieter Fuchs
- FS III 93-203 A Metatheory of the Democratic Process.
Dieter Fuchs
- FS III 93-204 Sozialisation in unterschiedlichen Systemen. Zum Profil der Persönlichkeitstypen in West- und Ost-Berlin.
Carolin Schöbel
- FS III 93-205 Mass Media: Political Independence of Press and Broadcasting Systems.
Katrin Voltmer
- FS III 93-206 Mobilisieren Interessengruppen? Die "Hostility"-Hypothese, Wahlbeteiligung und Wahlentscheidung bei der Bundestagswahl 1990.
Bernhard Weßels
- FS III 93-207 Wählen als rationales Handeln: Anmerkungen zum Nutzen des Rational-Choice Ansatzes in der empirischen Wahlforschung.
Dieter Fuchs und Steffen Kühnel
- FS III 93-208 Gruppenbindungen und rationales Handeln als Determinanten der Wahlentscheidung in Ost- und Westdeutschland.
Bernhard Weßels
- FS III 93-209 Geteilte Medienrealität? Zur Thematisierungsleistung der Massenmedien im Prozeß der deutschen Vereinigung.
Babara Pfetsch und Katrin Voltmer
- FS III 94-201 Democratic Transformation and the Prerequisites of Democratic Opposition in East and Central Europe.
Bernhard Wessels und Hans-Dieter Klingemann
- FS III 94-202 Cultural Conditions of the Transformation to Liberal Democracies in Central and Eastern Europe.
Dieter Fuchs und Edeltraud Roller
- FS III 94-204 Individuelle Teilnahme an politischer Kommunikation im Prozeß der deutschen Vereinigung. Zur Struktur von interpersonaler und massenmedialer Kommunikation.
Katrin Voltmer, Eva Schabedoth und Peter R. Schrott
- FS III 94-205 Nationalitätenkonflikt und Mechanismen politischer Integration im Baltikum.
Hans-Dieter Klingemann, Jürgen Lass und Katrin Mattusch
- FS III 94-206 The Evolution of Western Foreign Aid Programs.
Thomas R. Cusack und Joyce P. Kaufman
- FS III 96-201 Political Science: The Discipline.
Robert E. Goodin und Hans-Dieter Klingemann
- FS III 96-202 Contexts of Political Protest in Western Democracies: Political Organization and Modernity.
Edeltraud Roller und Bernhard Wessels
- FS III 96-203 Problemreich und konfliktgeladen: Lokale Demokratie in Deutschland fünf Jahre nach der Vereinigung.
Thomas R. Cusack und Bernhard Weßels

- FS III 96-204 Social Alliances and Coalitions: The Organizational Underpinnings of Democracy in West Germany.
Bernhard Wessels
- FS III 96-205 Abbau des Sozialstaats. Einstellungen der Bundesbürger zu Kürzungen von Sozialleistungen in den neunziger Jahren.
Edeltraud Roller
- FS III 96-206 System Characteristics Matter: Empirical Evidence from Ten Representation Studies.
Bernhard Wessels
- FS III 96-207 Wohin geht der Wandel der demokratischen Institutionen in Deutschland? Die Entwicklung der Demokratievorstellungen der Deutschen seit ihrer Vereinigung.
Dieter Fuchs
- FS III 96-208 Legislative Recruitment in Germany: Professionalization or Political Class?
Bernhard Wessels
- FS III 97-201 Social Capital, Institutional Structures, and Democratic Performance: A Comparative Study of German Local Governments.
Thomas R. Cusack
- FS III 97-202 The Electoral Process in the Unified Germany.
Dieter Fuchs und Robert Rohrschneider
- FS III 97-203 Kriterien demokratischer Performanz in Liberalen Demokratien
Dieter Fuchs
- FS III 98-201 Vom Konsens zum Dissens? Politische Ordnungspräferenzen von Eliten und Bürgern im ost-westdeutschen Vergleich.
Christian Welzel
- FS III 98-202 Mapping Political Support in the 1990s: A Global Analysis.
Hans-Dieter Klingemann
- FS III 98-203 Remembering the Bad Old Days: Human Rights, Economic Conditions, and Democratic Performance in Transitional Regimes.
Hans-Dieter Klingemann and Richard I. Hofferbert
- FS III 98-204 The Political Culture of Unified Germany
Dieter Fuchs

Abteilung 3 "Sozialstruktur und Sozialberichterstattung"

- P 89-101 Die Sozialstruktur der Bundesrepublik in den 1980er Jahren. [vergriffen]
Wolfgang Zapf
- P 89-102 Folgen von Arbeitslosigkeit für die Wohlfahrt von Individuen und Haushalten.[vergriffen]
Detlef Landua und Wolfgang Zapf
- P 89-103 National Character Revisited. [vergriffen]
Alex Inkeles
- P 89-104 Der Wandel von Lebensformen und seine Folgen für die soziale Integration. [vergriffen]
Martin Diewald
- P 89-105 Stabilität und Wandel von Parteineigungen. Eine Panelanalyse politischer Präferenzen in Bundesrepublik. [vergriffen]
Detlef Landua
- P 89-106 Die Wechselwirkungen zwischen Beschäftigungspolitik und sozialer Sicherung. [vergriffen]
Richard Hauser

- P 89-107 Is Happiness Relative? [vergriffen]
Ruut Veenhoven
- P 90-101 Erweiterungsmöglichkeiten der Standardverfahren der empirischen Sozialforschung.
[vergriffen]
Detlef Landua
- P 90-102 Sozialreport 1990 - Daten und Fakten zur sozialen Lage der DDR. [vergriffen]
Dokumentation eines Workshops am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB)
- P 90-103 The Duration and Extent of Poverty - Is Germany a Two-Thirds-Society?
Bruce Headey, Peter Krause und Roland Habich
- P 90-104 Modernisierung und Modernisierungstheorie. [vergriffen]
Wolfgang Zapf
- P 90-105 Von Klassen und Schichten zu Lebensstilen - Ein neues Paradigma für die empirische Sozialforschung? [vergriffen]
Martin Diewald
- P 90-106 Zukunftsforschung aus den U.S.A. - Prominente Autoren und Werke der letzten 20 Jahre.
Katrin Gillwald
- P 91-101 Der lange Weg zur Einheit. Unterschiedliche Lebensqualität in den „alten“ und „neuen“ Bundesländern. [vergriffen]
Detlef Landua, Annette Spellerberg und Roland Habich
- P 91-102 Ein Jahr Umfragen in den Neuen Bundesländern -Themen und Tendenzen.
Christian Holst
- P 91-103 Zeitgemäße Fragen nicht nur an die DDR-Soziologie.
Michael Thomas
- P 91-104 Technik, Alter, Lebensqualität. Zur Bedeutung von Technik für die Lebensführung älterer Menschen. [vergriffen]
Jürgen Hampel, Heidrun Mollenkopf und Wolfgang Zapf
- P 91-105 Ausländer in der Bundesrepublik. Soziale und ökonomische Mobilität.
Wolfgang Seifert
- P 91-106 East Germany: Incomes, Inequality and the Impact of Redistributive Government 1990-1991.
Bruce Headey, Peter Krause und Roland Habich
- P 92-101 Freizeitverhalten - Werte - Orientierungen. Empirische Analysen zu Elementen von Lebensstilen.
Annette Spellerberg
- P 92-102 Das Jahr danach. Zum Transformationsprozeß Ostdeutschlands und seiner Bewertung aus der Sicht der Betroffenen.
Detlef Landua
- P 92-103 Hoffnungsträger Ost. Entwicklungsdynamik und Entwicklungsperspektiven im Berliner Umland aus der Sicht von neuen Führungskräften.
Katrin Gillwald
- P 92-104 Die Transformation in der ehemaligen DDR und die soziologische Theorie der Modernisierung.
Wolfgang Zapf
- P 92-105 Wohnungsversorgung in der ehemaligen DDR. Verteilungskriterien und Zugangswege.
Wilhelm Hinrichs

- P 92-106 Technische Hilfsmittel statt Betreuung? Erhaltung und Unterstützung einer selbständigen Lebensführung im Alter.
Jürgen Hampel
- P 93-101 Lebenslagen im Umbruch - Zur sozialen Lage privater Haushalte in der osteuropäischen Transformation.
Horst Berger und Roland Habich (Hg.)
- P 93-102 Arbeitsmarktsegmentation - Mobilitätsbarrieren für ausländische Arbeitnehmer?
Wolfgang Seifert
- P 93-103 Die Auswirkungen der hohen Unterbeschäftigung in Ostdeutschland auf die personelle Einkommensverteilung.
R. Hauser, K. Müller, J. Frick und G. Wagner
- P 93-104 Is Happiness a Trait? Tests of the theory that a better society does not make people happier.
Ruut Veenhoven
- P 93-105 Veränderungen der Struktur und der sozialen Lage ostdeutscher Haushalte nach 1990.
Horst Berger, Wilhelm Hinrichs, Eckhard Priller und Annett Schultz
- P 93-106 Technical Aids in Old Age - Between acceptance and rejection.
Heidrun Mollenkopf
- P 93-107 Stabilisierung trotz Differenzierung? Sozialstrukturelle Entwicklungen und wahrgenommene Lebensqualität in Ostdeutschland 1990-1992. [vergriffen]
Detlef Landua
- P 93-108 „... im Westen noch beständig, im Osten etwas freundlicher“ Lebensbedingungen und subjektives Wohlbefinden drei Jahre nach der Wiedervereinigung. [vergriffen]
Detlef Landua, Roland Habich, Heinz-Herbert Noll, Wolfgang Zapf und Annette Spellerberg
- P 93-109 Ökonomische Verhaltensweisen und politische Einstellungen im vereinten Deutschland.
Wolfgang Seifert, Richard Rose und Wolfgang Zapf
- P 94-101 Alltagskultur in Ost- und Westdeutschland. Unterschiede und Gemeinsamkeiten.
Annette Spellerberg
- P 94-102 Arbeitszeitpräferenzen. Basisdaten für eine bedürfnisgerechte Arbeitszeitgestaltung.
Karin Schulze Buschoff
- P 94-103 Jugendliche im Transformationsprozeß. Vorbedingungen, Probleme und Chancen zur Integration ostdeutscher Jugendlicher im vereinten Deutschland.
Kerstin Seiring
- P 94-104 Lebensbedingungen und politische Einstellungen im Transformationsprozeß. Ostdeutschland und Osteuropa im Vergleich.
Wolfgang Seifert und Richard Rose
- P 94-105 Lebensstile in West- und Ostdeutschland. Verteilung und Differenzierung nach sozialstrukturellen Merkmalen.
Annette Spellerberg
- FS III 95-401 Wie Migranten leben. Lebensbedingungen und soziale Lage der ausländischen Bevölkerung in der Bundesrepublik.
hrsg. von Wolfgang Seifert
- FS III 95-402 Familie und Erwerbsarbeit in der Bundesrepublik. Rückblick, Stand der Forschung und Design einer Lebensformtypologie.
Karin Schulze Buschoff
- FS III 95-403 Erwerbsverläufe in Ostdeutschland. Einflüsse und Folgen.
Horst Berger, Thomas Bulmahn und Wilhelm Hinrichs

- FS III 95-404 Sozialberichterstattung in und für Deutschland - ein Ziel, zwei Wege? Dokumentation einer Arbeitstagung zu „Sozialreport 1994“ - „Datenreport 1994“. *hrsg. von Roland Habich, Wolfgang Zapf und Gunnar Winkler*
- FS III 95-406 Developments in Satisfaction Research. *Ruut Veenhoven*
- FS III 95-408 Ökologisierung von Lebensstilen. Argumente, Beispiele, Einflußgrößen. *Katrin Gillwald*
- FS III 96-401 Mobilität zur sozialen Teilhabe Älterer. *Heidrun Mollenkopf und Pia Flaschenträger*
- FS III 96-402 Lebenszufriedenheit im europäischen Vergleich. *Ingeborg Weller*
- FS III 96-403 Vereinigungsbilanzen. Die deutsche Einheit im Spiegel der Sozialwissenschaften. *Thomas Bulmahn*
- FS III 96-404 Happy Life-Expectancy. A comprehensive measure of quality-of-life in nations. *Ruut Veenhoven*
- FS III 96-405 Response Style und Response Set. Eine Längsschnittuntersuchung zu den Zufriedenheits- und Einstellungsfragen im Sozio-ökonomischen Panel. *Jörg-Peter Schräpler*
- FS III 96-406 Rethinking Modernization: Legacies of Parsons and Hilbert. *Edward A. Tiryakian*
- FS III 96-407 Wohnortwechsel zwischen den Bundesländern im Kontext der Vereinigung. *Wilhelm Hinrichs*
- FS III 97 - 401 Ungleichheits- und Gerechtigkeitsorientierungen in modernen Wohlfahrtsstaaten. Ein Vergleich der Länder Schweden, Großbritannien und der Bundesrepublik Deutschland *Steffen Mau*
- FS III 97 - 402 Die Sozialstruktur der DDR. Versuch einer Rekonstruktion auf der Basis einer 1987 durchgeführten soziologischen Untersuchung *Siegfried Grundmann*
- FS III 97 - 403 Lebensstile und Wohnverhältnisse *Annette Spellerberg*
- FS III 97 - 404 Wohnmobilität und Wohnverhältnisse in West- und Ostdeutschland *Nicole Schneider*
- FS III 97 - 405 Privathaushalte und Haushalten in Ostdeutschland *Annett Schultz*
- FS III 97 - 406 Ein Fall von Car Sharing: Umweltentlastung durch soziale Innovation *Katrin Gillwald*
- FS III 97 - 407 Soziologische Forschung in der DDR. Einige Aspekte der Arbeit des Wissenschaftlichen Rates *Rudi Weidig*
- FS III 97 - 408 Sozialindikatorenforschung in der DDR. Wissenschaftstheoretische, forschungsorganisatorische und institutionelle Aspekte *Horst Berger*
- FS III 97 - 409 Wohnbedingungen und ihre subjektive Wahrnehmung in Ostdeutschland 1990-97 *Wilhelm Hinrichs*
- FS III 97 - 410 Arbeitszeiten - Wunsch und Wirklichkeit in Ost- und Westdeutschland *Karin Schulze Buschoff*

- FS III 97 - 411 Ein Suchen und Sichfinden im Gestern und Heute. Verändern die Ostdeutschen ihre Einstellungen und Haltungen zur Demokratie und gesellschaftlichen Mitwirkung?
Eckhard Priller
- FS III 98 - 401 Inequality and Support for Redistributive Policy: One World of Post-Communism, Two Worlds of Western Capitalism?
Jan Delhey
- FS III 98 - 402 Über die Möglichkeit einer kontinuierlichen und zügigen Fortsetzung des chinesischen Modernisierungsprozesses
Li Pengcheng
- FS III 98 - 403 Lebensstile im Zeitvergleich: Typologien für West- und Ostdeutschland 1993 und 1996
Annette Spellerberg und Regina Berger Schmitt
- FS III 98 - 404 Teilzeitbeschäftigte in Europa. Arbeitsbedingungen, Familienkontext, Motive und subjektive Bewertungen
Karin Schulze Buschoff und Jana Rückert
- FS III 98 - 405 Das Erwerbsverhalten von Frauen im europäischen Vergleich. Welche Faktoren beeinflussen Arbeitszeiten und Arbeitszeitwünsche?
Karin Schulze Buschoff, Inge Weller und Jana Rückert

<p>Bitte die nächste Seite beachten! See the following page, please!</p>
--

Die Arbeitspapiere können bestellt werden/The discussion papers can be ordered:

Wissenschaftszentrum Berlin für
Sozialforschung (WZB)
Pressestelle
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin

Bestellungen von Arbeitspapieren: Briefmarken erbeten

Wir erbitten von allen Bestellern, die Arbeitspapiere vom WZB anfordern, eine **1 DM-Briefmarke pro Papier** als pauschalen Beitrag zu den anfallenden Versandkosten. Besteller aus dem **Ausland** werden gebeten, für jedes bestellte Arbeitspapier einen "Coupon-Réponse International" (internationalen Antwortschein), der auf Postämtern erhältlich ist, beizufügen.

Aus diesem Grund ist es auch nicht mehr möglich, Bestellungen von Arbeitspapier per Telefon oder Fax an das WZB zu richten. Schicken Sie Ihre Bestellungen nur noch schriftlich an die WZB-Pressestelle, und legen Sie neben der entsprechenden Anzahl von Briefmarken weiterhin einen mit Ihrer eigenen Adresse versehenen **Aufkleber** bei.

Die in letzter Zeit erheblich gestiegene Anzahl von Bestellungen sowie die Mittelkürzungen, die öffentlich finanzierten Institutionen - wie auch dem WZB - auferlegt wurden, machen diese Maßnahme unumgänglich. Wir bitten um Verständnis und darum, unbedingt wie beschrieben zu verfahren.

Stamps for Papers

We ask for a 1 DM-postage stamp per paper from all those who wish to order WZB-papers and who live in Germany. These stamps contribute to the shipment costs incurred. All persons interested in WZB-papers from abroad are kindly requested to send one "Coupon-Réponse International" (international reply coupon) for each ordered paper. The coupons can be obtained at your local post office.

The reasons for these measures are the high increase in the number of ordered papers during the last months as well as the cut in funds imposed on publicly financed institutions like the WZB. We do ask for your understanding and hope that you will comply with the above mentioned procedure.